MISE
#8½
DM1,-

Editorial...

...viel Wasser ist in diesem Jahr den Berg hinuntergeflossen. Dank der Sonne scheinen nun auch die letzten Pfützen ausgetrocknet zu sein, nach und nach kehren die Kämpfer-innen aus ihren Sommerverstecken ins ausgebrannte Leipzig zurück. Die einen freuen sich auf "Hardcore gegen Konsum und Kommerz" im ZORO, die anderen auf's Antifa-Plenum und dritte werden beunruhigt danach fragen, ob die neue Ausgabe vom MSE schon ausverkauft ist...

Also Zeit für uns, den Markt mit der langersehnten #8 zu überfluten. Dafür ließen wir den Urlaub ausfallen, was uns natürlich nicht schwer fiel, da wir das ganze Jahr über sowieso faul um & in der mb (hä, was is'n das? - d.tipper) rumlungerten. In lauen Sommernächten entfalteten wir ungeahnte Kreativität. Unser Chefredakteur hielt die ungebremste Schreibwut seiner Mitarbeiter nicht länger aus und flog noch vor Redaktionsschluß an einen uns unbekannten Ort. Herr Chirac (so sein neuer Spitzname), wir denken an Sie und hoffen, falls Sie dieses Heft doch unglücklicherweise in die Finger bekommen sollten, Sie auch mit der Arbeit der ungelernten Hilfskräfte zufrieden sind. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei Lieselotte von Clemens fürs Kochen bedanken. Ohne eurer Lecker-Essen wäre unser schlechterste Lay-outer nicht so geduldig tagelang auf dem Klo ruhig sitzen geblieben. In seiner Abwesenheit gelang es uns für alle unsere Leser-innen neben MSE #8/1 auch gleichzeitig MSE #8/2 (dieses Heft, wohlgemerkt) in kürzester Zeit druckreif zu vollenden. Unter der ganzen Leserei sollte eure Aktionslust nicht allzu sehr leiden. So sind vom 5.11. bis zum 9.11.95 Chaostage in Leipzig. Also, kommt alle. Es läßt sich gut Geld verdienen. (So z.B. in Oldenburg, wo die Kaufhallen als Angst vor Plünderungen durch die angekündigten Punkhorden ihrerseit Punks als Kassierer-innen einstellten. Die bibbernden Sparkassen von Leipzig haben angekündigt, die Oldenburger Linie zu übernehmen!)

So, es wird wieder Winter. Vergeßt also nicht einen Schal für kalte Tage zu stricken. Benutzt die Heizperiode, das MSE #7 ofengerecht zu entsorgen (aber nicht ohne es nochmals gelesen und auswendig gelernt zu haben!), scmeißt jedoch nicht ausversehen #8 mit in die Flammen, denn vor 1997 wird das nix mehr mit der näxten Ausgabe (immerhin müssen wir den von wildcat und E.coli-bri gehaltenen Weltrekord im Am-längsten-nicht-Erscheinen brechen. Es gilt also, mindestens 17 Monate auszuharren.)

Denkt auch mal anfang Oktober an die Rekrutenverabschiedungen, die Leute von der Kampagne gegen Militär, Zwangsdienste und Wehrpflicht zermartern sich schon ihre Hirne.

Falls euch in näxter Zeit Haare, Zähne und Augen ausfallen & eurer Wohlbefinden sich merklich trübt, dann könnte das an unserem Chefredakteur liegen, aber nicht an dieser Zeitung.

Bleibt gesund, und toi, toi, toi
die Hilfskräfte des Layoutteams (außer der Klositzer)

MSE, c/o Infoladen, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig

Die Bombe, die laut tickte und nie explodierte, aber trotzdem viel Leid anrichtete...

Bevölkerungspolitik im Trikont

Trampend, Richtung Berlin, Herbst 1994. Die A2 ist zu, Stau, tausende von Autos vor und hinter uns, auf beiden Seiten. Aber es ist nicht langweilig, sitze ich doch mit einem "Ex-Punk und zur Zeit Halbautonomen" (so seine Selbstbeschreibung) im Auto. Es gibt viel zu reden, ohne das blöde Gefühl, was mensch immer in den Bonzenkarossen hat: wenn ich dem Arsch jetzt zu viel widerspreche, schmeißt er mich vielleicht aus dem Auto. Wir stimmen ja in allem relativ gut überein, in fast allem...

Radio: "18.00 Uhr. Die Nachrichten. Auf der Weltbevölkerungskonferenz hat der Papst weiterhin die Diskussion zur Lösung des Überbevölkerungsproblems blokkiert..." Der Typ neben mir daraufhin: "Wie die Karnickel vermehren die sich in den Entwicklungsländern, das ist echt das größte Problem für die Welt, wenn wir das nicht in Griff kriegen, dann, ich sage dir... leider hilft AIDS da auch nicht, die haben ja berechnet, daß trotzdem noch mehr geboren werden als sterben." Ich schaue ihn an, ob er wohl mit solch einem Sarkasmus das Konferenz-Getöse in Kairo auf's Korn nehmen will. Aber nein, er hat's ernst gemeint.

So wie er schaffen es viele, auch (vermeintlich) linke Menschen - und manchmal selbst mitten im Stau - zu behaupten, daß es ein Überbevölkerungsproblem gäbe, daß dieses im Trikont liegt (währenddessen es hier im Norden eher zu wenige Menschen gäbe) und daß dies sehr akut wäre und deshalb so schnell wie möglich gelöst werden müßte.

So scheuen sich auch Linke nicht, den Begriff Bevölkerungsbombe, Bevölkerungsexplosion usw. zu gebrauchen. Wenn alle Bomben so explosiv wären, wie die der Bevölkerung, dann gäbe es keine Kriege mehr und dann ist es auch kein Wunder, warum es eine linke Militanz kaum noch gibt: die dazu nötigen Bomben würden nämlich nicht hochgehen. Die Weltbevölkerung wächst jährlich um rund 2%. Das Bruttosozialprodukt der BRD hat eine ähnliche Wachstumsrate. Während zweiteres Anlaß zu Gejammer über "Konjunkturschwäche", den "gefährdeten Wirtschaftsstandort Deutschland" usw. gibt, interpretieren die gleichen Leute die anderen 2% als hochgefährliche Bombe. Die Begriffe Wachstumsexplosion und -bombe für die "Erste-Welt-Länder" wären erst noch zu prägen.

Vorbemerkungen

Bevor ich [redacted] detailliert auf die Entstehung des Überbevölkerungsmythos und deren Folgen für die Menschen im Trikont eingehe, ein paar oft zitierte Zahlenbeispiele, die eindeutig belegen, daß besonders das Umweltargument in Bezug auf "Überbevölkerung" auf uns und nicht auf den Trikont zutrifft:

* Die 22% der Menschheit, die im Norden leben, beanspruchen 70% der Energie, 75% der Metalle, 85% des Nutzholzes und 60% der Nahrungsmittel für sich.[1]
* In der USA gibt es eine jährliche Bevölkerungszuwachsrate von 1% (das ist höher als die von Südkorea, Fiji, Uruguay, Zypern, Singapur usw.). In den nächsten 30 Jahren wächst die Bevölkerung der USA um rund 62 Millionen (Mio) Menschen und hat damit den 10. größten Zuwachs der Welt. "Somit hat das Bevölkerungswachstum der USA im Moment mehr Auswirkungen auf das globale Klima als das Bevölkerungswachstum in den beiden größten Ländern der Erde": Die jährlich je 17 Mio Neugeburten in China und Indien sind für 37 Mio Tonnen CO_2 bzw. 13 Mio Tonnen CO_2 "verantwortlich", die 2,6 Mio Geburten in den USA stehen aber für 52 Mio Tonnen CO_2. Zwischen 1960 und

[1] *Politische Ökologie Nr. 38, special Bevölkerungspolitik, S. 3 (im folgenden zitiert als: PÖ)*

1992 wuchs die Bevölkerung der USA um 74 Mio, das entspricht (umgerechnet auf den Verbrauch von Energie, Rohstoffen usw.) 1,4 Milliarden (Mrd) IndierInnen. In Indien sind seit 1960 aber nur 438 Menschen dazugekommen.[1]

* Die 2 Milliarden Menschen der Industrieländern verbrauchen durchschnittlich 7,4 kW pro Kopf, macht zusammen 8,9 Terawatt. Die 4,4 Mrd Menschen in den "Entwicklungsländern" beanspruchen dagegen weniger als ein 1 kW. Insgesamt 4,1 Terawatt, also weniger als die Hälfte des Betrages der Industrieländer. Der Pro-Kopf-Verbrauch einiger Länder: USA 11 kW, Japan 5 kW, Spanien 3 kW, Bangladesh 0,1 kW [2]

* Die BRD, in dem alle PolitikerInnen behaupten, es gäbe zu wenige Menschen, und in dem eine geburtenfördender Politik & Propaganda an der Tagesordnung ist, ist das 12 bevölkerungsreichste Land und hat höhere CO_2-Emmisionen als ganz Afrika (1990: 997 Mio t zu 660 Mio t) [3]

* Paul Harrison, Wissenschaftsjournalist, hat ein mathematisches Modell entwickelt: am Ozonloch hat zu 10% die "Überbevölkerung" schuld (so sagt er, es müßte aber heißen: die als Überbevölkerung definierten Menschen in der Dritten Welt, die doch auch ein Recht an der Vergößerung des Sommerlochstopfers Ozonloch haben), zu 90% das Konsumverhalten des Nordens und deren Technologien (z.B. FCKW). An den Umweltschäden, die durch Vieh verursacht wird (Erosion, Entwaldung und Verwüstung, Methanausstoß) sei das Bevölkerungswachstum zu 69% Schuld (dabei läßt auch er die Machtverhältnisse völlig unberücksichtigt, die BäuerInnen zur Überweidung des Landes zwingen). So stellt das Forschungsinstitut der UNO für soziale Entwicklung (UNRISD) fest, daß die Marktkräfte für die Umweltzerstörung verantwortlich zu machen sind: im Süden z.B. der Anbau von Mono-Kulturen für den Export.[4]

* Bangladesh ist vor den Niederlanden zwar dichtbesiedelstes Land, aber wenn mensch die EinwohnerInnenzahl pro landwirtschaftlich nutzbarer Fläche (anstelle der Gesamtfläche) betrachtet, ist Bangladesh nur halb so dicht wie Japan besiedelt.[5]

1., 17. und 37. (letztes) Bild des „Daumenkinos" aus GEO

* In Afrika werden Mitte des nächsten Jahrhunderts voraussichtlich 2 Mrd.Menschen leben, das entspricht 80 Menschen pro km^2. Dagegen beträgt die Bevölkerungsdichte von Japan 329/km^2, der BRD 227/km^2, der Schweiz 167/km^2. Zaire könnte halb Afrika ernähren.[6]

* Lateinamerika und Karibik beherbergen nur 8% der Weltbevölkerung, stellen aber 23% der Anbauflächen des Planeten, 19,5% des hydroelektrischen Potentials, 23% der Wälder und 46% des tropischen Baumbestandes[7]

* Die Kontinente, denen Überbevölkerung vorgeworfen wird, haben folgende Bevölkerungsdichten (EinwohnerInnen pro km^2): Südamerika 15, Afrika 17, Mittelamerika 48, Asien 61; Europa liegt dagegen mit 65 auf der Spitzenposition. Für einzelne Länder sieht das so aus: Indonesien 101, Pakistan 107, Philippinen 171 (alles Länder mit einem Entvölkerungsprogramm; und jetzt folgen jene, die - laut offizieller Propaganda - vom Aussterben bedroht sind): Niederlande 350, BRD 241, DDR 154[8], Vatikan 1591 (und das trotz dem Zölibat), Monaco 17450 ("Spielhöllen führten zur Überbevölkerung. Statt Geld gibt's jetzt als Gewinn Pillen & Kondome" - als Schlagzeile für die nächste Weltbevölkerungskonferenz?)

Diese Zahlen beweisen zumindest eins: es ist völlig falsch, pauschal ganze Kontinente mit dem Etikett "Überbevölkerung" zu belegen. Es ist ebenso falsch, die Anzahl der Menschen oder die EinwohnerInnendichte als alleiniges Kriterium heranzuziehen, ausschlaggebend ist vielmehr,

---

[1] *Our Planet. The UN Environmental Programme Magazine For Sustainable Development. UNEP. Volume 6 No. 3, 1994 (im folgenden zitiert als: OP), S.7; Die Zeit, 24.6.94*
[2] *OP, S.12*
[3] *Ein überbevölkerter Planet. Unterrichtsmaterialien zum Thema Weltbevölkerung. Hrsg: Eine Welt für alle e.V., März 1994, S. 40 (zitiert als ÜP)*
[4] *Frankfurter Rundschau, 30.8.94*
[5] *Reproductive and Genetic Engineering. Journal of International Feminist Analysis. Volume 1 No. 1, 1988. Pergamon Press , S.23 (zitiert als RG)*
[6] *WEMOS-Bevölkerungspecial, WEMOS, 1994 (WE)*
[7] *Frankfurter Rundschau 2.9.94*
[8] *ja, "aus guten alten Zeiten": BI-Lexikon, 1985*

wo und wie die Menschen leben, d.h. wie die Bedingungen für die Landwirtschaft sind und wie diese erhalten werden. Viel weiter helfen uns aber die Zahlen nicht. Außer der sicher notwendigen Forderung "Gegen die Überbevölkerung im Bikont[1]! Geburtenstopp für alle Deutsche" wird nichts weiter ersichtlich. Und das gefährliche an den Zahlen ist, daß womöglich dann bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen in Bangladesh doch gerechtfertigt sind, da ja dort 654 Menschen pro km² leben. Mit Zahlen läßt sich vieles beweisen und mensch kann alle möglichen Berechnungen anstellen. Und hinter den Zahlen verschwinden die einzelnen Menschen. Es sind gerade Zahlen (wenn auch andere), die den Bevölkerungswissenschaftlerlnnen als Munition für ihre menschenverachtende Praxis dient. Und selbst jene Zahlen, mit denen zumindest die (links-)liberalen Medien, wie taz, Die Zeit, Frankfurter Rundschau, Spiegel, immer ihre Artikel zum Thema "Überbevölkerung" einleiten, um sich das Feigenblatt der Selbstkritik vorhalten zu können, dienen dann im weiteren Verlauf der jeweiligen Artikel nur dazu, Bevölkerungspolitik im Trikont zu legitimieren, denn wenn der Anteil der "Überbevölkerung" an der Umweltverschmutzung zu 10% ausgemacht wurde, dann müssen halt auch diese 10% angegangen werden, genauso wie der 90%-Anteil des Nordens, wie dann immer beflissentlich am Rande erwähnt wird. Doch die Forderung der Zwangssterilisierungen der Deutschen erhebt niemand - eine im Trikont bis auf den heutigen Tage gängige Praxis. Einige der aufgeklärten Schreiberlinge gehen selbst schon so weit, offen zu behaupten, daß ja das Konsumverhaltens des Nordens schwerer einzuschränken sei als das Bevölkerungswachstum im Süden, weshalb mensch doch einfach realistischerweise einsehen müsse, daß Bevölkerungspolitik schon berechtigt ist.[2]

Die ganzen Zahlenspielereien - egal was sie ergeben und welcher Seite sie Recht geben - verschleiern verschiedene Dinge: 1) die Gründe für das Bevölkerungswachstum im Trikont, an dem wir entscheidenden Anteil haben 2) die Gründe, warum die paar Menschen, die im Trikont leben (in Bezug auf Fläche, Ressourcen usw. viel weniger als bei uns), trotz ihrer gezwungenermaßen sparsamen Lebensweise, nicht genug zum Leben haben und womöglich schon allein deshalb als überflüssige, also Über-Bevölkerung gelten; die Gründe also, die wiederum ihr Ursache hier haben 3) die Praxis der Bevölkerungspolitik des Nordens im Trikont, welche bevölkerungspolitische Programme schon aus ethischen Gründen im Trikont für immer verbieten, wie groß die Bevölkerung auch werden möge 4) die Tatsache, daß Menschen nicht gegen Konsumgüter aufgerechnet werden können, so nach dem Motto: wir sparen ein Auto pro Familie ein und ihr dafür ein Kind und 5) die Tatsache, daß, selbst wenn der Süden in Zukunft 99% der Ressourcen verbrauchen würde und die Umwelt durch seine große Bevölkerung verschmutzen, wir anderen Menschen aufgrund unserer kolonialen Vergangenheit das zugestehen müssen, was wir uns selbst schon seit Jahrhunderten erlauben: erst wenn Europa 500 Jahre lang durch den Trikont versklavt gewesen sein wird und alle

[1] *"Bikont = p.c.-Begriff für Industrieländer, Erste Welt u.ä., von: die zwei Kontinente Nordamerika und Europa unter vernachlässigender Miteinbeziehung von Japan und etwailigen anderen Ländern in anderen Kontinenten", Meyers Lexikon, 1998*

[2] *So äußerte Vittorio Hösle, ein Prof. aus Essen, auf einem Seminar der Deutschen Welthungerhilfe, der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung am 2.3.94 in Bonn: "Da es nicht sehr wahrscheinlich ist, daß die Begrenzung jener Bedürfnishöhe gelingt, die die westliche Welt als Kriterium von Prestige und Selbstachtung über den ganzen Globus verbreitet, ist es statthaft, an den Parameter der Bevölkerungshöhe zu arbeiten, um die angedeutete Katastrophe zu vermeiden (...) und daher wären selbst Zwangssterilisierungen nach dem zweiten und dritten Kind m.E. statthaft, wenn es erstens keine Alternative dazu gäbe und wenn sie zweitens gerecht vorgenommen würde, also der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht verletzt würde. (...) Sterilisierung als Gegenleistung zur staatlichen Hilfe bei der Aufzucht der ersten zwei Kinder" - da der Staat Sozialhilfe gewährt, sei er berechtigt, die Anzahl der Sozialhilfefälle, auch unter Ausübung von Druck, mittel Sterilisierung zu begrenzen (epd entwicklungspolitik 9/94, S.22-24)*

Schulden (nein, nicht erlassen, sondern:) zurückbezahlt hat, die sich in den 500 Jahren zu Milliardenhöhe angehäuft haben[1], erst dann können sich die Länder an einen gemeinsamen Verhandlungstisch setzen, und überlegen, ob es Bevölkerungsprobleme gibt und wie die zu lösen wären.

Prognosen

Paul Ehrlich, Anfang der 70er Jahre einer der wichtigsten Begründer der "Bevölkerungsbombe" und Autor des gleichnamigen Bestsellers, errechnete, daß in 900 Jahren 100 Menschen auf eine Quadratmeter leben müßten. Rene Dunant nahm dagegen an, daß im Jahre 3000 die Einwohnerdichte der Erde 1.500 Menschen/km² betrüge.[2]

Etwas realistischer scheinen die folgenden Zahlen zu sein[3]:

Prognosen der Institutionen für die Bevölkerungsanzahl (in Mrd.) im Jahre:	1994	2025	2050	2100	2150
UN	5,7	T: 7,6[1] M: 8,5 H: 9,4	T: 7,8 M: 10 H: 12,5	T: 6 M: 11,2 H: 19,1	T: 4,3 M: 11,5 (S) H: 28
Weltbank[2]		8,5			H:28
Worldwatch Institute		8,9	10-14		
andere		12			10-15

[1] *T = tiefe ("optimistische") Prognose (bei schneller Senkung der Geburtenrate), M= mittlere (wahrscheinlichste) Prognose, H = hohe ("pessimistische") Prognose (bei ungefährer Beibehaltung des momentanen Wachstums), S = Stabilisierung der Bevölkerungsanzahl auf diesem Niveau, d.h. kein weiteres Wachstum mehr.*

[2] *aufgrund AIDS korrigierte die Weltbank ihre Bevölkerungsprognose für Afrika um 10% nach unten*

Exkurs über die "Grüne Revolution"

Während die Folgen der Kolonialisierung als Ursache für Armut & Elend im Trikont hinlänglich bekannt sein dürften, im folgenden etwas zur neueren Entwicklung, besonders im Agrarsektor, denn die PropagandistInnen der "Überbevölkerung" zogen schon immer mit den begrenzten Nahrungsmittelreserven als ein wichtiges Argument zu Felde, immer mit anderen, den politischen Moden der Zeit entsprechenden Dingen angereichert, wie z.B. die Bedrohung durch den Kommunismus, die Umweltgefahren u.ä. - doch dazu später. Außerdem ist es mehr als Zufall, daß genau jene Chemiekonzerne, die die "Grüne Revolution" im Trikont vorantrieben und -treiben ebenjene sind, die Millionenprofite durch Verhütungsmitteltransfer in den Trikont, Teil der von ihnen mitinitiierten bevölkerungspolitischen Programme, erwirtschaften.

Mit der "Grünen Revolution" werden jene Bestrebungen um eine Intensivierung der Landwirtschaft bezeichnet, die in den 40er und 50er Jahren begannen und einen extrem hohen Einsatz von Technik & Chemie bedeuteten. Ausgeheckt von Chemiekonzernen (die große Profite wegen neuer Absatzmärkte witterten), EntwicklungspolitikerInnen (teilweise gutgläubige TechnokratInnen, die von einem durch und durch technisierten "Paradies" auf Erden träumten - und teilweise hinterlistige StrategInnen, die schon damals wußten, daß damit die Machtverhältnisse auf Dauer gesichert werden können) und

[1] *So fordert die "Reparaçoes Já"-Bewegung (Wiedergutmachung sofort) in Brasilien von der Regierung für jedeN AfrobrasilianerIn 102.000 US$ Wiedergutmachung bzw. 6 Trillion US$ insgesamt. Dieser Betrag errechnet sich aufgrund der Tatsache, daß zwischen 1531 und 1855 vier Mio Sklaven importiert wurden (10% starben allein bei Gefangennahme und Überfahrt), die und deren Nachfahren 300 Jahre kostenlose Arbeit geleistet haben. Die 6 Trillion basieren auf dem damals gültigen Mindestlohn. (Frankfurter Rundschau, 18.7.94)*

[2] *Small family, happy familiy. Internationale Bevölkerungspolitik und Familienplanung in Indien, Petra Lambrecht / Heide Mertens, westfälisches Dampfboot: 1989, S. 15 (zitiert als SH)*

[3] *Die Zeit, 15.7.94; die tagszeitung (taz) 9.8.94 u.a.*

unter sporadischer Miteinbeziehung der Eliten der Trikont-Ländern (die als Ex-StudentInnen westlicher Uni's das Denken der Eliten des Nordens schon so verinnerlicht hatten, daß im allgemeinen Bestechungsgelder und der Appell an ihren eigenen Machtwillen ausreichte, sie über den Tisch zu ziehen), entwickelte sich die "Grüne Revolution" zum endgültigen und entscheidenden Schlag gegen die letzten Reste der Subsitenzwirtschaft im Trikont.

Die Menschen im Trikont hatten sich vor der Kolonalisierung in kleinen Gemeinschaften selbst versorgt. Die expandierenden Feudalstaaten Europas und später die kapitalistischen Zentren Nordamerikas, Europas und Japans brachen dieses über die Jahrhunderte funktionierende Wirtschaftssystem auf, um 1) ihre eigenen Produkte absetzen zu können (denn eine ideale Subsistenzwirtschaft ist anspruchslos, benötigt nichts von außen) und um 2) freie Arbeitskräfte zu erhalten, die die Grundlagen für den Rohstofftransfer in den Norden zu legen hatten, nämlich in den Bergwerken die Erze rauszuhohlen und auf den Plantagen die Mono-Produkte anzubauen. Kriege zur Durchsetzung dieser Interessen, der Missionierungszwang religiöser FanatikerInnen, eingeschleppte Krankheiten, das Aufzwingen der eigenen rassistischen Wertvorstellungen usw. taten das übrige zur Beseitigung der Subsistenzwirtschaft.

Unabhängig von der realen Anzahl an Menschen und der vermeintlichen Tragfähigkeit eines Gebietes, sahen sich schon immer die Menschen zur "Überbevölkerung" stigmatisiert, die erst aus ihrer Subsistenzwirtschaft herausgelöst und dann weder als Arbeitskräfte benötigt wurden noch die nötige Kaufkraft besaßen, um wenigstens als ein Mitglied des Absatzmarkt zu dienen.[1]

Über die Jahre hielten sich trotz aller Kapitalisierungsversuche Reste einer Susbsistenzwirtschaft in den Dörfern des Trikonts, und sei es nur der gemeinschaftliche Dorfbrunnen. Die "Grüne Revolution" schaffte auch dies zu zerstören, den Dorfbrunnen z.B. schon allein dadurch, daß er einfach versiegte, weil ein Großbauer, ausgestattet mit leistungsstarken Pumpen - auf Pump aus dem Norden erhalten -, den Grundwasserspiegel massiv senkte, um seine riesigen Länderein zu bewässern.

Was für die Chemiekonzerne eine Goldgrube war (im Trikont liesen sich sogar noch Düngemittel & Unkrautvernichtungsmittel absetzen, die im Norden aufgrund ihrer Giftigkeit schon lange verboten waren), für die Banken ebenso (Maschinen und Chemie konnten sich die Länder nur über Kredite leisten, die eigentlich schon lange zurückbezahlt sind, aber aufgrund der hohen Zinsen den Banken für immer Geld einbringen werden), Entwicklungs"helferInnen" einträgliche Posten einbrachte, den Stiftungen von Ford und Rockefeller Ruhm & Ehre aufgrund ihrer Großzügigkeit (Stiftungsgelder halfen bei der Finanzierung einzelner Projekte, flossen aber besonders in wissenschaftliche Vorlauf- und Begleitprogramme - jene beiden Stiftungen spielten 20 Jahre später übrigens die Vorreiterrolle bei den bevölkerungspolitischen Programmen), die Eliten der Trikontländer reich machte (die Hälfte der

[1] *siehe auch: Population Theory and the Political Economy of Population Processes, Karen L. Michaelson, 1981, in "And the poor get children" (zitiert als PO). Nach Marx sind "Überbevölkerung" die Menschen, die die Arbeitsreserve darstellen, um Löhne niedrig zu halten & die ArbeiterInnen jederzeit verfügbar. Die neue Qualität heutzutage ist, daß den Menschen nicht nur wie damals eingeredet wird, zur Überbevölkerung zu gehören, damit sie flexibel und anspruchslos bleiben, sondern daß aufgrund der Automatisierung der Gesellschaft eine so große Arbeitsreserve überhaupt nicht mehr benötigt wird und deshalb die Menschen, wenn schon nicht ausgerottet, so doch wenigstens ihrer Fruchtbarkeit beraubt werden müssen.*

Gelder blieben irgendwo zwischendurch "hängen") und den einigen wenigen GroßbäuerInnen beim Machterhalt und -ausbau behilflich war (konnten sie doch auf Kosten aller anderen expandieren), was also die Reichen und Mächtigen noch reicher und mächtiger machte, stürzte den Großteil der veramten Menschen des Trikonts in noch tiefere Armut, Hunger und Elend, Krankheiten und Tod. Und machte sie zur "Überbevölkerung".

Konkrete Beispiele für das Scheitern dessen, was die "Grüne Revolution" immer vorgab zu sein, nämlich alle Menschen mit ausreichend Nahrung zu versorgen - konkrete Beispiele für den Erfolg dessen, was die "Grünen Revolution" von Anfang an sein sollte, nämlich weitere Bereiche des Lebens und der Wirtschaft im Trikont für den Weltmarkt verfügbar zu machen, gibt es viele:

* In Indien profitierten nur die reichen BäuerInnen von der Grünen Revolution, denn nur die bekamen die Kredite der Weltbank von der indischen Regierung durchgespielt, um damit Saat und Düngemittel zu kaufen. Die Armen verarmten noch mehr. Die Böden wurden durch den Kunstdünger verseucht und durch saugstarke Plantagenpumpen verdörrt, was wiederum nur die ortsgebundenen, kleine BäuerInnen trifft..
* Schäden durch die "Grüne Revolution" sind aber auch Bodenverdichtung und Erosion. Dadurch kam es zu folgenden Bodenverlusten: 25% der ehemals landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in Zentralamerika, je 22% in Afrika und Asien.[1]
* In Mexiko brachte die "Grüne Revolution" anfänglich (50er Jahre) innerhalb von 10 Jahren Ertragssteigerungen von 40%, doch 80% der Ernteerträge kamen den 4% der Großbauern zugute.[2] In Brasilien verfügen 50% aller BäuerInnen nicht mal über 3% des Bodens, dagegen befinden sich 44% des Bodens in der Hand von 1% GroßgrundbäuerInnen.[3]. Eine FAO-Studie kam schon 1960 zu dem Ergebnis, daß weltweit 2,5% der Landbesitzer 75% des Landes ihr eigen nennen, 0,23% der reichsten Landbesitzer verfüge immerhin über noch über die Hälfte des Landes. Besonders extrem ist diese Ungleichverteilung in den Ländern des Trikonts und dürfte sich darüberhinaus seitdem noch massiv verschäft haben.[4]
* Die Saatgutsparten der Chemiekonzerne entwickeln immer nur ein paar, sehr krankheitsanfällige und pflegebedürftige Hochleistungssorten, die oft den besonderen klimatischen & technologischen Bedingungen im Trikont keineswegs entsprechen - verdrängen aber aufgrund ihrer starken Marktposition und der anfänglichen Modernitätsgläubigkeit der finanzstarken BäuerInnen traditionelle Sorten. Indien z.B. kultivierte früher 400.000 verschiedene traditionelle Reissorten, Mitte des Jahrhunderts waren es noch 30.000, jetzt nach der "Grünen Revolution" sind es 50 Sorten. Von den 7000 zur Zeit noch existenten traditionellen Reissorten weltweit beherrschen 30 den Markt. 70% der BäuerInnen in Philippinen pflanzen eine in westlichen Labors neu entwickelte Sorte. Als diese durch einen Virus befallen wurde, ein bis dahin unbekanntes Krankheitsbild, kam es zu riesigen Ernteverlusten.[5] Die neuen Hochleistungssorten sind nach durchschnittlich 6 Jahren verschlissen - eine neue Sorte mit entsprechenden Forschungs- & Entwicklungspreisaufschlag muß die alte ablösen. Die wenigen Anbieter vereinen inzwischen Saatgut- und Düngemittelabteilungen, entwickeln somit Düngemittel, die genau auf ihre Pflanzen zugeschnitten sind. Die BäuerInnen müssen notgedrungen Saat und Chemo-Mittel im überteuerten Paket kaufen. Die Konzerne genießen auf die von ihnen entwickelten oder "entdeckten" (= geklauten)[6] Sorten gesetzlichen Sortenschutz, d.h. die Sorte kann patentiert werden, eigene Nachzüchtungen

[1] *Die Zeit, 12.8.94*
[2] *Genotopia, Nov. 1988, Ökologiereferat des ASTA Oldenburg, S.20 (zitiert als GE)*
[3] *ÜP, S.35*
[4] *Reproductive Rights and Wrongs. The global politics of population control and contraceptive choice. Betsy Hartmann. Harper & Row Publishers, 1987, S.8 ff (zitiert als RW)*
[5] *BUKO-Agrar Koordination: "Von der Grünen zur Saatgut-Revolution", 1/89, S.9 und "Vom Sortenschutz zur Patentierung" 2/89, S.15*
[6] *Neuerdings können sogar nicht veränderte, also traditionelle Sorten und deren, ebenfalls althergebrachte Verarbeitungsformen von Saatkonzernen patentiert werden, die somit alle Rechte über eine Pflanze und deren Verarbeitungsprodukte erwerben. In Indien wurden bislang z.B. trotz (erster) "Grüner Revolution" noch 60% des Saatgutbedarfs durch die eigene Ernte gedeckt - das wird jetzt verboten. Die Trikont-Länder werden in der Zukunft jährlich allein 60 Milliarden US$ für die Lizensgebühren für patentierte Pflanzen ausgeben müssen - für Pflanzen, die sie seit Jahrtausenden selbst anbauen. (konkret 9/94)*

sind verboten - und meistens sowieso unmöglich, da die Konzerne ausschließlich hybride (= nicht auf herkömmliche Weise vererbbar) Sorten züchten, d.h. die BäuerInnen müssen jedes Jahr auf's Neue die Saat einkaufen und unterliegen somit dem Preisdiktat der Konzerne. Gleichzeitig gilt ein Handelsverbot auf alle nicht angemeldeten Sorten, angemeldet darf wiederum nur jene Sorte, die sich signifikant von einer schon patentierten unterscheidet, was ebenso zur oben schon beschriebenen genetischen Verarmung beiträgt.

Im Trikont sind 95% aller Pflanzenpatente im Besitz von Konzernen, 90% des pflanzlichen Genmaterials des Trikonts lagert in Genbanken westlicher Konzerne und Forschungsinstitute.

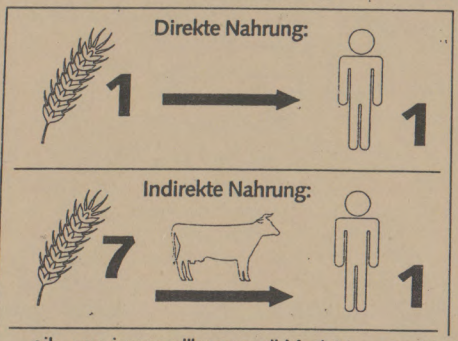
Zu der traditionellen Ausbeutung des Trikonts durch Monokulturen eigener Pflanzen (Kakao, Tabak, Bananen), kommt jetzt die Enteignung des genetischen Grundmaterials hinzu und als völlig neuer Trend die Ersetzung der Monokulturen durch chemo-, bio- und gentechnologische Verfahren in Industrielabors des Nordens (Gummi aus Öl statt Kautschuk, Vanille wird schon genetisch produziert, Süßstoffe anstelle von Zukker, Ersatzkaffee und -Kakao ist in Forschung).[1]

* Um die Schulden für alte Kredite und die ständig steigenden Saatgut- und Chemomittelpreise zahlen zu können, sind die einzelenen BäuerInnen auf Verkauf ihrer Produkte und die Länder auf Export angewiesen. Angebaut wird also nicht mehr, was die Menschen benötigen, sondern was sich absetzen läßt und am meisten Geld bringt. Neben drogenenthaltende Pflanzen - Koka, Hanf und Schlafmohn (deren Anbauflächen werden im Rahmen von U.S.-amerikanischen und europäischen Drogenbekämpfungsprogrammen mit Unkrautvertilgungsmitteln besprüht, die so stark dosiert sind, daß sie alle Pflanzen, Drogen- wie Nahrungspflanzen, vernichten - und die Chemiekonzerne freuen sich über den doppelten Gewinn... übrigens auch das "Drogenproblem" ein Problem, welches der Norden erst im Trikont verortet, um es dann ausschließlich dort und mit brutaler Gewalt zu lösen versucht, aber das ist ja ein anderes Thema...) -, neben den altbekannten Luxusprodukten wie Kakao, Kaffee, Zucker und Tee (während der großen Hungersnot Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in den Länder der Sahel-Zone nahmen die Nahrungsmittelexporte aus ebenjenen Ländern sogar noch zu[2]) ist das immer häufiger auch Viehfutter.So wird auf einem Großteil der Äcker Ägyptens Viehfutter für den Export angebaut[3] Oder: McDonalds baut auf Haiti in den fruchtbarsten Gebieten Viehfütter an, die BäuerInnen wurden dadurch und die anderen Exportanbauflächen für Kaffee, Zucker und Kakao in die unfruchtbaren Berge verdrängt[4]

Allgemein läßt sich für alle Länder folgender Ablauf nachzeichnen: Abnahmepreise sinken kurzfristig wegen höherer Erträge - darunter leiden alle BäuerInnen, auch jene, die sich nicht an den Projekten beteiligen. Viele werden zum Aufgeben gezwungen. Nach einigen Jahren sinken jedoch die Erträge wegen der sich einstellenden Resistenz der Insekten/Viren gegen die neuen Mittel und wegen der größerer Anfälligkeit der Kulturen. Hier treten dann erste Nahrungsmittelknappheiten ein, für Devisen muß importiert werden. Ständige Preissteigerungen für Saat und vermehrter Einsatz von Düngemitteln & Gift verschärft die Verschuldung.[5]

[1] *Die Wochenzeitung, 11.10.85*
[2] *RW, S.8 f*
[3] *Frankfurter Rundschau, 2.9.94*
[4] *PO, S.17*
[5] *GE, S.20*

Als genügend Geld durch die "Grüne Revolution" erwirtschaftet, die öffentliche Kritik aus dem Trikont und kritischer Gruppen im Norden nicht mehr zu überhören war und selbst bei den beteiligten "EntwicklungshelferInnen" langsam Zweifel ob ihres Tuns auftauchten, wurde flugs die Revolution in die "Erste Grüne Revolution" umgetauft und angesichts der Folgen völlig beschönigend von einem "Nicht ganz so gelungen wie gewollt" geredet. Und wo eine "Erste" ist, muß auch eine "Zweite Grüne Revolution" sein. Seit ein paar Jahren heißt es statt "Mehr Dünger, mehr Unkrautvertilgungsmittel, mehr Technologie" nur noch "Weniger und besser". Besser durch Gentechnik. Daß die Profite hierbei um Potenzen höher liegen, ist schon lange klar, erste Folgen für Menschen und Umwelt zeichnen sich langsam ab. Die "Zweite" unterscheidet sich von der "Ersten" nur darin, daß sie alles noch extremer zuspitzt und verschärft - und hier mit den Bemühungen der BevölkerungswissenschaftlerInnen kulminiert. Diese bedienen sich auch der Mittel der Gentechnik, um immer "bessere" Verhütungsmittel zu entwickeln. Mehrere aus diese Zunft spekulierten schon, ob mensch nicht heimlich sterilisierende Substanzen dem Trinkwasser zusetzen sollte. Mein Neuerervorschlag zum Thema: gentechnisch gezüchtete 50 cm große Reiskörner, die sterilisierende Wirkung haben, falls mensch nicht schon an ihnen erstickt ist.



Neben den "Grünen Revolutionen" zerstören andere "Entwicklungshilfen" des Nordens die Lebensgrundlagen im Trikont in nicht unwesentlicherem Maße: zur Zeit sind weltweit 2,5 Mio Menschen - Opfer von Weltbankprojekten - zwangsumgesiedelt; sie mußten mit ihren Häusern und Bebauungen den prestigeträchtigen Projekten der Weltbank, wie Staudämme, weichen. Eine kleinere Zahl von Menschen sieht sich einer noch unverständlicheren Entwicklung gegenüber: weil engagierte Kinder aus "lauter Umweltliebe" ein Stück Regenwald kaufen (allein auf Costa Rica 30.000 Hektar), müssen sie aus ihrem angestammten Lebensraum verschwinden.[1] Die Eltern jener, um das Wohl des Planeten so besorgten Kinder - die Tropenholzmöbel im Kinderzimmer lasten furchtbar auf dem kleinen Gewissen -, fliegen allurlaubentlich in den Trikont, weil da "die Natur noch unberührt ist". Wie die das schaffen, zeigte kürzlich eine Studie des UN-Institut UNRISD: in Uganda z.B. werden Nationalparks eingezäunt und sind somit nicht mehr für die nachhaltige Nutzung der Einheimischen zugänglich. Reiche Touris dagegen fahren da auf Jagd. Wenn aber die vertriebenen Menschen mal ein wenig Brennholz schlagen, fangen die stolzen JägerInnen aus dem Norden gleich an zu zetern, übers Bevölkerungswachstum, welches die schönen Wälder zerstöre.[2] Oder wenn sich die so verjagten Menschen in den Slums der Großstädte ansiedeln, fühlen sich die Touris angeekelt und lamentieren, wenn sie sich vom erstem Schock erholt haben, über Hygiene, zu viele Menschen und "wir haben es ja schon immer gewußt..."

Gründe für Bevölkerungswachstum

Die simpelste Antwort, warum Menschen Kinder bekommen, ist: weil es halt so ist. Denn jeder Versuch, wertfrei und objektiv "die" Gründe dafür anzugeben, muß fehlschlagen, weil es wieder tausend andere Gründe dafür oder dagegen gibt, die in dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext

[1] *Ökolinx Nr. 16, S.68 (zitiert als ÖL)*
[2] *Frankfurter Rundschau, 30.8.94*

ihre subjektive Bewertung erfahren, welche wiederum zeitlichen Schwankungen und vielfältigsten, nicht zu fassenden äußeren & inneren Einflüssen unterliegt. Marktforschung läßt sich beim Autokauf betreiben, beim Kinderkriegen dagegen ist es menschenverachtend und unwissenschaftlich. Doch genau, wie die WissenschaftlerInnen Autos gegen Menschen in Bezug auf ihrer Umweltverschmutzung aufrechnen, betreiben andere Geburtenmarktforschung.

Sie suchen nach Gründen dafür, warum die Bevölkerungswachstumraten in vielen Ländern des Trikonts höher sind als jene im "Bikont".[1] Bei ihren soziologischen Untersuchungen kamen die WissenschaftlerInnen zu dem Ergebnis, daß die brutalen Methoden der bevölkerungspolitischen Programme, die besonders in deren Anfangsjahren angewandt wurden, erfolglos blieben und bleiben müssen, weil sie das "Problem" nicht an seiner Wurzeln anpakken würden. Diese Ergebnisse sind in soweit begrüßenswert, daß sie, sobald sie Eingang in die Praxis finden, die Menschen im Trikont zumindest teilweise vor Zwangssterlisierungen, gezwungenen Abtreibungen, Erpressung zur Benutzung von krankmachenden langwirkenden Verhütungsmitteln schützen werden. Deshalb seien einige der Ergebnisse im folgenden genannt. Auf der anderen Seite, darf mensch nicht vergessen, daß genau diese Resultate nun benutzt werden, um den "menschenfreundlichen Ansatz" der Bevölkerungspolitik durchzusetzen, d.h. daß nun an diesen Parametern gedreht wird, die versprechen, die wirklich wirkungsvollen zu sein im Gegensatz zu den eher kontraproduktiven Zwängen aus den Anfangsjahren. Wenn z.B. die WissenschaftlerInnen herausfinden, daß mehr Emanzipation der Frauen = weniger Kinder (mit einem Umrechnungsfaktor von 2,7 bis 3,5?), dann können sich die Frauen im Trikont in der Zukunft wohl auf etwas staatlich verordnete Emanzipation "freuen" (lies: mehr Beteiligung an der Männerherrschaft in Bildung, Politik und Wirtschaft). Doch was ist mit den Frauen hier, die ja - so zumindest der Wille der BevölkerungsstrategInnen - mehr Kinder gebären sollen? Steht denen die staatliche Zurücknahme der Emanzipation, der Backslash, bevor, weil die SoziologInnen erforscht haben, daß Zwangmaßnahmen, wie §218, dem Staat nicht unbedingt mehr Staatsdiener bringen. Und die Frauen im Trikont, dürfen die sich etwa nur geburtensenkend emanzipieren, weil eben die Geburten sinken müssen. Ist das nicht die totale Reduzierung der Frau auf ihre Gebärmutter - also das völlige Gegenteil von Emanzipation. Wie soll überhaupt die Emanzipation aussehen, benutzen die BevölkerungswissenschaftlerInnen und Feministinnen vielleicht nur das selbe Wort für verschiedene Dinge. Und wenn das Ziel im Trikont erreicht ist, was geschieht dann mit den staatlichen Emanzipationsprogrammen (zur "feministischen" Bevölkerungspolitik siehe weiter unten).

Die gleichen Einwände liesen sich für alle anderen Punkte ebenso anbringen (weniger Bildung für Deutsche, damit mehr Kinder - mehr Deutschunterricht in Afrika, damit weniger Kinder usw.)

Trotz allem, es soll die folgenden Gründe für Kinder geben: 0) der menschliche Wunsch 1) ökonomische - billige Kinderarbeit, Kinder als einzige Sicherung der Altersversorgung 2) Patriarchat - Sohn hat Präferenz, Frau für Verhütung zuständig, Vergewaltigungen u.ä. 3) hohe Todesrate und schlechte hygienische Situation 4) Unterbevölkerung - durch Landflucht, Sklavenhandel, Krieg u.ä. 5) Folgen des Kolonialismus - Zerstörung traditioneller Strukturen (z.B. Sexualrituale, Wissen um Verhütungsmittel) und geburtenfördernde Politik 8) Kirche & Religion - Verteuflung von Sexualaufklärung, Abtreibung und Verhütungsmitteln 7) geburtenfördenernde Politik der Trikont-Länder 8) mangelnde Bildungschancen 9) Kinder als Statusobjekt 10) fehlende moderne

[1] *In den Industrieländern nimmt die Bevölkerung jährlich mit 0,5% zu. In den Ländern des Trikonts mit 2%. Weltweit ergibt das 1,7%: Afrika 3%, Asien 1,9% Lateinamerika 2,1% (ÜP, S. 25)*

Verhütungsmittel 11) Abschreckung durch bevölkerungspolitische Programme.
Desweiteren gibt es Gründe, die in den Industrieländern zur Senkung der Geburtenrate führten, welche also Gründe gegen Kinder darstellen, die im Trikont so nicht gegeben sind, wie 12) kinderfeindliche Umwelt 13) ökonomische - zu teuer 14) Karriereplanung 15) Individualismus, Selbstverwirklichung - keine Verbindlichkeiten eingehen wollen 16) steigende Unfruchtbarkeit durch Streß und Umweltverschmutzung u.v.m.

* zu 0), dem einfachen Wunsch, läßt sich nicht viel sagen, manche verspüren ihn halt und andere nicht

* zu 1) ökonomische Gründe: 1,1 Mrd Menschen, daß sind 30% der in den Entwicklungsländern lebenden Menschen, haben pro Tag nicht mehr als einen Dollar zur Verfügung, sind also auf jeden Beiverdienst angewiesen. Die Kinder im Trikont gehen durchschnittlich ab dem 13. Lebensjahr regelmäßig arbeiten. In Bangladesh bringen die Jungen schon ab 10 mehr ein, als sie konsumieren. Und mit ca. 15 Jahren haben Kinder im Trikont schon mehr produziert und an Geld verdient, als sie je in ihrem Leben verbraucht haben - d.h. ein Kind "amortisiert" sich nach 15 Jahren.[1]

* zu 2) Patriarchat: Männer verbieten in einigen Ländern ihren Frauen, wegen Verhütungsmitteln ÄrztInnen zu konsultieren, weil die Männer befürchten, die Frauen könnten dann unbemerkt fremd gehen, weil sie ja nicht mehr schwanger werden. In manchen arabischen Ländern kommt erschwerend hinzu, daß die meisten ÄrztInnen Männer sind und aufgrund des islamischen Gebotes, nur die eigene Frau sehen oder gar berühren zu dürfen, wird es für Frauen sehr schwer sich in Bezug auf Verhütungsmittel kompetent beraten und untersuchen zu lassen. Mann selbst braucht sich ja nicht um die Verhütung kümmern. In arabischen Ländern darf der Mann sich außerdem von der Frau scheiden lassen, wenn sie unfruchtbar ist - das wirkt als Gebärzwang. Männer wünschen oft eher und mehr Kinder als die Frauen, weil sie damit ihre Männlichkeit unter Beweis stellen können, ohne dann unbedingt die Kinder am Hals zu haben. Die Bevölkerungprogramme richten sich nur an die Frauen, währenddessen die Männer negativ gegen Verhütung eingestellt sind: so verheimlichen 50% der Mexikanerinnen, die an Bevölkerungsprogrammen teilnehmen, dies vor ihren Männern, weil diese das verbieten würden. Die sich ständig verschlechternde Position der Frau durch die Auflösung traditioneller Familienstrukturen und der Einführung des universalen Patriarchats versuchen die Frauen mit dem Gebären von Kindern zu kompensieren - als Bestechung der Männer, Geschenk oder Druckmittel, ihnen zu helfen.[2]

* zu 3) Todesrate/medizinische Situation: Viele Frauen bekommen schnell viele Kinder, weil sie fürchten, wegen der schlechten medizinischen Situation (vorallem fehlerhaften gynäkologischen Eingriffen) unfruchtbar zu werden bzw. ihre Kinder aufgrund von Krankheiten zu verlieren.[3]

* zu 1)-3) In Indien muß eine Frau durchschnittlich 6,3 Kinder gebären, um letztendlich einen Sohn relativ sicher für die Altersversorgung zu haben. Die Töchter werden wegverheiratet, die anderen "2,15 Söhne" sterben frühzeitig. In der Sahelzone muß eine Frau 10 Kinder bekommen, um mit 95% Wahrscheinlichkeit einen Sohn zu haben, der mindestens 38 jahre alt wird.[4]

* zu 4) Unterbevölkerung: Eine Folge des Kolonialismus ist der Arbeitskräftemangel in einigen Ländern Afrikas durch den SklavInnenhandel. Während Afrika im 19. Jahrhundert 20% der Weltbevölkerung stellte, sind es heute nur noch 13%. Ursachen neueren Datums sind der lokale Arbeitskräftemangel = Unterbevölkerung auf dem Lande (was auf Ecuador und einige afrikanische Länder zutrifft), eine Folge der massiven Landflucht - die Stadt mit den besseren, aber unsicheren Verdienstmöglichkeiten lockt. Daß es diese auf dem Land nicht gibt, liegt an einer verfehlten Landwirtschaftpolitik, die wiederum diktiert wird durch IWF und Weltmarkt und noch determiniert ist von der kolonialen Abhängigkeit. Da die unbedingt notwendigen Arbeiten wie Deiche-Anlegen nicht mehr geschafft werden, bekommen die Leute lieber etwas mehr Kinder und verarmen trotzdem immer mehr. So verödeten in

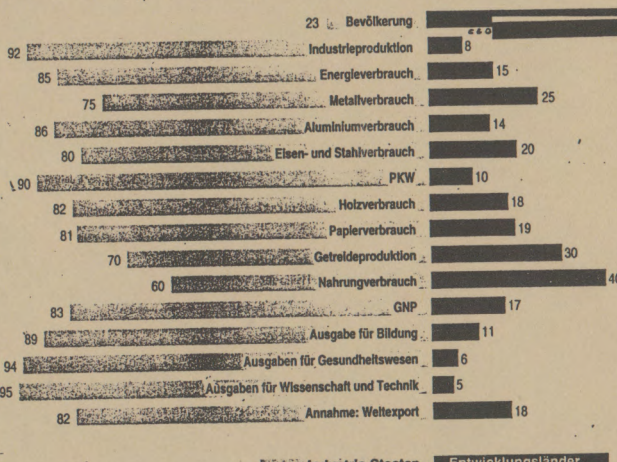
[1] *Publik Forum, 13.5.94; RW, S.6*
[2] *RW, S.47; taz, 15.8.94; Publik Forum, 13.5.94; Frankfurter Rundschau, 20.8.94; Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd. Christa Wichterich (Hrsg.). Lamuv 1994, S. 207f (zitiert als MM)*
[3] *taz, 11.8.94*
[4] *RW, S.6-8*

Sambia Landflächen, weil der Großteil der Bevölkerung zu den Kupferminen abgezogen wurde.[1]

* zu 5) Kolonialismus: Durch die Aufdrükkung westlicher Wertvorstellung, Denk- & Lebensweisen kam es zu einer steten Auflösung traditioneller Strukturen und Verhaltensmaßregeln, die die Geburtenanzahl regulierten. Wie mensch diese alten "Verhütungsmittel" auch bewerten mag, sie wurden ersatzlos zerstört. Sogar in neuerer Zeit macht sich das noch bemerkbar, so stieg in Kenia zwischen 1960 und 1980 die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 5,3 auf 8,1. Gründe waren die Aufhebung der traditionellen Polygamie, die Abschaffung des Brautpreises (der die späte Ehe beförderte, denn die Männer mußten erst das Geld zusammenbringen) und die Emanzipation aus klassischen Mustern der Ehe, die aber nur für Männer stattgefunden hat, die also nun die neue sexuelle Freizügigkeit vor der Ehe auskosten, während die Frauen, die ihre Jungfräulichkeit verloren haben, versuchen, über die Schwangerschaft den Mann an die zuerst noch versprochene Hochzeit zu erinnern, um somit die Schande von sich abzuwenden.[2] Die Polygamie war wichtig für die nachgeburtliche Enthaltsamkeit, die 2 bis 4 Jahre dauerte (Stillzeit des Kindes) - diese wurde jedoch von katholischen Missionaren verpönt und durch Gesetze verboten.

Ein weiteres geburtenregulierendes Element waren die langen Stillzeiten der Kinder. Stillen vermindert a) die tatsächliche Fruchtbarkeit beträchtlich und b) wollen Frauen, die stillen, keine Kinder, verweigerten also früher den Geschlechtsverkehr (bzw. könnten die Männer jetzt Verhütungsmittel benutzen). Offensive Werbung für künstliche Milch (besonders von Nestle) führten jedoch zu einer extremen Verkürzung der Stillzeiten für Kinder. Nebenbei erhöht die künstliche Milch die Sterberate um das fünffache (für Kinder, die kürzer als 6 Monate gestillt wurden).[3]

Aber auch das Wissen um die "echten", traditionellen Verhütungsmittel vernichteten die Kolonialherren. So wurde das Kondom vor 3000 Jahren in Ägypten entwickelt, sie waren z.B. aus dem Blinddarm von Schafen und wiederverwendbar - doch das wissen heutzutage die ÄgypterInnen genausowenig wie wir uns noch daran erinnern können, wegen welchen Tricks gegen die menschliche Fruchtbarkeit die Hexen im Mittelalter verbrannt wurden. Heute muß Ägypten die teuren Wegwerfkondome von Chemiekonzernen in Euopa importieren. Die WHO hat 400 Pflanzen aus 110 Ländern registriert, die früher erfolgreich als Verhütungsmittel auf die verschiedenste Art und Weise verwendet wurden. Heute kennt sie niemand mehr, die schriftkundigen ÄrztInnen hielten die Rezepte der Volksmedizin für unzuverlässig und dokumentierten sie nicht. Nur die wenigen Regenwaldvölker in intakter sozialer und ökonomischer Umgebung sind der lebende Beweis dafür, daß die traditionellen Verhütungsmittel funktionieren: bei ihnen



[1] *Frankfurter Rundschau, 14.3.94*
[2] *ÜP, S.16*
[3] *RW S.6 f. Ein neues Gesetz verbietet in Deutschland übrigens die Werbung für Säuglingsnahrung, die vom Stillen abhalten soll (wegen der Gesundheit der deutschen Kids, siehe Frankfurter Rundschau 1.7.94) - daß selbst die Zigarettenwerbung noch erlaubt ist, zeigt die Gefährlichkeit der künstlichen Milch. Die Praxis von Nestle im Trikont war (und ist?), neben pseudowissenschaftlichen Anzeigenserien und Werbespots, das kostenlose Verteilen der ersten Packung Kunstmilch, das Bestechen von ÄrztInnen, damit jene den Müttern die Nestlemilch empfehlen bzw. das sich selbst als ÄrztIn verkleiden, um seriös zu erscheinen. Das kostete zehntausenden Babys schon allein deshalb das Leben, weil die Mütter, einmal die kostenlose Packung benutzt, nicht mehr stillen, aber auch das viele Geld für die Nestlemilch nicht aufbringen konnten.*

gibt es keine "Überbevölkerung" und keine "Übernutzung" der Ressourcen.[1]

* zu 5) und 6) Missionare wetterten damals in den Kolonien gegen die Verhütungsmittel und die KolonialisatorInnen unterstützten eine geburtenfördernde Politik: die SklavInnen, die billigen Arbeitskräfte, sollten sich nur kräftig vermehren. In Togo hatten die französischen Kolonalisatoren 1920 sexuelle Aufklärung und Gespäche über Sexualität in der Öffentlichkeit verboten. Das galt bis 1987, jetzt wird dieses Tabu im Rahmen der Bevölkerungsprogramme langsam aufgehoben.[2]

Noch heute gehen viele Kinder, besonders in den katholischen Ländern Lateinamerikas auf das Konto des Papstes, ebenso wie die vielen mißlungenen, weil selbst durchgeführten Abtreibungen.

* zu 6) Aber auch in vielen traditionelle Religionen spielt die Fruchtbarkeit der Frau eine wichtige Rolle und den Frauen wird das Gebären als "natürliche" Bestimmung auferlegt. Ansehen und Status der Familie resultieren aus der Kinderanzahl oder Kinder sind notwendig, um die Ahnenreihe nicht abbrechen zu lassen (ansonsten würde das alle Vorfahren ins Verderben stürzen[3]).

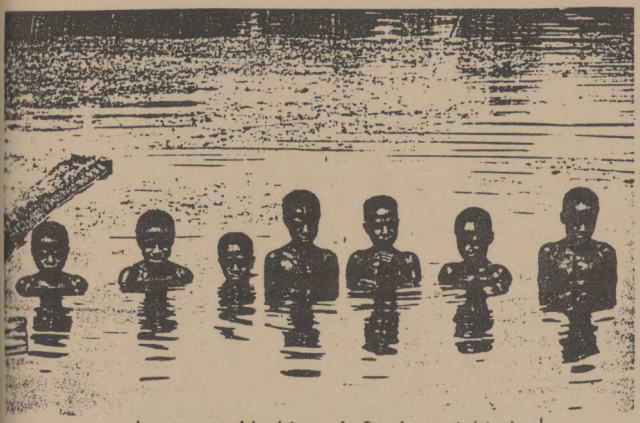
* zu 7) Die nationalen Eliten im Trikont führten über lange Zeit eine geburtenfördernde Politik aus und tun dies zum Teil heute noch. Folge sind das Verbot der Abtreibung, fehlendes Angebot an Verhütungsmitteln und eine pronatalistische (geburtenfördernde) Propaganda. Das resultierte einerseits aus dem machtpolitischen Kalkül (je mehr Menschen desto mehr Bruttosozialprodukt bzw. Soldaten für die Armee), andererseits aus dem Mißtrauen gegenüber der US-imperialistischen Entvölkerungspolitik, der etwas entgegengesetzt werden müßte - nämlich unhinterfragt deren absolute Negation. Dieses waren auch immer Gründe für die Guerilla, Befreiungsbewegungen, linke Parteien, Gewerkschaften usw., die freie Entscheidung zugunsten eines erwünschten Bevölkerungszuwachses (an KämpferInnen, WählerInnen, ArbeiterInnen, Landsleuten u.ä.) einzuschränken und mit den nationalen Eliten den Konsens über die Notwendigkeit des Bevölkerungswachstumes zu teilen.

* zu 8) Längere Ausbildungszeiten führen zu einem späterem Heiratsalter und heben somit das Durchschnittsalter beim ersten Kind an; eine Schulpflicht nimmt den Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder als billige Arbeitskräfte einzusetzen; außerdem bekommen gebildetere Menschen im allgemeinen weniger Kinder.[4]

* zu 9) Über die gesellschaftliche Notwendigkeit für Kinder, schreibt E.coli-bri: "Kein Kontrazeptivum bringt den Frauen bei ihrer täglichen, oft 15stündigen Arbeitslast die Erleichterung, die ihnen mithelfende Kinder verschaffen. Keine Spritze und keine Pille vermag ihnen das Selbstwertgefühl zu ersetzen, das sie aus der gesellschaftlichen Hochschätzung der Mutterschaft beziehen. Diese Frauen sind an einer Aufhebung dieser sozialen Reduktion ihrer Persönlichkeit interessiert, aber sie wissen sehr wohl, daß ihre Emanzipation nicht durch eine Tubenligatur oder eine Hormonkapsel hergestellt wird. Solange keine Veränderung ihrer Lebensbedingungen und der systematischen Minderbewertung des weiblichen Geschlechts erreicht wird, führt die Bevölkerungskontrolle nur zu einer Verschlimmerung ihrer Situation."[5]

* zu 10) Verteilung und Angebot der Verhütungsmittel ist - wie auch bei anderen Luxusgütern im Trikont - schlecht. Hinzu kommt noch, daß die Verteilung in den meisten Ländern den bevölkerungspolitischen Organisationen überlassen wird, die sich nicht nach der Nachfrage, d.h. den (wie auch immer erzeugten) Bedürfnissen der Menschen richten, sondern nach ideologischen Leitlinien. Wenn die (weißen, rassistischen) MitarbeiterInnen dieser Org's davon ausgehen, daß Schwarze einfach zu blöde für ein Kondom und zu unzuverlässig für die Pille sind, dann gibt es diese Mittel eben nicht, sondern nur die krankmachenden,, langwirkenden, die von den ÄrztInnen eingesetzt werden müssen, oder es wird gleich der Sterilisation der Vorzug gegeben. So gibt es z.B in Bangladesh Gebiete ohne Verhütungsmittel und andere mit zu vielen,

[1] *RW, S.266; Süddeutsche Zeitung, 7.7.94; E.coli-bri 7, S.28*
[2] *RW, S.31; BijEEN, Sept. 94, S.32 (zitiert als BE)*
[3] *MM, S. 205*
[4] *Dieses Ergebnis vielfältiger Studien ist - unkommentiert und nicht weiter interpretiert - ziemlich elitär, da es suggeriert, ungebildetere Menschen seien dumm, zu dumm, um weniger Kinder zu bekommen. Oder so. Verschwiegen wird dabei der umgekehrte Effekt: Menschen, besonders Frauen, die frühzeitig Kinder bekommen, werden Bildungschancen verwehrt.*
[5] *E.coli-bri 6, S.4*



Resümierend läßt sich feststellen, daß also "nur" die Armut und das Patriarchat beseitigt werden muß, die medizinische Situation verbessert, die Folgen der jahrhundertlangen Kolonialisierung behoben, die Kirche abgeschafft, die Weltbank- & Bevölkerungspolitikmanager eingesperrt, Bildung und Verhütungsmittel kostenlos angeboten und die Menschen von allen Zwängen befreit, kurzum... also alles Sachen, die – sowieso in dieser Woche im Terminkalender, oder für die Langsamen: im aktuellen Fünfjahresplan, stehen und die völlig unabhängig von einer Über- oder Unter- oder einer wie-auch-immer-Bevölkerung eingelöst werden müssen, und zwar sofort!

aber nur schlechten. Außerdem steht der Preis der nicht durch bevölkerungspolitische Programme subventionierten Verhütungsmitteln dem Kauf oft entgegen. In Brasilien kostet ein Kondom 2 DM, eine Packung Pillen 5 DM und das bei einem Minimumlohn von 120 DM, den viele Familien noch nicht mal erreichen. In Ägypten kostet eine Monatspackung Pillen mit 10 bis 36 US$ mehr als ein Monatseinkommen vieler Familien.[1]

* zu 11) Folge der bevölkerungspolitschen Programme: Im Trikont argwöhnen Frauen schon teilweise, daß alle Gesundheitsprogramme versteckte Familienplanungsprogramme sind und begegnen deshalb allen ÄrztInnen mit Angst. Das geht soweit, daß z.B. in Kenia auch andere Hilfsangebote, wie die kostenlose Verteilung von Milch an alle Schulkinder, von der lokalen Bevölkerung skeptisch abgelehnt wird, weil sie befürchtetet, die Milch könnte mit Verhütungsmitteln versehen sein.[2] Ein Viertel bis ein Drittel aller Frauen in der Dritten Welt benutzen aus Angst vor den schlechten Verhütungsmitteln, von denen sie schreckliches gehört bzw. am eigenem Körper erfahren haben, überhaupt gar keine Verhütungsmittel mehr. Eine Studie aus Indien hat ergeben, daß die Frauen sich sehr für Verhütungsmittel interessieren, da aber bei der Beratung immer nur auf die Sterilisierung angedrungen wird und die Männer dagegen sind, daß sich ihre Frauen sterilisieren lassen, meiden viele inzwischen jede Beratung.[3]

Dagegen sind die Punkte 12)-16), die auch zu weniger Kinder führen würden (und im "Bikont" geführt haben) nicht so löblich. Doch werden die Länder des Trikonts, zumindest jene, die den Sprung aus der neokolonialen Abhängigkeit schaffen, davon ebensowenig verschont bleiben, wie wir - das ist zumindest zu befürchten.

Interessantes Detail hierbei ist aber, daß der demographische Übergang, also jene Zeitspanne zwischen Verbesserung der Lebensqualität, die gleichbedeutend ist mit einem Sinken der Sterbeziffern, und dem Zeitpunkt der Verringerung der Geburtenzahlen, eine Zeitspanne also, wo mehr Menschen geboren werden als sterben, was zu einem Bevölkerungszuwachs führt, den es davor nicht gegeben hat und danach nicht wieder geben wird[4], in den USA 58 Jahre andauerte, nämlich von 1842 bis 1900. In China dagegen waren das nur 7 Jahre, in Thailand 8 Jahre, in Indoniesien 27 Jahre. In den Ländern des Trikonts vollzieht sich aufgrund der aufgezwungenen ökonomischen Entwicklung jetzt nur das, was in ähnlicher Art und Weise, damals aber noch völlig unreguliert von irgendwelchen BevölkerungspolitkerInnen und ohne moderne Verhütungsmittel, vor ungefähr

---

[1] *BijEEN, Juni 1994; Die Wochenpost, 18.8.94*

[2] *OP, S.22; RW, S.87 - Diese Befürchtung ist nicht mal so ungerechtfertigt, da diese Idee, dem Trinkwasser oder eben der Milch sterilisierende Mittel beizufügen, mehrmals von BevölkerungpolitikerInnen geäußert wurde und einige mysteriöse Fälle sich schon zugetragen haben.*

[3] *RW, S.250; taz, 11.8.94*

[4] *so zumindest nachzulesen in jedem bevölkerungswissenschaftlichem Buch*

einem Jahrhundert in Europa und Nordamerika stattfand. Doch selbst in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts war das Bevölkerungswachstum in Europa viel höher als heute im Trikont. Soziale Konflikte, die damals aufgrund wachsender Bevölkerung und sinkendem Arbeitskräftebedarfs entstanden sind, konnten durch große Auswanderungswellen in die Kolonien/nach Nordamerika und der Einrichtung sozialer Netze, die sich die reichen Kolonialländer auf Kosten ihrer Kolonien leisten konnten, teilweise aufgefangen werden.[1]

Und genauso, wie der Streß dieser westlichen "Zivilisation" viele unfruchtbar macht, hat auch der Versuch China's, einen langen Prozeß auf sieben Jahre abzukürzen, viele unfruchtbar gemacht - mit dem markanten Unterschied, daß die einzelnen ChinesInnen sich weder für den Streß im Land noch für die eigene Unfruchtbarkeit entschieden haben.

"Die Grenzen des Wachstums"

Der Club of Rome, eine Vereinigung namhafter WissenschaftlerInnen, Industrieller und anderer Bonzen ("Persönlichkeiten des öffentl. Lebens"[2]), die aber besorgt darüber waren, was sie verzapft hatten, schrieben 1972 den kritischen Rapport "Die Grenzen des Wachstums". Während westliche KommunistInnen nur müde abwinkten: "Das wissen wir doch schon seit Marx" und kritisierten, daß jene, so um die Grenzen des Kapitalismus besorgen Kapitalisten doch nur systemimmanente Auswege anboten, freuten sich alle andere, daß nun selbst die Elite eingesehen hatte, daß es so mit der Rohstoffverschwendung, der Umweltverschmutzung und der Energievergeudung nicht weitergehen könne, weil das Wachstum eben so seine Grenzen habe. Jetzt, einige Jahre später, sind jene Leute vom Club of Rome immer noch auf der Suche nach Grenzen des Wachstums. Doch inzwischen sind sie von denen des Kapitalismus' endgültig abgekommen und bei denen der Bevölkerung angelangt.[3]

Ähnlich ging es da den KollegInnen vom Worldwatch-Institute, die "renommierteste private Umwelteinrichtung der Welt", die in ihrer neuen Studie "Volles Haus. Neue Berechnungen zur Tragfähigkeit der Erde" eine "intensivierte Familienplanung" für dringend erforderlich halten, weil angeblich die Nahrungsmittelproduktion nicht mit dem Bevölkerungswachstum mithält und selbst bald die absolute Obergrenze erreicht hätte, weshalb nicht mal die von der FAO empfohlene Menschen-Obergrenze von 7,8 Mrd ernährt werden könne.[4] Besonders China bedrohe die Getreidereserven der Welt (weil, und das ist interessant, immer mehr Leute immer mehr Fleisch statt pflanzliche Produkte essen würden und große Industriegebiete landwirtschaftliche Flächen zerstören):

> "China muß bald soviel Getreide und Reis einführen, wie alle übrigen Länder zusammen niemals liefern können". Deshalb wird in 40 Jahren die Erde die Menschheit nicht mehr ernähren können - so der Präsident des Worldwatch Instituts Lester Brown in einem Interview mit der Überschrift "Chinas Mangel wird unser sein" (muß wohl heißen "Chinas Mangel ist unser Reichtum"), in welchem er weiterführend erklärt, daß das Gegenargument mit der gerechten Verteilung als Lösung des "Bevölkerungsproblems" irrelevant sei, weil aller Handel immer über den Markt gehe und somit nicht gerecht sein kann und nie sein wird. Und zum Fleischessen: er gibt zwar zu, daß die Einschränkung des Fleischkonsums der westlichen Welt weniger Viehfutter bedeutet, aber auch dieses Argument läßt er nicht

---

[1] *ÜP, S.28; BE, S.14*

[2] *ein DDR-BI-Lexikon mit vollem Respekt. "Als Grundwiderspruch unserer Epoche wird nicht der zw. Kapitalismus und Sozialismus, sondern ein sog. Nord-Süd-Konflikt gesehen." Aha, danke für die Erkenntnis!*

[3] *Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß der Club of Rome schon in seinem ersten Buch, den "Grenzen des Wachstums" dem Bevölkerungswachstum eine Mitschuld am vorausberechnetem Weltende im Jahre 2100 gaben, war die Bevölkerungsanzahl doch eine der vielen Variablen in der großen "Weltformel". Gerade durch diese Studie, mit riesigem Aufwand in der ganzen Welt verteilt und mit dem Segen der Wissenschaft ausgestattet, geriet die einprägsame Formel: Umweltverschmutzung = Anzahl der Menschen * Konsum * Produktionsweise, in das Bewußtsein vieler Menschen. Wer kennt schon die Gegenstudie lateinamerikanischer WissenschaftlerInnen "Grenzen des Elends", die die Abhängigkeitsverhältnisse des Trikonts und dessen Ausbeutung thematisierte. (vgl. BP, S.30-36)*

[4] *junge welt, 15.8.94*

gelten, denn "Jedes Land, dessen Einkommen sich erhöht, verzeichnet auch steigenden Fleischkonsum [...] Das scheint zum menschlichen Charakter zu gehören." Frage:"Hatten sie beim Schreiben nicht ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit" "Nein. Eher daß die Zeit gekommen ist, in der jemand die Führung übernehmen muß." Auf die Frage, wer das denn sein könnte, antwortet er, er hoffe auf die Clinton-Regierung mit Al Gore, denn der "ist ja sehr besorgt über die Entwicklung." Weiter hinten im Interview: "Malthus hatte in vieler Hinsicht recht", denn so führt er aus, seine Vorfahren mußten ja auch wegen dem Überbevölkerungsproblem aus Irland auswandern. "Vorallem aber wird die Tatsache, daß China sein Bevölkerungswachstum nicht aggressiver bekämpft hat, die gesamte Welt tangieren." Und die Tatsache, daß wir solche Menschen wie Lester Brown nicht aggressiver bekämpft haben, wird uns zwar kaum tangieren, schließlich leben wir nicht in China, aber... [1]

Um diesen Behauptungen etwas entgegenzusetzen, im folgenden wieder einige "Fakten" aus offiziellen Studien, wenn auch mit Bauchschmerzen, da ja Zahlen, wie schon erwähnt wirklich alles beweisen... Wenn jene Zahlen auch nichts von der Realität spiegeln, so geben sie doch an, was für eine große Lücke zwischen offiziellen, wissenschaftlichen Studien (die Erde kann alle und noch viele mehr ernähren) und der bevölkerungspolitischen Hysterie (wir verhungern alle, wenn die nicht aufhören, Kinder wie am Fließband zu bekommen) klafft. Und über all die Zahlen, selbst wenn sie mal zuungunsten der vielen Menschen aussagen sollten, nicht vergessen: erst die Autofließbänder stilllegen!

* Verschiedene Studien der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) ergaben folgendes: Die Welt kann lokker die zehnfache Anzahl der heutigen Bevölkerung ernähren, selbst jetzt werden schon genügend Nahrungsmittel produziert, um jeden Menschen mit so viel Kalorien, wie die der/s gemittelten NordamerikanerIn zu ernähren[2] Das war in den 70er Jahren. Später korrigierte die FAO ihre eigene Prognose etwas nach unten. (Sie unterlagen damals selbst der technokratischen Fortschrittsgläubigkeit und glaubten, aus jedem Stück Boden liese sich bei genügende Bewässerung und Düngung ein Maximalertrag rausholen.) Eine Berechnung der FAO aus den 80er Jahren ergab, daß der Boden des Trikonts (ohne China!) bei einem hohen technologischem Niveau ("völlige Chemisierung und Mechanisierung" wie im Norden) 33 Mrd Menschen ernähren könnte, bei einem mittleren (sparsamer Einsatz von chemischen und technischen Hilfsmitteln) 15 Mrd Menschen und bei einem niedrigem Niveau ("keinerlei Maßnahmen zur Bodenerhaltung und zur Verbesserung der Produktionsmethoden") 5,6 Mrd.

Weltgetreide - Weltbevölkerung

1950

Weltweit können 2,5 Mrd Hektar für den Ackerbau genutzt werden. Zur Zeit wird auf 760 Mio angebaut (ohne China). Schon bis 2010 liese sich die Anbaufläche auf 850 Mio Hektar steigern.[3]

* Notgedrungen mußten die ApologetInnen der Überbevölkerung diese Berechnungen zur Kenntnis nehmen, halten jedoch dagegen, daß die Erschließung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält. Doch selbst dieses "Argument" ist falsch: Weltweit wächst die Nahrungsmittelproduktion schneller als die Bevölkerung. Selbst für die meisten Länder des Trikonts gilt, daß die verfügbaren Kalorien pro Kopf steigen (Ausnahme ist die Subsahara-Region in Afrika). Die meisten Länder haben genügend Lebensmittel, um ihre Bevölkerung zu versorgen. (Mensch denke nur an die "kleine" Niederlande, bei der Bevölkerungsdichte an zweiter Stelle nach Bangladesh liegend, die trotzdem ganz Deutschland mit Blumen, Gemüse und Käse versorgt.)[4]

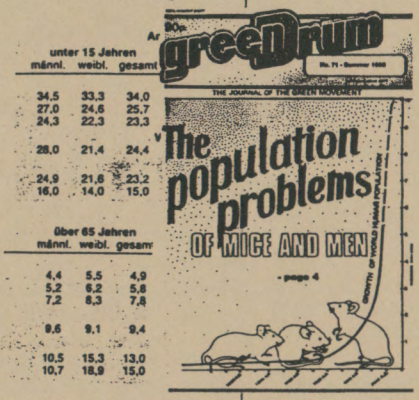
1990

[1] *Wochenpost, 1.9.94*
[2] *PO, S.17*
[3] *Der Freitag, 10.5.91; ÜP, S.32; Die Zeit, 12.8.94*
[4] *RW, S.8 ff*

	Deutsches Reich					
	46,3	45,3	45,7	14,8	16,0	15,3
	48,5	50,0	49,3	19,3	19,2	19,3
	48,3	47,3	47,8	20,2	22,1	21,1

* Die UN errechnete1991, daß das Weltprodukt (so etwas wie das BSP für die ganze Welt) sich in den letzten 50 Jahren versiebenfacht hat, während sich im gleichen Zeitraum die Bevölkerung nur verdoppelte. Die ständig steigende Armut der Massen im Trikont und der Marginalisierten im Bikont hat also wohl seine Ursache eher in den sich verschärfenden Verteilungsverhältnissen[1] als in einer angeblichen Nahrungsmittel- und Resourcenkrise. "Die Kredite, die Pakistan für die 23 Kriegsflugzeuge ausgibt, wären genug, um 55 Mio PakistanerInnen für zwei Jahre lang mit Trinkwasser zu versorgen, die Bevölkerungsprogramme für 20 Mio zu finanzieren, die dringensten Medikamente für 13 Mio einzukaufen und 12 Mio Kindern eine Grundausbildung zu ermöglichen"[2]

* Für alle FreundInnen der Haustiere und sonstiger Fleischprodukte: die Kinder, die in den arabischen Ländern an Unterernährung sterben, würden nur rund 1/10 der Nahrungsmittel verbrauchen, die in den USA im gleichen Zeitraum an Hunde und Katzen verfüttert werden.[3] Und der Overseas Development Council der USA stellte 1974 fest: wenn die USA aufhört Fleisch zu essen, kommt so viel Getreide frei, daß davon ganz Indien ernährt werden könnte bzw. der Eiweißmangel der ganzen Welt mehrmals befriedigt. Und z.Zt. wird die Hälfte der Getreideernte an Tiere verfüttert. Diese Hälfte, für Menschen verwendet, würde ausreichen, jeden Menschen mit 3000 kcal zu versorgen. (Der Durchschnittsbedarf liegt bei 2.500 kcal.)[4]



44,6	38,1	41,2	20,0	25,0	22,6
47,7	41,6	44,5	25,6	25,5	25,6

* 2,5 Mio Kilo Obst und Gemüse wurden im Wirtschaftsjahr 1993/1994 von der Europäichen Union aufgekauft und vernichtet, die Kosten dafür betrugen 1,2 Mrd DM[5]

* Eine internationale UN-Umweltkonferenz im März 1994 stellte fest, daß Bevölkerungswachstum bei gerechter Bodenverteilung landwirtschaftliche Nutzflächen durch deren Bearbeitung vor weiterer Erosion und Wüstenbildung bewahren kann.[6]

Wenn wir diese Zahlen mit denen der Bevölkerungsprognosen für die nächsten Jahrhunderte vergleichen, können wir uns getrost zurücklehnen und die Landwirtschaft völlig dem Trikont überlassen, Boden haben sie ja genug, um uns mitzuernähren. Vielleicht werden ja in Afrika die "Brot für Europa"-Kampagnen populär...

* Daß also laut FAO 790 Mio bis 1,1 Mrd Menschen hungern, 180 Mio Kinder untergewichtig und 500-780 Mio Menschen chronisch unternährt sind, jährlich 20 Mio Menschen verhungern, 2 Mrd unter verstecktem Hunger leiden und in absoluter Armut leben, muß also andere Ursachen haben, ja selbst der FAO-Direktor erklärt, daß es derzeit genügend Nahrungsmittel gibt und das auch bei schneller Zunahme der Bevölkerung so bleiben wird.[7] Doch solange die Militärausgaben der BRD vier mal höher sein werden als die für die Entwicklungshilfe,[8] wird wohl das Gerede von der Überbevölkerung noch lange als Ablenkungsmanöver für ganz andere Sachen herhalten müssen.

Geschichte der Bevölkerungspolitik

Bevölkerungskontrolle ist Teil von Herrschaftspolitik gegen innere und äußere

1 84,7% vom Weltprodukt werden vom reichsten Fünftel der Weltbevölkerung in Anspruch genommen, 1,4% bleibt dem ärmsten Fünftel. Der UNDP Human Development Report 1992 besagt: Das Einkommen des Fünftel der reichsten Länder zu dem Fünftel der ärmsten Länder verhält sich wie 60:1 (1990). 10 Jahre davor betrug das Verhältnis noch 45:1. (ÜP, S.38)

2 De Morgen (Belgien), 3.9.94

3 Tschador. Frauen im Islam, Nawal el Saadawi, CON Literaturvertrieb GmbH, 1991, S.8 (zitiert als TS)

4 Animal Liberation, Peter Singer, 1975; epd entwicklungspolitik 9/94, S. 15

5 Publik Forum, 9.9.94

6 inkotha-Brief, Juli 1994, S. 6

7 ÖL, S.39; Ökolinx extra Nr. 2 und 3

8 ÜP, S.40

	die der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung in %					
	15 bis unter 45 Jahren			45 bis unter 65 Jahren		
	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.	gesamt

Feinde und dient der politischen, wirtschaftlichen, militärischen[1] oder religiösen Machtsicherung. "Bevölkerungspolitik (wird) allgemein als eine Politik definiert, die die Zusammensetzung und die Zahl einer Bevölkerung planbar und steuerbar machen will. Und das nach den jeweiligen volkswirtschaftlichen Erfordernissen.[2] Um diesen Anspruch gerecht werden zu können, muß Bevölkerungspolitik die Menschen erst mal sortieren und bewerten: nach Alter, Geschlecht, sozialem Status usw. Maßstab der Bewertung ist - in unserer Gesellschaft - der Beitrag eines Menschen zum Funktionieren und zur Aufrechterhaltung des herrschenden Systems. Das Sortieren und Bewerten ist einfach; schwieriger wird es für Bevölkerungspolitiker, Methoden und Instrumente zu finden, die die Bevölkerungsentwicklung in gewünschtem Sinne beeinflussen."[3]

Bevölkerungspolitik umfaßt also neben der geburtensteuernden Politik auch Sterbepolitik (medizinische Versorgung, Lebensverlängerung und Euthanasie[4]) und Regulierung der Migration. Außerdem kann Bevölkerungspolitik in eine qualitative und eine quantitative unterschieden werden. Während erstere die Qualität der (lokalen) Bevölkerungszusammensetzung "verbessern" will, d.h. - und da unterscheiden sich schon die Methoden der Regulierung - entweder die Anzahl und das Wachstum der als minderwertig Definierten versucht zu verringern (eugenische Indikation beim §218, Euthanasie(debatte), Zwangssterilisierung bei Behinderten, vorschnelles Gebärmutterentfernen bei Ausländerinnen[5]) oder stimulierend auf Anzahl und Wachstum der als höherwertig Angesehenen Einfluß zu nehmen (humangenetische Beratungsstellen, Bevorzugung der Ehe, geburtenfördernde Politik für den weißen, gesunden Mittelstand, Eier- und Samenbanken; erschreckend nahe Zukunftvisionen, wie die genetische Veränderung des Erbgutes) - oder, wie meist, beide Elemente in einem vereint, was dann die eugenische Politik ausmacht. Die quantitative Bevölkerungspolitik dagegen versucht allgemein auf die Anzahl der Bevölkerung (eines Gebietes, meist eines Landes) Einfluß zu nehmen. Sie hat insofern eine qualitative, nämlich rassistische Komponente, daß sie sich auf ein bestimmtes Gebiet bezieht ("zu wenige Geburten in Deutschland", "nach der Wiedervereinigung Geburtenrate im Osten dramatisch abgefallen") oder, wenn sie die Anzahl aller Menschen der Erde betrachtet, dann entscheiden muß, wer zu viel und wer zuwenig ist. Der reinen quantitativen Bevölkerungspolitik entbehrt aber die eugenische Komponente: sie betrachtet die Bevölkerung eines Gebietes als eine homogene Masse, die es in ihrer Gesamtheit zu steuern gilt. In der Praxis sieht es natürlich meist so aus, daß quantitative und qualitative Bevölkerungspolitik, geburtenfördernde und -abschreckende Methoden, finanzielle Anreize und Zwang, Geburten-, Sterbe und Migrationspolitik Hand in Hand gehen.

Während die Länder des Bikonts im allgemeinen eine unterschwellige, oft nur propagandistische geburtenfördernde quantitative (Ausnahme §218) und eine

---

[1] *Selbst das ist in der BRD noch aktuell: "Es ist wichtig, Eltern in ihrem Kinderwunsch zu unterstützen. Schließlich braucht der Verteidigungsminister auch genügend junge Soldaten, um eine wehrtüchtige Armee aufrecht erhalten zu können.", so die Bundesfamilienministerin am 10.2.93 in den Kieler Nachrichten.*

[2] *wobei hier der anarchistische "Schwarzen Faden" (3/94, S.3 ff), getreu der marxistischen Ideologie, einen Hauptwiderspruch konstruiert und alle anderen verschweigt. Als Motivation für Bevölkerungspolitik liese sich ebenso Rassismus, Eugenik (d.h. Behindertenfeindlichkeit und der Versuch, das Genmaterial der eigenen Gruppe - "Volk" oder Elite - zu veredeln, bessere Menschen zu züchten), Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antikommunismus u.ä. anbringen. Denn dies waren für die PropagandistInnen der Bevölkerungspolitik und die Bevölkerung, die eine solche akzeptierte, nie nur vorgeschobenen Begründungen, die die wirtschaftlichen Interessen verbergen sollten, sondern standen für sich selbst - auch losgelöst von wirtschaftlichen Erwägungnen oder sogar ihnen widersprechend. Festhalten liese sich aber, daß der Rassismus, Sexismus, die Eugenik usw. fast immer auch den wirtschaftlichen Interessen der Weißen, Männer, Gesunden usw. diente, die diese, ob bewußt oder unbewußt propagierten.*

[3] *Die "richtigen" Kinder von den "richtigen" Frauen. Michaela Schuh, in: Schwarzer Faden 3/94 und 4/94, S.3 (zitiert als SF)*

[4] *siehe zur Euthanasie-Debatte: MSE #7, S.14-59*

[5] *alles Beispiel aus der BRD, die gesetzlich festgeschrieben wurden bzw. Praxis sind*

ausgefeilte qualitative Bevölkerungspolitik (sich dabei der verschiedensten, aber vorallem subtiler Regulierungsmechanismen bedienend) betreiben, so liegt im Trikont der Schwerpunkt auf brutaler & hemmungsloser quantitativen Entvölkerungspolitik, die vorallem direkt auf die Fruchtbarkeit Einfluß nimmt. Das mag wohl daran liegen, daß a) die Menschen im Norden mit wenigen Ausnahmen (AusländerInnen, Behinderte) als Höherwertig definiert wurden, also nur noch weiter veredelt werden müssen, während die Menschen des Süden mit wenigen Ausnahmen (weiße Elite) als überflüssig gelten und das b) die Bevölkerungsprogramme des Südens und Nordens aus dem Norden kommen und hier, aufgrund der Nähe und der kritischen Öffentlichkeit + der vom Luxus verwöhnten Menschen, mehr Vorsicht angebracht ist. Deshalb soll es im folgenden vorrangig um quantitative Bevölkerungspolitik im Trikont gehen.

Die Hexenverfolgungen im Mittelalter stellen das früheste überlieferte geschichtliche Ereignis dar, wo Bevölkerungspolitik durch Eliten bewußt zur eigenen Interessensicherung angewandt wurde. Neben dem Hegemonialanspruch der Kirche, die keine heidnischen Kulte neben ihrer Religion duldete, gab es den Wunsch der Kirche und des Feudaladels nach mehr ArbeiterInnen für die eigenen Frondienste. Pestepedimien, verursacht durch die beginnende Verstädterung, hatten die Arbeitskräfte gehörig dezimiert, währenddessen aufgrund der wirtschaftlich-technologischen Entwicklung mehr Menschen benötigt wurden. Folgerichtig wurden die sogenannten Hexen, zwischen 9 und 30 Mio Frauen, verbrannt, u.a die weisen Medizinfrauen, die Abtreibungen vornahmen und die verschiedensten Verhütungsmittel zu fertigen wußten. Zeitgleich, im 15./16. Jahrhundert erfolgte die Vertreibung der AraberInnen und JüdInnen aus Spanien, die Entdeckung Amerikas und es begann der Sklavenhandel aus Afrika, um die dezimierte Bevölkerung Amerikas auszugleichen - alles bevölkerungspolitische Aktivitäten nach innen und außen (bzw. als solche heute so zu interpretieren), mit denen sich Europa konstituierte.[1]

Später, im Zuge der beginnenden Industrialisierung entwickelte sich erstmalig das Verständnis für Bevölkerung (im Gegensatz zum nur Volk) als Machtfaktor:

> "Die Regierungen entdeckten, daß sie es nicht nur mit Untertanen, auch nicht bloß mit einem »Volk«, sondern mit »Bevölkerung« mit spezifischen Problemen und eigenen Variablen zu tun haben, wie Geburtenrate, Sterblichkeit, Lebensdauer, Fruchtbarkeit, Gesundheitszustand, Krankenhäufigkeit, Ernährungsweise und Wohnverhältnissen. (...) Eine der großen Neuerungen in den Machttechniken des 18. Jahrhunderts bestand im Auftreten der »Bevölkerung« als Reichtum, die Bevölkerung als Arbeitskraft oder Arbeitsfähigkeit, die Bevölkerung im Gleichgewicht zwischen ihrem eigenen Wachstum und dem ihrer Ressourcen."[2]

Die Demographie, die Wissenschaft von der Bevölkerung, nahm im 18. Jahrhundert ihren Anfang, es wurden erste Prognosen für die "Tragfähigkeitsgrenze" der Erde abgegeben: 7 Mrd Menschen, das zehnfache der damaligen Bevölkerung.

Der Begriff der "Überbevölkerung" dagegen spielte bis zum Ende 18. Jahrhunderts keine Rolle. Das Bevölkerungswachstum entwickelte sich im Gleichlauf mit den (land)wirtschaftlichen Steigerungsraten bzw. für Nahrungsmittelkrisen wurden Götter, Unwetter u.v.m. verantwortlich gemacht, aber nicht die Anzahl der Menschen. Ende des 18. Jahrhunderts kam es in England mit der raschen Industrialisierung zu einem rapiden Bevölkerungswachstum. Die BäuerInnen wurden von ihren Feldern, dem gemeinschaftlichen Grund vertrieben, weil die wenigen Reichen der lukrativen Schafszucht nachgingen (ein Bestreben, welches die Regierung mit Geld für die Umsiedlungsprogramme unterstützte). Die Menschen

[1] *Reader zur ANTIGENA Veranstaltung gegen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Reproduktionstechnologie, Nov. 1985 (zitiert als AN); Strange Fruit. Ingrid Strobl, ID-Archiv: 1991, S. 9 (zitiert als ST)*

[2] *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. Michel Foucault, Ffm: 1991, S.37, zit. nach Conny Schlebusch: Bevölkerungspolitik, Kiel: 1994, S.8 f (zitiert als BP)*

strömten in die Städte und fanden wegen der einsetzenden Manufaktisierung immer seltener Arbeit und verarmten. Diese Entwicklung nahm der schottische Geistliche Thomas R. Malthus zum Anlaß, die "Principles on Population" (1798) zu schreiben, womit er den Startschuß für die "Wissenschaft der Überbevölkerung" legt. Malthus stellte in seinem Text, bezugnehmend auf die Situation in England, fest, daß die Menschen sich gesetzmäßig viel schneller vermehrten als die Nahrungsmittelproduktion. Nach Malthus müsse sich die Bevölkerungsanzahl dem Nahrungsmittelangebot anpassen - entweder die Menschen wissen das selbst zu regeln, z.B. durch ein Heiratsverbot für sozial Schwache, oder es passiert eben durch Hungersnöte, Seuchen und Kriege. Da laut Malthus, der übrigens gegen Verhütungsmittel war, die Armen selbst für ihre Armut verantwortlich waren (hätten sie nur nicht so viele Kinder in die Weit gesetzt), und da er verhindern wollte, daß die Armen sich noch weiter vermehren (denn das wäre schlecht für das soziale Gleichgewicht), trat er für die Abschaffung der Sozialhilfe ein. Diese sei widernatürlich, ermögliche den Armen das Leben samt neuer Kinder. [1]

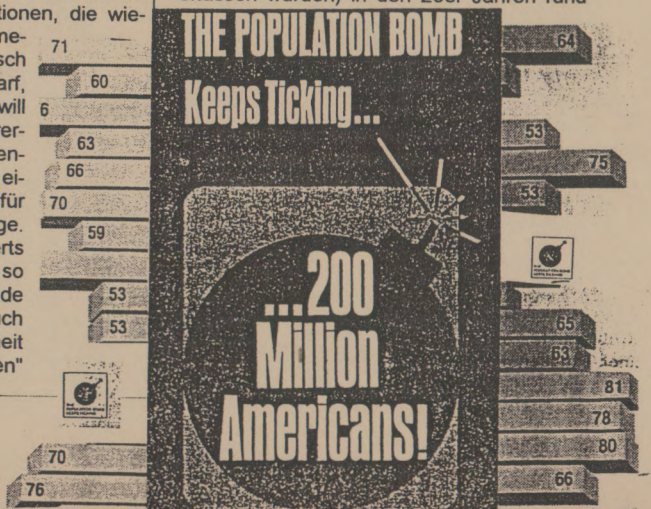
Dann trieb die Bevölkerungspropaganda so ihre Blüten:

Darwin schrieb sein Buch über "Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl" (1859), dessen Ergebnisse schnell auf die Menschen übertragen wurden: das Recht des Stärkeren; Überpopulationen, die wieder eingehen; Selektionsmechanismen, die der Mensch nicht außer Kraft setzen darf, wenn er nich degenerieren will usw. Die Mendelschen Vererbungsgesetze von 1869 dienten den Forderungen nach einem Fortpflanzungsverbot für Behinderte, Arme, Aussätzige. Ende des 19. Jahrhunderts "entstanden" die "Rassen", so bei Joseph Arthur Comte de Gobineau in seinem Buch "Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen" (1853/54). Hier öffnete sich ein neues Betätigungsfeld für die Bevölkerungspropaganda: "minderwertige Rassen" müßten ihre Geburtenzahlen senken und die "höherwertigen" die ihrigen steigern, außerdem dürfe es nicht zu einer Vermischung kommen.

Paul Popenoe schätzte in den 20er Jahren, daß in den USA 10 Mio AmerikanerInnen nach einem IQ-Test sterilisiert werden müßten, weil sie nicht den "allgemeinen Intelligenzkriterien" entsprochen hätten. Margret Sanger, erst engagiert in der feministischen, sozialistischen Bewegung für mehr Freiheit für die Frauen, wechselte später ins Lager der harten BevölkerungsideologInnen und meinte 1919: "More children from the fit and less from the unfit - that is the chief issue of birth control"[2]

Es kam aber bis zu Beginn des Nationalsozialismus in Deutschland zumindest in Europa nur zu einer eingeschränkten, kaum nennenswerten Umsetzung solcher Forderung. Bevölkerung wurde damals noch zum größten Teil indirekt und eher unbewußt über Kriege, Krankheiten, vorenthaltene medizinische Versorgung und Sozialhilfe reguliert. Ein Bewußtsein für die "Notwendigkeit" direkten Eingreifens mußte erst noch durchgesetzt werden.

Immerhin schaffte es eine starke eugenische Bewegung in den USA, mit bevölkerungspolitischen Argumenten Einwanderungsbeschränkungen für Ost- und SüdeuopäerInnen durchzusetzen (1924). Außerdem wurden aufgrund von Gesetzen (die noch bis 1953 in Bundesstaaten der USA erlassen wurden) in den 20er Jahren rund



[1] *nach RW, S.92; BP, S.10 ff*
[2] *RW, S. 96 f*

Zeitbombe Mensch

60.000 Frauen, vorallem arme Afroamerikanerinnen zwangssterilisiert.[1]

Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Nazis, so das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14.6.33, fanden international kaum Widerspruch, eher wurden die deutschen BevölkerungswissenschaftlerInnen von ihren ausländischen KollegInnen ob ihrer unbegrenzten Forschungsmöglichkeiten beneidet.[2] Bevölkerungspolitisches Kalkül, antisemitische und rassistische Ideologie, nationalistischer Größenwahn und imperiale Kriegstreiberei verschränkten sich im Faschismus ineinander, so daß die Shoa, die Vernichtung der Roma und Sinti, der Behinderten, die Umsiedlungen und Vertreibungen, die neue Rolle der Frau als gebärfreudige Mutter der Nation, die Zwangssterilisierung von 200.000 Menschen u.v.m. sich zwar als die brutalste Form der Bevölkerungspolitik (die alle Lebensbereiche durchdrungen hatte und nicht vor dem akribisch geplanten Massenmord zurückschreckte) in der Menschheitsgeschichte beschreiben läßt, aber mit dem Begriff "Bevölkerungspolitik" keineswegs ausreichend erklärt werden kann.[3]

Nach dem zweiten Weltkrieg starteten Großindustrielle der USA die Propagandaoffensive gegen die Bevölkerung im Trikont. Sie begannen mit einer Schlacht in den Medien um die Köpfe der AmerikanerInnen, besonders der PolitikerInnen, damit jene Geld für Forschung und Projekte freimachen würden. Aber auch die katholische Kirche mußte überzeugt werden und das erwies sich als nicht so einfach (wie noch heute zu sehen ist). Der Zugang zu den Ressourcen, der vorher durch direkte koloniale Abhängigkeit gegeben war, mußte weiterhin erhalten bleiben:

"Wichtig war die Dritte Welt für die Erste immer als Rohstofflager, das von der vorhandenen Arbeitskraft ausgebeutet wurde". Ein Mangel an Arbeitskräften zog damals den Import von SklavInnen nach sich. Mittlerweile hatten sich die Verhältnisse aber geändert: viele (Natur-)Rohstoffe, die früher nur aus dem Trikont bezogen werden konnten, wurden jetzt synthetisch hergestellt. Außerdem benötigte die Hochtechnologie sowieso weniger Arbeitskräfte. Während im Norden ein einigermaßen funktionierendes Sozialsystem (welches sich der reiche Norden durch die Ausbeutung des Südens leisten kann) die arbeitslose Bevölkerung nicht zur überflüssigen werden läßt (außer: behinderte und alte Menschen), erschienen die Massen nicht genutzter und total verarmter Arbeitskräfte im Süden als Überbevölkerung. Aufgrund der kolonialen Vergangenheit (Monokultur, Zersörung der alten Subsistenzwirtschaften usw.) und der nach-kolonialen Gegenwart (Verschuldung, korrupte Eliten im Lande) werden jene Menschen auch nicht so schnell wieder die Möglichkeit haben, eine tragfähige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Wirtschaft, errichten zu können. Die Landflucht führt zur Verstädterung, Slums bilden sich - die dort wohneneden Menschen nutzen den Industrieländern werder als Arbeitskraft noch als Absatzmarkt, sondern stellen nur ein ständiges Risikopotential dar: Seuchen, Unruhen, bzw. kosten Geld und verdrecken das

[1] *BP, S.19*
[2] *BP, S.22*
[3] *Besonders Susanne Heim und Götz Aly beschäftigten sich in ihren Büchern und Artikeln mit der nazistischen Ausrottungspolitik unter dem Blickwinkel der Bevölkerungspolitik. Die eroberten Länder Osteuropas wurden erbarmungslos der monopolkapitalistischen Wirtschaft des Deutschen Reiches angepaßt, womit das Problem der Überbevölkerung enstand. "Mit den Juden ließ sich in Osteuropa ein großer Teil der sichtbaren Armut vernichten, es verschwanden die elendsten Quartiere in den Städten. Völkermord war hier eine Form, die soziale Frage zu lösen." (zit. nach Menschenverachtend, frauenfeindlich, gegen Arbeiterinteressen, Ideologie und Programmatik der ÖDP, GNN-Verlag, 1989, S. 117)*

Stadtbild & Ansehen des blitzblanken Imperialismus.[1]

Was bis Anfang des 20. Jahrhunderts nur im nationalen Rahmen ablief, daß sich nämlich die Reichen vor der Rebellion der armen "Massen" fürchteten und besorgt um die genetische sowie soziale Minderwertigkeit der armen Kinder waren, sollte jetzt im internationalen Rahmen durchgesetzt werden.

1952 lud John D. Rockefeller III prominente konservative PolitkerInnen, EugenikerInnen, DemographInnen und EntwicklungsexpertInnen zu einer Bevölkerungskonferenz ein, was zur Gründung des Population Council führte. 200.000 US$ standen gleich am Anfang zur Verfügung. Im Laufe der Zeit wurden viele Stipendien an BevölkerungswissenschaftlerInnen vergeben, massive "Aufklärungsarbeit" zur Überbevölkerung geleistet usw. Die Vorreiter dieser Entwicklung waren vorallem einge Großindustrielle (Hugh Moore), WissenschaftlerInnen, Militärs und Konzernstiftungen (Rockefeller, Ford-Foundation).

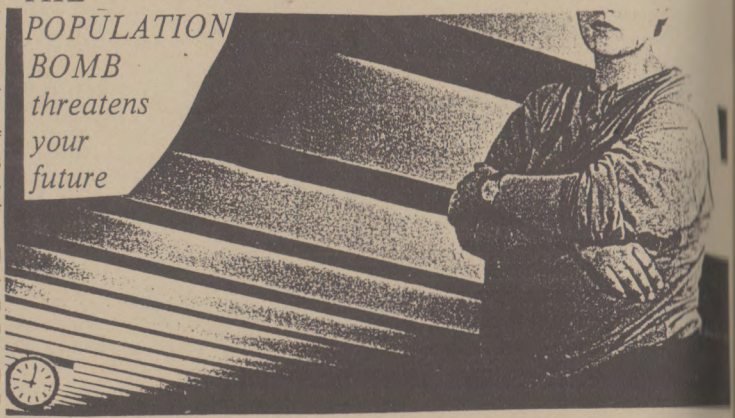
Aus einer Werbekampagne: "Eine Welt mit hungernden Massen in den unterentwickelten Ländern wird eine Welt voller Chaos, Unruhen und Krieg sein. Und ein perfekter Nährboden für den Kommunismus [...] Wir können uns kein halbes dutzend Vietnams erlauben oder sogar noch mehr [...] Unser eigenes nationales Interesse fordert, daß wir alle den unterentwickelten Ländern bei der Kontrolle ihre Bevölkerung helfen."

Auf einer ersten Weltbevölkerungskonferenz 1954 in Rom diskutierten die BevölkerungswissenschaftlerInnen ziemlich isoliert und akademisch über Maßnahmen gegen das "unaufhaltsame Wachstum". Doch wenige Jahre später waren die Bemühungen bei der Regierung der USA angekommen: das 1958 vom US-Präsidenten Eisenhower eingesetztze Draper Komittee zu "Military Assistance Program and other forms of aid" kam im Mai 1959 zur der Schlußfolgerung: "Das Bevölkerungsproblem ist das größte Hindernis für unsere ganze ökonomische Hilfe und für den Fortschritt der Welt." Der richtige Durchbruch fand dann Anfang der 60er statt. Präsident Kennedy bestätigte, daß die Bevölkerungspolitik großen Einfluß auf eine Nation habe und die USA die bevölkerungspolitischen Bemühungen anderer Länder unterstützen will. 1962 gab es eine UN-Resolution zur Überbevölkerung, in der es heißt, daß die Überbevölkerung der unterentwickelten Länder das Weltproblem Nr. 1 sei. Ab 1964 flossen die ersten Gelder des US-AID zur Bevölkerungskontrolle nach Lateinamerika. 1966 wurde beschlossen, fortan Entwiklungshilfe nur an Länder zu geben, die eine der USA genehme Bevölkerungspolitik betreiben. General Electric errechnete Mitte der 60er Jahre, daß in die Bevölkerungspolitik investiertes Geld das Pro-Kopf-Einkommen 100 mal mehr erhöhen könnte als das gleiche Geld für die Entwicklungshilfe. Der Präsident Johnson schloß sich dem an: "5$, die in Geburtenkontrolle investiert werden, sind so viel wert, wie 100$, die in die ökonomische Entwicklung investiert werden." Unter Johnson wurde die Bevölkerungskontrolle wichtiger Bestandteil der Außenpolitik der USA. Sowohl Paul Ehrlich (Autor von "Population Bomb" - Bevölkerungswachstum ist wie ein Krebsgeschwür und erfordert dehalb radikale und schmerzhafte Lösungen) als auch der Präsident des Population Council plädierten für "unfreiwillige Fruchtbarkeitskontrolle", z.B. sterilisierende Substanzen in Nahrungslieferungen aus der USA zu mischen. Die UN-Bevölkerungsabteilung UNFPA (von der Weltbank gegründet und lange finanziell sowie inhaltlich vom US-AID abhängig) sprach sich zwar gegen Zwangssterilisierungen aus, befürwortete jedoch weniger schlimme

[1] *Frankfurter Rundschau, 2.9.94*

Zwangsmittel, wie ein Verbot der Polygamie.[1]

Am Anfang spielten die Angst vor Unruhen, Revolten und Kriegen - durch Überbevölkerung ausgelöst und von den KommunistInnen instrumentalisiert - bei den Werbefeldzügen eine große Rolle. Kein Wunder, hatten doch die ehemaligen Kolonialmächte durch die aufkommenden, teilweise sozialistischen Befreiungsbewegungen zu befürchten, die Kontrolle über die Ressourcen im Trikont zu verlieren. China und Korea mußten als Beweis dafür herhalten, daß die Länder, in denen die "Bevölkerungsbombe tickte", besonders anfällig für kommunistische Umsturzversuche waren.



Der Weltbankchef McNamara äußerte: "Es ist besser einen Guerillero im Bauch seiner Mutter zu vernichten, als ihn später mit viel technologischem und finanziellem Aufwand in den Bergen aufzuspüren und zu liquidieren"

"Wir sind nicht vorrangig an den soziologischen und humanitären Aspekten der Geburtenkontrolle interessiert. Wir sind interessiert daran, wie die Kommunisten hungrige Menschen benutzen für ihr Vorhaben, die Welt zu erobern" so der US-Millionär Hugh Moor in einem Schreiben an die 10.000 führenden Persönlichkeiten der USA, welches zusammen mit dem Buch "The Population Bomb" verschickt wurde[2]

Andere "Argumente" wurden aber ebenso in Feld geführt, wie z.B. die begrenzte Tragfähigkeit der Erde und das vermeintlich emanzipatorische nach der Selbstbestimmung der Frau:

Ein Film über die "Bevölkerungsökologie" aus dem Jahre 1964 zeigt zwei Fruchtfliegen in einem geschlossenem Reagenzglas, deren Nachkommen nach 30 Tagen alle tot sind, weil die Nahrung alle ist. Die Chemielehrerstimme im Hintergrund: "So verhält es sich auch mit den Menschen auf der Erde, wenn wir nicht..."

Ein anderer Film, der verarmte, schwarze Frauen zeigt, die sich mit einer unzählbaren Schar von Kindern abmühen: "Die Frauen müssen befreit werden aus ihrem endlosen Zyklus von Schwangerschaften, welcher ihre Gesundheit und die ihrer Kinder gefährdet. Ihnen zu helfen, ihre Kinderanzahl zu regeln, heißt, ihnen zu helfen, ihr Leben zu regeln".

Biologistisch sind auch die ganzen Untersuchungen, die Tiermodelle auf die Menschheit übertragen, so z.B. die Tatsache, daß Enge bei Ratten Streß auslöst, was - übergesetzt - nicht anderes bedeutet, daß Überbevölkerung zu Kriegen führt. Der Ruf nach der Selbstregulierung der Überbevölkerung, ähnlich einer Überpopulation im Tierreich, durch Krankheit, Kannibalismus oder kollektiven Selbstmord erschallt immer wieder.

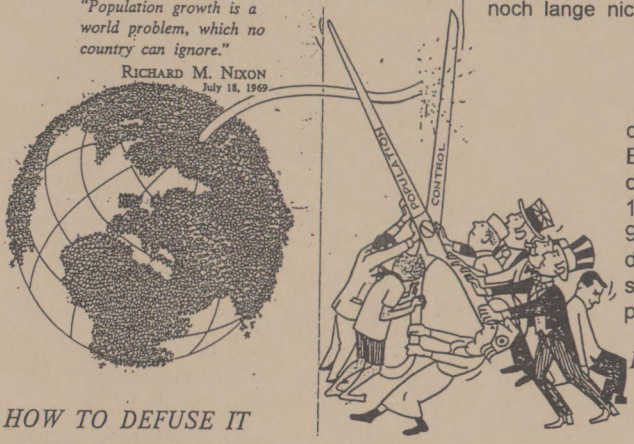
Während am Anfang sehr eindimensional argumentiert wurde (Überbevölkerung = zu wenig Essen = Unruhe = Kommunismus oder = zu wenig Ressourcen = Umweltkollaps) kamen mit der Zeit immer mehr "Gründe" gegen das Bevölkerungswachstum dazu, die es erlaubten, mehrdimensionale Modelle zu konstruieren, wo die eine Größe die andere beeinflußte (schlechte Stellung der Frau + Armut + fehlende Verhütungsmittel + Dummheit der Menschen im Trikont = Übervölkerung = Armut, fehlende Bildungsmöglichkeiten,

---

[1] *RW, S.101 f; BP Teil II, S.5; ST S. 39 f; Autonomie Neue Folge Nr. 10, S. 53; Bevölkerungsexplosion - Marketing einer Ideologie, Susanne Heim / Ulrike Schaz, FINRRAGE: 1993, S. 1-12 (zitiert als MI)*

[2] *GID (Gen-ethischer Informationsdienst) Nr. 96/97, Juli 94, S. 34*

Krankheiten, Umweltkollaps = noch stärkere Überbevölkerung). Die MalthusianerInnen sind in der Defensive[1]. Heute behauptet kaum noch jemand pauschal, die Welt sei überbevölkert und daß deshalb die Verwendung von Verhütungsmittel, notfalls unter Zwang, die einzige und beste Lösung sei. Viel subtiler geht es zu: So werden einzelne Gebiet für überbevölkert erklärt bzw. gesagt, in bestimmten Regionen wächst die Bevölkerung schneller als die Nahrungsmittelproduktion, so z.B in der Subsahara-Region von Afrika.



Und in diesen Regionen sei dann die Verteilung von Verhütungsmittel ein Lösungsanstaz neben vielen anderen.[2]

Besonders die Studien renommierter Institute (Club of Rome, Worldwatch, Massachusetts Institute of Technology: Global 2000) verbreiteten den Mythos von der Überbevölkerung als die Umweltzerstörerin Nr. 1 und den begrenzten Ressourcen, die von der Bevölkerungsbombe verbraucht würden.

Einen neuen Trend der Propaganda, der mit dem Modell "Wir verbrauchen zu viel, die kriegen zu viele Kinder" bricht, setzte die UN-Zeitschrift "Our Planet", die unter der provokativen Überschrift "Northern overpopulation - southern overconsumption?" vor den großen wirtschaftlichen Zuwachsraten der Entwicklungsländer warnt, die das Weltklima bedrohen würden. So befinden sich unter den 20 Ländern mit dem größten CO_2-Ausstoß 12 Entwicklungsländern (vorallem ölfördernde). Dagegen sei das Bevölkerungswachstum in einigen Industrieländern größer als in den Entwicklungsländern, die wirtschaftlich aufholen. Fazit: der Abschied von alten Dogmen bedeutet aber noch lange nicht den Abschied von alten Methoden - Bevölkerungskontrolle ist weiterhin notwendig.

Während 1959 vier Länder des Trikonts staatliche Bevölkerungskontrolle durchführten, waren es 1989 fast alle Länder - 90% der im Trikont lebenden Menschen sind von staatlichen Bevölkerungsprogrammen betroffen.[3]

Bevölkerungspolitische Organisationen und Gelder

Die wichtigsten bevölkerungspolitischen Institute und Organisationen haben ihren Sitz in den USA. Erst seit den letzten Jahrzehnten spielen die europäischen Länder und Japan eine zunehmend größere Rolle bei der Forschung, Durchführung und Finanzierung der Programme. Die Vielzahl von bevölkerungspolitischen Instituten, die neue Verhütungsmittel erfinden und die Bevölkerungsbombe erforschen, der Stiftungen, die Geld vergeben, den Organisationen, die die Propagandafeldzüge führen und

---

[1] *Die alten Bedrohungsszenarien tauchen hier und dort immer noch auf. Aus einer Broschüre des Population Service International, die Verhütungsmittel im Trikont vertreibt, Ende der 80er Jahre: "Es ist offensichtlich, daß die USA durch eine solche Sitation [durch Bevölkerungswachstumraten verursachte chronische Hungersnöte] in gefährliche militärische Strudel und Fallen wie in Vietnam hineingezogen werden kann. Darüberhinaus werden wir mit dem Verlust von lebensnotwendigen Rohstoffen konfrontiert, die zum Erhalt unserer Industrie notwendig sind. [...] Wir werden uns möglicherweise auch mit den Forderungen der verzweifelten Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika nach Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung auseinandersetzen müssen, durch die sie eine sofortige Umverteilung des Reichtums der westlichen Welt bewirken könnten." (zit. nach E.coli-bri Nr. 8, S. 27)*

[2] *RW, S.29f*

[3] *UP, S.51*

die Lobbyarbeit im Norden leisten, und den Programmen, die die schmutzige Arbeit im Trikont umsetzen, sind alle miteinander verwoben. So sitzen viele Leute aus den Chemiekonzerne, die sich am Verhütungsmittelgeschäft beteiligen, in den Bevölkerungsorganisationen wie US-AID und IPPF (International Planned Parenthood Federation), aber auch etliche Militärs, WeltbankmitarbeiterInnen und Leute aus dem US-Außenministerium tummeln sich z.B. im Population Crisis Committee und dem Population Council. Die Organisationen bekommen viel Geld von den Konzernen, dafür übernehmen die Organisationen die Forschungs- und Entwicklungskosten der neuen Verhütungsmittel, da sich das einzelnen Konzerne nicht mehr leisten können, sowohl finanziell als auch was die schlechte Presse und Gesetzeslage angeht. Staatliche Einrichtungen, wie der US-AID (US Agency for International Development mit ihrem Office of Population, seit 1966) schleusen die großen Geldbeträge[1] an non-profit Organisationen, "NGO's" oder internationale Institutionen weiter, um die genaue Herkunft zu verschleiern. So ist der US-AID seit Jahren der größte Einzelgeldgeber auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik, finanzierte in den 70er Jahren den IPPF und UNFPA (UN-Fund for Population Activities, Gründung 1969 von der USA eingefordert, um einen Deckmantel für die eigenen Politik zu schaffen) zur Hälfte. Wenn eine UNO-Organisation bevölkerungspolitische Programme durchführt, kann nicht so schnell der Vorwurf der US-imperialistischen Einmischung laut werden, als wenn sich der US-AID direkt engagieren würde. Die UNFPA-MitarbeiterInnen beschwerten sich zwar, daß der US-AID, der in den 80er Jahren noch ca. 1/4 der Kosten trug, massiven Druck auf die Politik der UNFPA ausübt - aber wenn die UNFPA z.B. eine Konferenz wie in Kairo einberuft, dann heißt die eben "Weltbevölkerungskonferenz" und genießt internationales Ansehen, anstatt als imperialistische Strategiebestimmung entlarvt zu werden. 1984/85 strich die US-Regierung jedoch die finanziellen Zuwendungen an die UNFPA und den IPPF, da beide Abtreibungen unterstützen würden.[2] IPPF ist die größte private bevölkerungspolitische Organisation, die in 103 Ländern Ableger hat. Sie enstand in den 50er Jahren aus der Verschmelzung der Eugenik- und der Geburtenkontrollbewegung und beteiligt sich im Norden und Süden direkt an bevölkerungspolitischen Programmen. Die deutsche Sektion der IPPF ist ProFamilia, deren Gründer, Hans Harmsen, mitverantwortlich an den Massensterilisationen im Dritten Reich ist.[3]

Die Weltbank ist drittgrößter Sponsor und hat großen Einfluß auf die Bevölkerungspolitik im Trikont, indem sie Druck auf Regierungen ausübt, daß sie Hilfe nur bekommen, wenn sie Bevölkerungsprogramme ausführen. Private Stiftungen, wie die Ford oder Rockefeller Foundation, die besonders erfolgreich bevölkerungspolitischen Programme und das Bewußtsein für deren Notwendigkeit initiiert haben, sind heute noch große Geldgeber, z.B. für den Population Council, der wiederum Programme entwickelt, ausbildet und neue Verhütungsmittel entwickelt.

Im Laufe der Zeit hat sich natürlich auch im Trikont eine bevölkerungspolitische Lobby herausgebildet, die über ihre eigenen Institute, Organisationen, Konferenzen u.ä. verfügt.

In Dehli, Indien, forscht z.B. das Nationale Institut für Immunologie an der Antischwangerschaftsimpfung. Der Projektleiter entkräftet jeden Protest mit der Bemerkung, daß ihre Forschung schon vorangeschrittener sei als die der WHO (Weltgesundheitsorganisaton). Und deshalb wären die westliche Feministinnen nur von der WHO aufgehetzt und die indischen schwimmen ja im Schlepptau der westlichen und würden

---

[1] *Der US-AID, mit einem allgemeinen Entwicklungshilfeauftrag, gab 1968 164 Mio US$ für die Gesundheitsvorsorge und 35 Mio für Bevölkerungspolitik aus, 1972 waren die Ausgaben dafür auf 123 Mio US$ angewachsen, während für die Gesundheitsvorsorge nur noch 60 Mio übrig waren. (PO, S. 23)*

[2] *E.coli-bri Nr. 6, S.11; E.coli-bri Nr. 8, S. 44-46; RW S. 112f*

[3] *SH, S. 58*

deshalb nicht begreifen, daß die Impfung ein Segen wäre.[1]

Die meist kritiklose Mitarbeit erklärt sich zum einen durch den Druck, den westliche PolitikerInnen und vorallem geldgebende Organisationen auf die Länder ausüben (auf der politischen Ebene oder direkt durch Bestechungen einzelner Beamter), anderseits kommen die PolitikerInnen, ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen des Trikonts, die die Bevölkerungskontrolle durchführen, meist aus der elitären Oberschicht, sind geprägt von ausländischen Stipendien und Kongressen, der "Kolonisierung der Köpfe", übernehmen also alles unhinterfragt, was aus dem Norden kommt und fühlen ebenso den Ekel vor den Massen in der Slums.

Nach etwas älteren Zahlen wurden jährlich für die "Familienplanung" im Trikont 1 Mrd US$ ausgegeben, 100 Mio US$ zahlten die KäuferInnen der Verhütungsmittel, 400 Mio US$ die Regierungen des Trikonts und 500 Mio US$ die Industrieländer bzw. deren internationalen Organisationen (50% davon kamen damals noch von der USA, andere wichtige Geldgeber sind Japan, Schweden, Norwegen, BRD, England, Niederlande, Kanada, Dänemark, Australien, Schweiz und Belgien).[2] Mittlerweile hat der Anteil, den die Trikontländer tragen deutlich zugenommen und der der USA abgenommen.

Die BRD gibt jährlich 200 Mio DM für direkte Bevölkerungskontrolle im Trikont aus und ist damit drittgrößtes Geberland. Daneben gibt es noch Gelder für Programme mit (ausschließlich) bevölkerungspolitischen Zielen (z.B. Frauenföderung, Bildung, Gesundheit), sodaß sich 1993 der Etat für Bevölkerungspolitik auf 360 Mio DM[3] summierte.[4] Zwischen 1990 und 91 wurden die Ausgaben der BRD für Bevölkerungspolitik verdoppelt, mittlerweile gehen 1/3 der Gelder an UNFPA, WHO[5] und IPPF, 2/3 an bilaterale Projekte. Nach Japan ist die BRD zweitgrößte Geldgeberin für UNFPA, jedoch fließen 3/4 der Gelder in Form von Aufträgen an die Pharmakonzerne wieder in die BRD zurück.[6] Das momentan gültige "Förderkonzept Bevölkerungsplitik und Familienplanung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" führt aus:

"Die Bundesregierung fördert Bevölkerungspolitik in den Entwicklungsländern, um dazu beizutragen, Menschenrechte zu verwirklichen, und die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbessern. Dabei spielt die Verminderung des Bevölkerungswachstums eine wichtige Rolle, weil sie wesentlich dazu beiträgt, die Überlebensfähigkeit der Entwicklungsländer in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht zu sichern [...] d.h. die Wirksamkeit der Familienplanung wird erhöht, wenn gleichzeitig eine Verbesserung der Gesundheit, der Bildung und Ernährung sowie der Lage der Frau erreicht wird [...] 2.2.2. Bedeutung der Förderung: Aufgrund ihrer wichtigen entwicklungspolitischen Ziele nehmen bevölkerungspolitisch wirksame Maßnahmen in der

[1] *E.coli-bri Nr. 8, S. 22*
[2] *RW, S.111*
[3] *andere Quellen sprechen von 155 Mio DM im Jahre 1993 (z.B. Frankfurter Rundschau, taz)*
[4] *Die Welt, 2.9.94*
[5] *Über die WHO (Weltgesundheitsorganisation) finanziert die BRD die Forschung nach der Antischwangerschaftsimpfung und der Abtreibungspille - entgegen offiziellen Verlautbarungen, gegen Abtreibungen zu sein. (SH, S. 83)*
[6] *So erhielt das Leipziger Arzneimittelwerk im August 1994 einen 50 Mio DM Auftrug zur Lieferung von Pillen nach Bangladesh. (Süddeutsche Zeitung, 19.4.95); Frankfurter Rundschau, 13.6.94*

deutschen Entwicklungspolitik eine Schlüsselrolle ein. Daher hat die Bundesregierung in ihren 'Grundlinien der Entwicklungspolitik' die Förderung der Bevölkerungspolitik zu den fachlichen Schwerpunkten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erklärt. [...] Maßnahmen in diesem Bereich, welche die Bundesregierung fördert müssen auf Freiwilligkeit der Betroffenen beruhen und die Menschwürde wahren. Das bedeutet den Ausschluß von Abtreibungen als Mittel der Familienplanung, von Zwangssterilisierungen und u.U. auch von materiellen Anreizen für Familienplanung, z.B. Geldprämien, soweit sie bei existentieller Not der Zielgruppe deren Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen [...] Einbeziehung des Themas Bevölkerungspolitik und Familienplanung bei Verhandlungen über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit allen Ländern, in denen bedeutende bevölkerungspolitische Probleme bestehen."[1]

Propaganda für Bevölkerungspolitik

Einige aktuellen Beispiele, die zeigen sollen, mit welchen platten Sprüchen und versteckten Anspielungen Bevölkerungspolitik auch heute noch hoffähig gemacht wird:

* Im CDU-Bundeswahltagsprogramm von 1994 steht: "Wir müssen erkennen, daß wir durch die Art unseres wirtschaftlichen Handelns, unseren Lebensstil, sowie das weltweite Bevölkerungswachstum die Lebensgrundlagen im Ökosystem Erde so verändert haben und weiter verändern werden, daß menschliches Leben und Überleben gefährdet sind. Das FDP Bundeswahltagsprogramm formuliert schärfer: "Die Eindämmung des Bevölkerungswachstum muß oberste Priorität erhalten. [...] Alle Entwicklungsbemühungen und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sind ohne eine erfolgreiche Bevölkerungspolitik zum Scheitern verurteilt"[2]

* Der "Ökologische Marshallplan", initiiert von einem parteiübergreifenden Spektrum (Franz Alt, Joschka Fischer, Jo Leinen, von den Grünen bis hin zur CDU) - und von Umweltinitiativen wegen seiner öko-diktatorischen Züge und fehlenden Kapitalismuskritik gerügt -, nennt als Ursache für die Tropenvernichtung u.a. die "Bevölkerungsexplosion". Auch ist der "Bevölkerungsstabilisierung" ein eigenes Kapitel gewidmet. Außerdem wird gefordert, daß die Länder des Trikonts den Umweltschutz, so wie die westeuropäischen Länder, zur Priorität ihrer Politik machen sollen.[3]

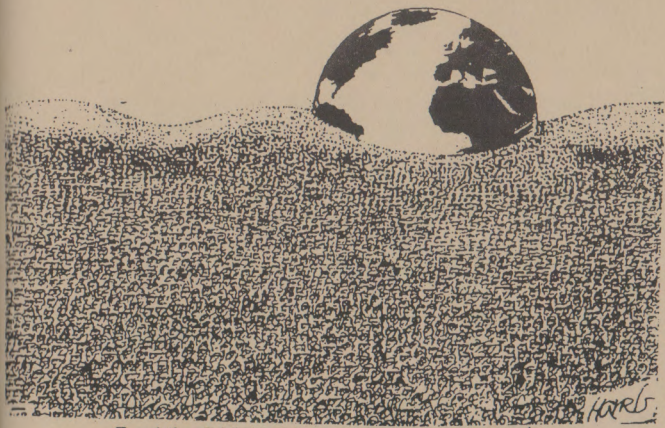
* Für die Diktatur setzt sich auch der deutsche Bevölkerungswissenschaftler Hans Jürgens ein: "Eine Demokratisierung in China wäre eine Katastrophe, aus demographischer Sicht ist mir der reaktionärste und orthodoxeste Maoist in Beijing der Liebste."[4]

* Egon Bahr forderte den "Ausstoß aus der Völkergemeinschaft" für den Fall, daß ein bestimmte Rate des Bevölkerungswachstum überschritten wird.[5] Blauhelme gegen Gebärmütter?

* Heinz Haber hatte mal einen Taschenrechner und kam flugs zum Ergebnis: die Erde erträgt nur eine "Biomasse Mensch" von 200 Mio Tonnen, oder besser: 175 Mio. Und wie ist nun der Umrechnungsfaktor? Ob die 200 Mio Tonnen übereinstimmen mit dem Ergebnis der Studie eines Ökologieprofessor der Cornell University (USA) vom Januar 1994, nach der die Erde maximal 2 Milliarden Menschen tragen kann (uns die Beantwortung der Frage überlassend, welche Menschen zu den restlichen 3,6 Milliarden zählen, die wir eleminieren müssen und wie das vor sich gehen soll). Hoimar v. Dithfurt hat da eine Idee: "Auch heute werden wieder 40.000 Kinder sterben - alle zwei Sekunden eins. Sie verhungern [...]

---

1 *ÜP, S. 49-65*
2 *zit. nach ÖL S.4ff*
3 *Publik Forum, 23.9.94*
4 *GEO 17.12.90, zitiert nach E.coli-bri 7, S.22*
5 *Die Beute, 2/94, S. 113*



Furchtbar? Viel schlimmer: Wenn diese Kinder nicht stürben, wenn sie nicht in den Armen ihrer Mütter verhungerten [...] wenn sie etwa überleben und gar erwachsen würden, um selbst Kinder zu haben, dann wäre die Katastrophe noch weitaus größer." In die gleiche Kerbe schlägt Maurice King, Direktor des Department of Public Health Medicine der University of Leeds: "Die Rettung von Kindern [...] müsse zwar therapeutisches Ziel des einzelnenen Arztes sein, sie könne aber nicht zur Richtschnur von Gesundheitspolitik in unterentwickelten Ländern werden. Solche Rettungsmaßnahmen, dazu gehören auch Schutzimpfungen, vergrößern letztendlich nur das Leid, denn damit werde der Zeitpunkt des Hungertods nur hinausgeschoben."[1] Oder präferieren wir den Vorschlag Campbells, der in einem Chemie Lehrbuch von 1990 erklärt, daß die planmäßige Vernichtung von Menschen "ethnischer oder sozialer Gruppen", denen ein individuelles Lebensrecht abgesprochen wird, wie z.B. in den nationalsozialistischen KZ's, eine nicht zu vernachläßigende Option für die Lösung des Bevölkerungswachstum sei.[2] Ähnliche Vernichtungsphantasien trieben Heiner Geißler (CDU) zu folgender Aussage: "Wenn jeden Tag [...] auf der Welt eine Hiroshima-Bombe abgeworfen würde mit der Folge von jeweils 90.000 Toten, gäbe es dennoch an demselben Tag 18.000 Menschen mehr". Auch AIDS würde nicht helfen... Deshalb fordert er ultimativ auf, die "B-Bombe" am explodieren zu hindern, denn sie wird uns in Form der Migration treffen "und wenn weiter nichts passiert, werden diese Menschen unsere Türen einschlagen". Geißler führt aus, daß nicht die theoretische Anzahl der Menschen, die auf der Welt leben können, interessiert, das "wäre kein erstrebenswerter Zustand", sondern nur die realistische Anzahl. "Unter diesem Aspekt ist unser Planet bereit heute - und zwar bei weitem - überbevölkert.", da nämlich von den 6 Milliarden Menschen 4 Mrd. in (extremer) Armut leben und das "Kultur, Zivilisation und Lebensqualität" gefährdet.[3]

Die Umweltorganisationen haben mittlerweile auch das Bevölkerungsproblem entdeckt

Nicht nur die rechte ÖDP, in deren Programm zur Bundestagswahl 1994 steht: "Teufelskreis von Armut, Hunger und Bevölkerungswachstum [...] Die Bevölkerungsexplosion bedroht das Leben auf der Erde." (S. 62 und 65) und deren langjähriger Vorsitzender Herbert Gruhl in dem Buch "Ein Planet wird geplündert" Stimmungsmache betreibt (Hungerkatastrophen sind "natürliche Ausgleichfaktoren" gegen die Überbevölkerung), sondern auch die eher liberalen Organisationen schrecken vor menschenverachtenden Slogans nicht zurück. "Lawine Mensch", "Was zuviel ist, ist zuviel", "Bevölkerungsbombe", "selbst AIDS hilft nicht" titeln und schreiben BUND, Greenpeace und Deutsche Welthungerhilfe in ihren Publikationen. Der WWF warnt: "Wenn die Bevölkerung weiter zunimmt, dann weist alles daraufhin, daß dies in einer Umweltkatastrophe endet." Das Worldwatch Institut: "Familienplanung ist der Schlüssel zur Ernährungssicherung." Hubert Weinzierl, Chef des BUND, ist der Meinung, daß die Überbevölkerung die Ursache für ökologische Zerstörung ist: "Jeder Naturschutz endet dort, wo die Menschenlawine alles überrollt".[4] Die Zeitschrift "Politische Ökologie" läßt in ihrer Sonderausgabe zur Weltbevölkerungskonferenz (Juli/August 1994) fast nur BefürworterInnen der herrschenden Bevölkerungspolitik zu Wort kommen, so Leute vom IPPF, der Deutschen Stiftung

1 *die randschau, 6/93*
2 *SF, S.6*
3 *PÖ, S. 2-7*
4 *ÖL, S.56 ff; Frankfurter Rundschau, 14.3.94; Ökolinx Extra Nr. 2 und 3*

Weltbevölkerung, dem Population Council, der UNFPA, einer indischen Familienplanungsorganisation, dem US-Außenministerium, aus der CDU, dem Entwicklungshilfeminsiterium, der Kirche und dem Chemiekonzern Ciba Geigy, dessen Vertreter erklären darf, daß sich unter den 10 Ländern, die am meisten Treibhausgase ausstoßen, 5 Entwicklungsländer befinden. Selbst das Insitut für Friedenforschung erklärt - streng pazifistisch -, daß das Bevölkerungswachstum gedrosselt werden müsse, um Verteilungskriege zu verhindern.

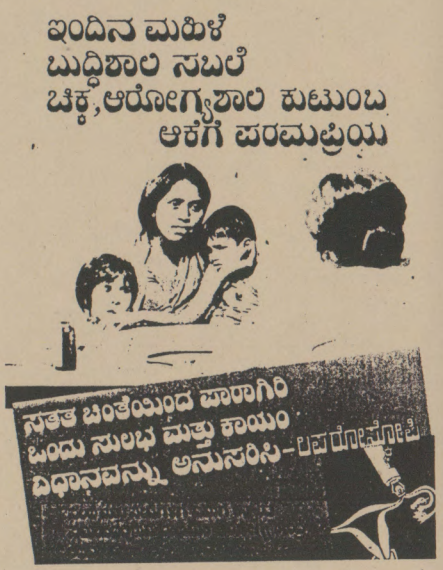
Schützenhilfe erhalten die UmweltschützerInnen dabei aus der New Age-Ecke: "Überbevölkerung ist nicht nur gegen die Menschlichkeit, sie ist im tiefsten lebensfeindlich. Das eigentliche Umweltproblem ist die Überbevölkerung [...] weil auf der Erde kein Platz ist für beliebig viele Menschen. Überbevölkerung ist ein Verbrechen gegen die Humanität. Gut erzogene Menschen werden die Umwelt nicht unnötig verschmutzen. Doch wie will man viereinhalb Milliarden so gut erziehen? Denn von Natur aus ist der Mensch unordentlich und schmutzig. Die meisten der vier Milliarden Menschen [...] erzeugen ihre Nachkommen nicht nach den hohen Idealen oder weltpolitischen Interessen, sondern nach dem jeweiligen Stand ihrer Hormonspiegel - und aus Egoismus!"

Kein Wunder, daß in den USA der Streit zwischen Feministinnen und vom New Age-Denken beeinflußte deep ecology-AnhängerInnen offen ausgebrochen ist.[1]

Während die konservativen Zeitungen die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo eher ignorierten und ab und zu mal "sachlich", distanziert vom großen "Bevölkerungsproblem" berichten, findet die schlimme Umwelt-, Flüchtlings- und Frauenhetze vor allem in den "links"-"liberalen" Zeitungen statt, denn die aufgeklärten, umweltbewegten, friedliebenden und emanzipierten LeserInnen setzen sich für ihre Ideale weltweit ein. Allen voran die Süddeutschen Zeitung, die Wochenpost, Der Spiegel und Die Zeit:.

Auf der Meinungsseite der taz (26.7.94) erklärt Paul Kennedy: wenn wir die Bevölkerung nicht stabilisieren, tut's die Natur für uns (sprich: Seuchen, Hungerkatastrophen, Kriege usw.).

In der Wochenpost vom 5.5.1994 stellt sich der neue Chefredakteur Mathias Döpfner in einem Selbstinterview vor: "Es geht doch längst nicht mehr um links und rechts. Es geht um den Erhalt der Umwelt und um den Umgang mit der Bevölkerungsexplosion



Werbeplakat für Familienplanung:Moderne,intelligente Frauen bevorzugen eine kleine Familie. Eine Sterilisation macht frei von allen Problemen

und ihren Folgen."

"Wenn Haß mit Geburtenzahlen wächst" - Überschrift in der Süddeutschen Zeitung vom 22.8.94, Unterüberschrift: "Ruandas Katastrophe hat ihre Ursache auch in der Bevölkerungsexplosion des Landes" Aus dem Text: "Bei näherem Hinsehen wird deutlich, daß es das ungebremste Bevölkerungswachstum und die daraus resultierende sozialen Mißstände sind, welche die inneren Gegensätze verstärkt und zum Bürgerkrieg geführt haben [...] In der Tat gehört Ruanda zu den Staaten mit dem höchsten Bevölkerungswachstum"

Süddeutsche Zeitung vom 31.8.94 in einem Kommentar über die Zusammenarbeit der

[1] *zit.. nach ÖL, S. 31; Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr 167, November 1992, S. 16 (zitiert als FO)*

"Fundamentalisten aller Religionen" zur Verhinderung der Kairo-Konferenz: "Die Atombombe des dritten Jahrtausends wird die unaufhaltsam wachsende Weltbevölkerung sein - wenn nicht schon heute etwas geschieht, um die immer kürzer werdende Lunte auszutreten [...] Wer die Zukunft heute schon sehen will, muß bloß seinen Blick auf Ruanda richten. Dies ist der erste Bevölkerungskrieg, einer, dessen wahre Wurzeln nicht in Stammesfehden, sondern schlicht in der Überbevölkerung liegen. Wer da im Namen Gottes gegen eine Konferenz ficht, die »zwei, drei, viele Ruandas« verhindern soll, der versündigt sich." Atombomben werden aber nicht mit einer Lunte angezündet, mehr darüber zu sagen, erübrigt sich...

Die gleiche Mär von Ruanda wird uns auch in der Wochenpost Extra "Bevölkerungsexplosion" (18.8.94) erzählt: "... wenn Nahrung, Wasser und Raum fehlen, wandern Menschen massenhaft aus. Oder sie beginnen einen Krieg. Ruanda ist ein aktuelles Beispiel." Angekündigt wird dieses Bevölkerungsspecial in der Wochenpost übrigens auf der ersten Seite mit "Zeitbombe Mensch" und dem altbekannten Bild der Erde, voll gefüllt mit ausschließlich asiatischen Kindergesichtern. "Während Sie diese Zeilen lesen, werden auf der Welt 300 Kinder geboren. Mit der Bevölkerungsexplosion wird die Dritte Welt nicht fertig." Erklärt wird, warum "Verhütung die beste Entwicklung" ist, und daß Kriminalität und Kriege Folge des Bevölkerungswachstums sind.

Ein anderes Bild von Ruanda vermittelt die Frankfurter Rundschau (30.8.94): korrupte Funktionäre des Habyarimana-Regimes eigenten sich das fruchtbarste Land in den Flußtälern als Privatbesitz an, um Exportprodukte wie Zuckerrohr anzubauen. Daneben wurden große Gebiete für die BäuerInnen gesperrt: Naturschutzgebiete und Gorillaparks für die westlichen TouristInnen.[1]

Im Artikel "Bevölkerungslawine" der Süddeutschen Zeitung (27.8.94) zeichnet sich das neue Super-Feindbild ab: Bevölkerungsexplosion und Islamisten befruchten sich gegenseitig, aber die weltumspannende Kommunikation wird das Problem schon lösen: "der Coladose folgt die Emanzipation"...oder folgt nicht der Coladose eher die Zwangssterilisation? In einer Serie "Zeitbombe Mensch" verglich die Süddeutsche Zeitung 1992 die Bevölkerung Bangladesh mit Krebsgeschwüren und der Spiegel prophezeite, daß die überschüssige Bevölkerung bei uns "in den den nächsten 10 bis 15 Jahren zu den Schornsteinen, Dachluken und Kellergeschossen hereinsteigen" wird.[2]

Am besten beherrschte aber Die Zeit, die Zeitung des aufgeklärten Bürgertums, das schwierige Spiel, erst - mensch versteht sich ja in geläuterter Selbstkritik - die Hauptschuld für Umweltkollaps, Armut usw. faktenreich dem Norden zuzuschreiben, und dann noch so den Dreh zu kriegen, daß wir ja schon unser Bestes geben und daß der Trikont uns dabei helfen müßte, z.B. durch die eigene Verminderung - unterstützt wird dies mit den Fotos und Sprachgebrauch, die unterschwellig suggerieren, daß es eine "Bevölkerungsexplosion" und "Überbevölkerung" im Süden gebe. So klingt der Titel eines Zeitartikels "Brot und Pille"[3] schon sehr nach: Zuckerbrot und Peitsche. Fotos von Riesenansammlungen von Menschen in der Zeit-Serie oder dem mit Schwarzen überfüllten LKW auf der Zeit-Broschüre zur "Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage?" tun das übrige.

Die F.A.Z. dagegen macht sich eigentlich immer nur lächerlich, wenn sie ihre Ideologie auf unsicheren Boden anwenden will: so erklärt Klaus Natorp im Leitartikel am 11.7.94, daß Hilfe für die Dritte Welt, die

Graphik aus DIE ZEIT Nr. 52 vom 21. Dez. 1990

[1] *siehe auch: junge Welt, 20.8.94 zu den zwei Mythen "Stammeskonflikte und Überbevölkerung" als Ursache des Krieges in Ruanda*

[2] *zit. nach Stichwort Bevölkerungspolitik. Susanne Schultz. medico international: 1994, S. 5*

[3] *24.6.94*

"überquillt vor Leben", nur möglich ist, wenn sie auch Reichtum erlangen wird und wirft deshalb den Leuten, die sich mit der Dritten Welt solidarisieren, vor, daß sie im Allgemeinen gegen Kapitalismus, also gegen das Wachstum sind. Kurz und bündig erklärt Die Welt 6.9.94 die großen Zusammenhänge "Vor allem soll es in Kairo darum gehen, wie die Bevölkerungsexplosion auf

der Erde gebremst werden kann, die als eines der größten Hindernisse der wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt gilt."
In der Welt vom 15.2.94 erklärt ein Ex-Entwicklungshelfer unter der Überschrift "Geburtenrate und Ökologie" "Nicht nur der industrielle Norden ist schuld an den Umweltsünden", denn der Großteil der Konsumgüter und viele Nahrungsmittel für den Süden werden ja im Norden produziert und ihm dann ungerechterweise zu Lasten gelegt, dabei ist der Süden ja völlig auf den Norden angewiesen. Und: die Hochleistungstiere hier produzieren weniger Methan als die extensive und ineffektive Tierhaltung dort, nicht zu vergessen das Methan vom Reisanbau, und das CO_2 von den Brandrodungen. "Auch muß deutlich gesagt werden, daß es letzlich das explosive Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt ist, das zu katastrophalen Umweltschäden führt" und "Über die Zerstörung und Verschmutzung der Umwelt zu klagen, ohne dafür den weitaus wichtigsten Grund, die drohende Überbevölkerung der Erde, zu nennen, wird zusehends gefährlicher [...] Wenn es also darum geht, eine ökologische Katastrophe globalen Ausmaßes zu vermeiden, dann muß zuallererst das Bevölkerungswachstum in halbwegs vernünftige Bahnen gelenkt werden." Die FAZ (19.12.94) hält immer noch das, was sie verspricht, nämlich Verlautbarungsorgan der Regierung zu sein, aber ihr schon immer um ein paar Jahre voraus: "Die islamische Welt, von Marokko bis Indonesien, wird auf 2 Milliarden Menschen anwachsen. Sie wird ihre Ressourcen und ihr Potential immer effektiver einsetzen und wieder einmal nach dem Westen auszugreifen versuchen, der vor ihrer Haustür liegt. In Frankreich ist der Prozeß im Gange - trotz aller Abwehr. Hierzulande will ihn niemand bemerken. Lateinamerika wird über Süd-Nord-Wanderung Teile der Vereinigten Staaten »hispanisieren«." Für den Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid, der in der FAZ eine ganze Seite eingeräumt bekommt, gibt es zwei dramatische Kontinente: Afrika ("rasend schnell wachsende Jugendjahrgänge") und Europa ("Abnahme der europäischen Bevölkerung. Deutschland ist dabei das Versuchskaninchen der mordernen Welt."). Gegen Migration spricht, "daß hundert Eltern nur noch an 65 Kinder europäische Kultur weitergeben. [...] In Deutschland könnten Gesinnungskämpfe ausbrechen, wie sie für Nationen mit Identitätsmängeln und Selbstwertdefekten typisch sind."
Die taz gibt sich fortschrittlich und bringt Reportagen zum "Bevölkerungsproblem", kritisiert die Wochepost Titelstory usw. aber ist auch vor solchen Sätzen nicht gefeit: "Es gibt auch arme Länder, die nicht überbevölkert sind"[1] - um zu zeigen, daß es keinen direkten Zusammenhang zwischen Rückgang der Geburtenrate und Erhöhung des Lebensstandars oder zwischen Armut und vielen Kindern gibt. Doch der Satz impliziert auch, daß es also überbevölkerte, arme Länder gibt.
Diesen Eindruck, daß heute besonders liberale JournalistInnen, um das ökologische Gleichgewicht der Erde besorgt, die Überbevölkerungsdiskussion forcieren, bestätigt eine von E.coli-bri durchgeführte

[1] *taz, 11.8.94*

Sprachanalyse von Zeitungsartikeln über Bevölkerungspolitik, die ergab, daß gerade die fortschrittlichen, die die Realativität der "Überbevölkerung" im Trikont und den enormen Ressourcenverbrauch der Industrieländer thematisieren, sich durch ihre Sprachwahl auch an der Hetze beteiligen. Während für die Dritte Welt Worte wie: "Bevölkerungsbombe; Sprengsatz; Explosion; Leibermassen; Menschenflut; überbordende Menschenmassen; Lawine; Menschenströme; Zünder an der Bevölkerungsbombe" gefunden werden, heißt es für die Industrieländer viel neutraler: "Ballung; im eigentlichen Sinne überbevölkert; dicht besiedelt; Überpopulation; Nachkriegs-Babyboom":

"Die Argumentation läuft immer wieder nach dem Muster: Wir sind schuld mit unserem Konsum und unserer Produktion in den Industrieländern, aber in der 'Dritten Welt' versuchen ja auch immer mehr Menschen, unserem 'Standard' nachzueifern, da wird es dann endgültig kritisch. Als Problemlösung wird nicht ein Überdenken unserer Fortschritts- und Entwicklungsmuster angeboten, sondern - wie erleichternd für uns hier - eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums in der 'Dritten Welt'."[1]

Nicht zu vergessen die neurechten IdeologInnen, die im ganzen "Überbevölkerungsdiskurs" eine Vorreiterolle (der aber die meisten willig folgen) spielen:

So Eibl-Eibesfeldt, von der Neuen Rechten vielzitierter Wissenschaftler, in der Tradition von Konrad Lorenz stehend: "Nächstenliebe hört dann auf Nächstenliebe zu sein, wenn wir die Fortpflanzungschancen unserer eigenen Enkel dabei gefährden. Und das, was wir einleiten oder was aus gutem Willen eingeleitet wurde, ist unter Umständen ein schwerer Konflikt und auch unter Umständen die Umvolkung von weiten Teilen Europas" Er stellt besorgt fest, daß deutsche Frauen im Durchschnitt 1,3 Kinder gebären, während türkische Frauen 3,5 Kinder zur Welt bringen "Hält dieser Trend an, dann kommt es unweigerlich zur Veränderung des eigenen biologischen Erbes" Es bestehe die Gefahr "daß wir uns aus der Evolution verabschieden"[2]

Zwang zur Durchsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen

Bei all dem Gerede in den Medien um die "Überbevölkerung" gibt es ausführlichste Beschreibungen zu dem Elend im Trikont, verursacht durch die Bevölkerungsexeplosion oder Ursache jenes oder eben beides - je nach politischer Einstellung der/s jeweiligen JournalistIn. Scham- oder absichtsvoll verschwiegen wird aber in fast ausnahmslos allen Berichten das Elend jener Menschen, die Opfer der bevölkerungspolitischen Programme wurden. Selbst die KritikerInnen der Bevölkerungspolitik, die in den gängigen Medien Gehör finden, lassen sich dazu nicht aus, sondern erwähnen höchstens in einem

Nebensatz, daß die Bevölkerungsprogramme in der Vergangenheit gescheitert sind und manchmal mit übertriebenem Ehrgeiz durchgeführt wurden, die Zeit also reif sei für eine den Bedürfnissen der Menschen angepaßte, allumfassende Bevölkerungspolitik.[3] Wie zynisch das ist, wird deutlich, wenn mensch sich mit der

---

[1] *E.coli-bri 7, S.22-24*
[2] *zit. nach Öl., S.33*
[3] *Selbst in der Klarofix-Debatte zur Bevölkerungspolitik blieb - bei aller fundamentaler und berechtigter Kritik an den ideologischen Grundlagen der Bevölkerungspolitik - die konkreten Umsetzung jener im Trikont völlig unterbelichtet. (vgl. Klarofix, 1/95-4/95)*

Praxis der Bevölkerungspolitik auseinandersetzt.[1]

Weder die Länder des Trikonts, noch die dort lebenden Menschen, waren und sind bereit, sich den bevölkerungspolitischen Programmen des Nordens zu unterwerfen. Deshalb mußten jene von Beginn an gegen den Willen der Menschen durchgesetzt werden. Selbst viele der ansonsten so korrupten Regierungen der Trikont-Staaten wehrten sich anfänglich vehement gegen die Forderungen, mittlerweile sind die meisten aber umgekippt, sei es wegen dem außenpolitischem Druck oder weil sie selbst der "Armut wegen Überbevölkerung"-Propaganda auf den Leim gegangen sind und nun endlich ihr Land in die leuchtende Zukunft führen wollen.

Die Durchsetzungsstrategien der bevölkerungspolitischen Organisationen sahen immer Zuckerbrot und Peitsche vor, wobei das Zuckerbrot angesichts der Armut in den Ländern nichts anderes als Erpressung ist. Erscheinungformen des Zuckerbrotes sind finanzielle und materielle Belohnungen, zinsgünstige Kredite oder Hilfe bei kleinen Unternehmungen, Lob und Anerkennung... in der Sprache der BevölkerungspolitikerInnen schimpft sich das "Anreize". Die Praxis der Weltbank ist, Kredite nur an Länder zu vergeben, die ihr genehme Bevölkerungsprogramme laufen haben. Die Regierungen der Länder, denen die eigene Bevölkerung schon immer unwichtiger war als das wirtschaftliche Gedeihen ihres Staates, gehen dann auf die unverschämten Forderungen der Weltbank ein, um an die Kredite zu kommen (die sie nur noch in tiefere Abhängigkeit und Armut stürzen).

Erst werden also die Länder erpreßt, in ihren Ländern bevölkerungspolitische Programme durchzuführen bzw. wenigstens zu genehmigen. Dann erpressen jene Programme die Menschen in dem jeweiligen Land. Viele Programme funktionieren nach dem Klassenprinzip: während sich die weiße, gebildete Städterin mit bislang nur einem Kind die Pille oder andere Mittel kaufen kann, werden die verarmten Frauen mit mehreren Kindern zur Sterilisation oder der Anwendung von, langwirkenden Mitteln gezwungen. Andererseits werden Frauen, die oder deren sexuellen Beziehungen nicht den christlichen Wertvorstellungen der privaten Entvölkerungsorganisationen entsprechen, völlig aus den "Anreiz"-Programmen ausgeklammert. So erhalten Kinder und Jugendliche, Frauen nomadisch lebender Bevölkerungsgruppen, besonders arme oder unverheiratete Frauen, bzw. Frauen, die nicht in einer Kernfamilie leben (u.a. bei Völkern mit Polygamie), überhaupt keine Verhütungsmittel bzw. unterliegen ausschließlich den Zwangsmaßnahmen. Konkret sieht das so aus:

Cuba hat die niedrigste Geburtenrate von ganz Lateinamerika, beinahe so niedrig wie die der USA. Im cubanischen Gesetz steht "Männer sollen gleichzeitig Hausarbeit übernehmen", es gibt eine recht gute Ausbildung und Gesundheitsvorsorge. Es gab nie ein bevölkerungspolitisches Programm in Cuba.

* Indien: Frauen werden von ÄrztInnen je nach Anzahl der Kinder behandelt, selbst bei so kleinen Sachen wie Durchfall hängt die Qualität der Behandlung oder die Entscheidung, ob überhaupt behandelt wird, von der Kinderanzahl ab. Eine indische ExpertenInnengruppe hat im Frühjahr 1994 Vorschläge zur Bevölkerungspolitik ausgearbeitet, die u.a. folgendes beinhalten: keine Mutterschaftsunterstützung bei mehr als zwei Kindern, Wahlverbote für weibliche Abgeordnete und Berufsverbote (für öffentliche Ämter) bei mehr als 2 Kinder oder wenn die Frau/der Mann bei der Heirat jünger als 18 bzw. 21 Jahre alt war, die Einsetzung von "Armee sowie paramilitärische Truppen (...), um eine Stabilisierung der Bevölkerung zu erreichen", kostenloses Verteilen von Verhütungsmittel ohne Beratung, auch von jenen, die eigentlich einer ärztlichen Überwachung bedürfen. Schon in der

[1] *Aufgrund der "Nachrichtensperre" fehlen in den folgenden Ausführungen teilweise aktuelle Entwicklungen, weil die Informationen zu diesem Bereich nur langsam durchsickern. Mensch kann aber davon ausgehen, daß sich in der Tendenz - trotz aller gegenteiligen Absichtsbekundungen - in den letzten 10 Jahren nicht viel geändert hat.*

Schule wird den Kindern beigebracht, daß es zu viele Menschen gibt, gerade auch in Indien. Jene indischen Bundesstaaten, die ihre Sollzahlen im Geburtenrückgang erreichen, erhalten finanzielle Belohnungen.[1]

* Bangladesch: Nahrungsmittelhilfe in Notsituationen wird von der Kinderzahl abhängig gemacht. So wurden nach einer schlimmen Flutkatastrophe in Bangladesh die Hilfsgüter nur an diejenigen Frauen verteilt, die sich sterilisieren liesen, selbst wenn sie verwitwet waren.[2]

* Indonesien: Bevölkerungsmaßnahmen dienen der Besatzungspolitik von Indonesien in Ost-Timor. Seit der Besetzung 1975 wurden mehr als ein Drittel der dortigen Bevölkerung durchs Militär ausgerottet. Aufständige Inseln (z.B. West-Papua) sollen Menschen der Hauptinseln (Java) aufnehmen, um Rebellionen in Keim zu ersticken (in West Papua ist das Ziel: 4 JavanesInnen auf eine PapanesIn, 100.000 Menschen wurden in West-Papua schon getötet). Bei den große Umsiedlungsprogrammen werden die UreinwohnerInnen aus dem traditionellen Dorfverband gerissen und in Lager, Dörfer genannt, verschleppt. In Ost-Timor betrifft das 150.000 bis 300.000 Menschen. Die Weltbank bezahlt dafür, weil angeblich damit der Überbevölkerung der Hauptinseln abgeholfen wird, was ja auch der Umwelt zu Gute kommt.

Zwang zur "Begrenzung der Fruchtbarkeit" wird direkt - durch Lohnentzug, Geldstrafen, Enthaltung von medizinischer Versorgung - ausgeübt oder über's Dorf (keinen Brunnen oder Maschinen bei einem schlechtem Dorfergebnis). Die Chefs der Großfamilie, meist der älteste Mann, müssen regelmäßig über die Erfolge der Familie bei der Geburtenplanung berichten. In öffentlichen Aushängen werden die Ergebnisse jeder Familie, detailiert aufgeschlüsselt, angegeben. So machen viele Menschen bei den Programmen halt nur wegen dem massiven, auch sozialen Druck von außen mit, ohne so richtig zu wissen, warum sie es tun. In letzter Zeit häufen sich die Berichte über den Einsatz der Armee zur Durchsetzung bevölkerungspolitischer Programme. DorfbewohnerInnen werden zur Teilnahme an "Familienplanungsprojekten", eines davon z.B. von der Weltbank mit 212 US$ finanziert, gezwungen. Bei einem Fluchtversuch von Frauen, die von bewaffneten Soldaten in eine Halle getrieben wurden, gab es viele Verletzte.

In Osttimor wird pro Ehepaar doppelt soviel an Geld für Bevölkerungsprogramme ausgegeben als im restlichen Indonesien, dafür aber weniger für Infos und Beratungen. 29% IndonerserInnen benutzen die sehr umstrittenen hormonelle Verhütungsspritzen, in Ost Timor 64% der Frauen. Das Geld für die Programme, auch in Ost-Timor, kommt von der Weltbank, obwohl die UNO bis heute die Besetzung nicht anerkennt. Trotzallem erhielt der indonesische Präsident Suharto 1989 den UN-Bevölkerungspreis.[3]

* In Singapur gibt es ein eugenisches Programm, welches reiche und gebildete Menschen dazu anregt, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Arme Menschen dagegen erhalten eine Belohnung, wenn sie sich sterilisieren lassen.[4]

* China verfolgt eine rigorose eugenische Ein-Kind-Politik mit vielfältigen Bestrafungsmöglichkeiten. (Ausnahmen: auf dem Land darf ein zweites Kind geboren werden, wenn das erste ein Mädchen war; ethnische Minderheiten unbeschränkte Kinderanzahl, weil in dünnbesiedelten Grenzgebieten lebend; reiche BäuerInnen können sich freikaufen; Eltern behinderter oder sehr kranker Kinder haben einen zweiten Versuch) Wenn bei einer zweiten Schwangerschaft nicht freiwillig abgetrieben wird, kriegt der Mann eventuell so viele Schläge, wie die Frau an Tagen schon schwanger ist, danach wird die Abtreibung zwangsweise durchgeführt, was bis zum 8. Monat möglich ist - oder: das Dach wird vom Haus wird abgerissen, der Herd weggenommen u.ä., der finanzielle Schaden entspricht zumindest oft dem Mehrfachen eines Jahreslohns (den lokale Autoritäten steht es frei die, Höhe der

Die F.A.Z. (6.6.94) zu bevölkerungspolitischen Programmen:

"Mit Außnahme China wenden die Regierungen dabei keinen Zwang an."

[1] *Frankfurter Rundschau, 20.8.94 und 18.7.94; taz, 11.8.94; MM, S. 244*
[2] *Frankfurter Rundschau, 20.8.94; RG, S.26*
[3] *RW, S.81; junge Welt, 11.7.95; E.coli-bri 7, S.37 ff*
[4] *RW, S. 86*

Strafe zu bestimmen) - oder: gezwungene Sterilisation, wie sie schon bei Millionen von Frauen, vorbeugend auch schon nach der ersten Geburt. Für die Abtreibung gibts die Wahl zwischen einer normalen Abtreibung, ohne Narkose und im Fließbandprinzip, oder der Einnahme einer Abtreibungspille mit vielen Nebenwirkungen. Die Hälfte der ungeplanten Schwangerschaften ist auf das Versagen empfängnisverhütender Spiralen zurückzuführen!

Die "illegalen" Kinder haben kein Anspruch auf eine medizinische Grundversorgung und dürfen keine staatlichen Schulen besuchen, haben keine Chance, jemals eine Arbeit zu finden... Unverheiratete Frauen dürfen in China sowieso keine Kinder bekommen. SozialarbeiterInnen befragen, zumindest in den Städten, die Chinesinnen regelmäßig über ihre Verhütungsmittel und deren Anwendung (z.B. in Shanghai einmal monatlich). KatholikInnen, die sich gegen Abtreibung und Sterilisation widersetzen, werden laut amnesty international gefoltert und mit hohen Geldbußen belegt. Geistig Behinderten (auch bei Psychosen und Schizophrenie) und Menschen mit ansteckenden Krankheiten ist es nach einem neuen Gesetz verboten zu heiraten und "abnormale oder erbkranke Föten" müssen abgetrieben werden. Die Abtreibung von Mädchen bzw. Tötung nach der Geburt ist eine zwar illegale aber nichtsdestotrotz weitverbreitete Praxis.[1] 1953 lebten in China 588 Mio ChinesInnen. Mao empfand diese Zahl für den Sieg der Weltrevolution als zu klein, führte also ein geburtenfördernde Politik ein. 1976 kam es dann zum Kurswechsel.

* In Pakistan und anderen Ländern liesen Frauen sich oft mehrmals die Spirale einsetzen und wieder herausnehmen, nur um die Belohnungsprämie für diese Operation zu empfangen.[2]

* Thailand: Frauen, die an den Bevölkerungsprogrammen teilnehmen, bekommen Anschluß an die Wasserversorgung oder ein Schwein - unter dem offiziellem Motto "Überlaßt das Gebären den Schweinen." Ein Bevölkerungsplaner aus Thailand erklärt: "Familienplanung ist wie Soyasoße, man mischt sie unter alles." Bankkredite gibt es nur bei Teilnahme an den Bevölkerungsprogrammen. Auch die Gemeinden bekommen Geld für Gesundheitsvorsorge, Pflege der Umwelt usw. nur, wenn sie die staatlich festgelegten Bevölkerungsnormen einhalten.[3]

* Philipinien: Die US-AID (Agency for International Development) übte Druck auf die Kliniken aus, daß diese doch die Frauen von Kondombenutzern überzeugen sollten, lieber auf Pille und Spirale umzusteigen. Frauen werden zur Sterilisation mit der Lüge, es sei ja rückgängig zu machen, überredet oder einfach gezwungen. Frauen mit 5 oder mehr Kindern wurde bei der Geburt oder einer Operation heimlich die Spirale eingesetzt.[4]

* In Tansania fliegen schwangere Mädchen ~~fliegen~~ von der Schule; in Zimbabwe werden die VerkäuferInnen von Verhütungsmittel am Gewinn beteiligt und erhalten Extra-Prämien für neue KundInnen; in Brasilien fordern einige Firmen bei der Einstellung von Frauen einen Sterilisationsnachweis[5]; reiche US-Organisationen bezahlen den ÄrztInnen/Krankenschwestern in Togo Prämien für verkaufte Kondome, Pillen und durchgeführte Sterilisationen; Karten für Rockkonzerte gibt's zum halben Preis beim

Anzahl der Länder mit "finanziellen Anreizen"

für die AnwenderInnen		*für die ÄrztInnen/ FamilienplanerInnen*
10	*(für Sterilisationen)*	*16*
9	*(Verhütungsmittel)*	*16*

Daneben gibt es in einigen Ländern auch Belohnungen für ein Dorf oder gar ein ganzes Gebiet, wenn in ihm die Frauen nicht mehr als eine festgelegte Höchstzahl an Kinder bekommen. Während bei den individuellen Anreizen, die Frau "nur" für sich selbst zu entscheiden hat: Verhütung oder kein Essen, so kommt bei der gemeinschaftlichen Belohnung eine enormer gesellschaftlicher Druck dazu. (RW S.66)

1 *Be, S.6 ff; Wochenpost, 29.9.94; junge Welt 15.1194, 9.3.95, 16.3.95; Der Spiegel 41/1993; F.A.Z. 23.1.95*
2 *RW, S.66*
3 *RG, S.26; Frankfurter Rundschau, 30.5.94; RW, S.68*
4 *RW, S.63; E.coli-bri 7, S.30*
5 *E.coli-bri 7, S.35*

gleichzeitigem Kauf von Verhütungsmitteln[1]; selbst den Tschad mit 4 EinwohnerInnen pro km² zwingt die Weltbank zu solchen unsinnigen bevölkerungspolitischen Programmen. Verbreitet ist auch die Vergabe zinsgünstiger Kredite, deren Vergünstigung bei Vertragsbruch (=Schwangerschaft) entfällt - oder die Vergabe von Produktionsmitteln (Tiere, Maschinen), mit denen die Frauen ihr eigenes Einkommen erwirtschaften können (zum Teil in Form von Manufakturarbeit, d.h. die Produktionsmittelbeschaffung, Vermarktung und Verkauf übernimmt die bevölkerungspolitische Organisation), ebenfalls unter Androhung von Vertragsstrafen bei Schwangerschaft.[2]

* Die Weltbank finanziert und unterstützt Bevölkerungsprogramme, die mit finanziellen "Anreizen", also Erpressung arbeiten.

In den 80er Jahren wurden im Trikont 150 Mio Menschen sterilisiert, 8,8 Mrd Monatspackungen der Pille verteilt (d.h. an ca. 7 Mio Frauen), 663 Mio langwirkende Hormonpräparate injeziert, 310 Mio Spiralen eingesetzt, 44 Mrd Kondome vergeben. Das entspricht auch ungefähr der heutigen Verteilung.

Anteil der verwendeten Verhütungsmethoden

	Trikont	*weltweit (laut UNFPA)*	*Industrieländer*
Sterilisation	*45%*	*18% (13% Frauen 5% Männer)*	*14%*
Spirale	*23%*	*9%*	*7,8%*
hormonelle Mittel	*15% (zusätzlich: 4% Injektionen, 0,3% Implantate)*	*8% (nur Pille)*	*18,4%*
Barriere-Methoden	*6,6%*	*5% (nur Kondome)*	*30,5%*

(Süddeutsche Zeitung, 16.6.94; SH, S. 80; MM, S. 158; FO, S. 9 - aufgrund der unterschiedlichen Quellen ist ein direkter Vergleich nur unter Vorbehalt möglich. Der Anteil der neuen hormonellen Verhütungsmittel - Injektionen wie Net-En und Depo Provera bzw. Implantate wie Norplant - dürfte in den letzten Jahren gestiegen sein.)

Die UNFPA und IPPF sind im Prinzip dagegen, der US-AID dafür. Der US-AID gibt seit 1966 nur Nahrungsmittelhilfe an Länder, die sich an Bevölkerungsprogrammen beteiligen.

Der Herr Hürdth vom Entwicklungshilfeministerium der BRD ist ebenfalls davon überzeugt, daß ein "gewisser Druck" auf die Staaten ausgeübt werden müßte, um ihre Bevölkerungsprobleme zu lösen. In offiziellen Richtlinien zur Bevölkerungspolitik bekennt sich die BRD zum "Anreiz"-System, möchte aber aufgrund der Mißbrauchsmöglichkeiten strenge Kriterien angelegt wissen.[3]

* Daß Zwang genauso zur Geburtenförderung eingesetzt wird, zeigt das krasse Beispiel Rumänien: dort wurden 1984 Frauen in den Betrieben gynökologisch untersucht, um die schwangeren unter Kontrolle zu stellen, damit sie nicht abtreiben. Schon 1966 wurden in Rumänien Verhütungsmittel verboten und nur noch bei medizinischen Gründen vergeben. Ähnlich verhielt es sich im Iran, wo Khomeini 1979 das Heiratsalter von 18 auf 9 herabsetzte, alle Familienplanungszentren schließen ließ und keine Verhütungsmittel mehr zu kaufen waren. Erst unter Rafsandschani wurde diese Maßnahmen alle wieder zurückgenommen, das Kindergeld gekürzt und sogar Sterilisationen erlaubt.[4]

Aber auch die westeuropäischen Länder sind um die Geburtenzahlen besorgt: So hat die EG 1984 beschlossen, daß geburtenfördernde Maßnahmen der europäischen Länder wichtig sind, weil der Bevölkerungsanteil von Europa im Weltmaßstab abnimmt: 1950: 8,8%, 2000: 4,5%, 2025 2,3% - "Das ist schlecht für den Einfluß von Europa in der Welt" lautete die Begründung. § 218 und Begrüßungsgeld für Neugeborene sind nur zwei Beispiele für die praktische Umsetzung dieser Politik[5]

1 *SF, S.5*
2 *E.coli-bri 6, S.2; MM, S. 154f*
3 *Die Welt, 2.9.94*
4 *RW, S.52; junge Welt 3.9.94*
5 *Niederlande in der Bevölkerungspolitik, Bevölkerungspolitik in den Niederlanden. Frauen gegen Bevölkerungspolitik. April 1990.*

Daß der Einsatz von Zwang besonders bei den Durchführungen von groß angelegten Sterilisierungskampagnen notwendig wurde, sollen die folgenden Ausführungen darlegen.

Sterilisation

Die Sterilisation ist die liebste Waffe der BevölkerungsplanerInnen gegen die menschliche Fruchtbarkeit. Während den "intelligenten", weißen und nicht verarmten Menschen zugetraut wird, aus dem Angebot der Verhütungsmittel jene auszusuchen, welche am besten für sie geeignet sind, und diese dann auch richtig zu verwenden,[1] gelten alle anderen Menschen als zu dumm und unzuverlässig für Auswahl und Gebrauch der meisten Verhütungsmittel bzw. wollen angeblich jene Mittel, "selbst wenn sie es könnten", aufgrund von Kinderwünschen gar nicht erst anwenden wollen, obwohl sie gesellschaftlich unerwünschte Kinder zeugen würden, und müssen deshalb zu bestimmten Mitteln, bei denen mensch nichts falsch machen kann und die über einen langen Zeitraum wirken, gezwungen werden. Die am weitesten verbreiteten Mittel, Kondom und Pille, sind dafür ungeeignet, da ja jedes Mal bzw. jeden Tag dran gedacht werden muß und sie eine gewisse Fingerfertigkeit erfordern (mensch denke nur an das Finden einer Markierung zum Öffnen der Verpackung). Außerdem geben gerade Kondom und Pille die Möglichkeit, Kinderwünsche jederzeit selbstbestimmt zu realisieren.

Das völlige Gegenteil dazu stellen die Sterilisationen dar, die von einer/m ÄrztIn durchgeführt werden und dann für immer wirken, ohne das etwas "schief" gehen kann (außer die Operation wurde falsch durchgeführt) und ohne das je wieder eine Möglichkeit gibt, die Fruchtbarkeit (selbstbestimmt[2]) zurückzuerlangen. Außerdem kann mensch den Gebrauch des Kondoms und die Einnahme der Pille wohl kaum erzwingen oder "finanziell" anregen (zumindest liese sich das nicht kontrollieren) - bei der Sterilisation klappt das alles sehr gut: einmaliger (und deshalb eher widerstandslos bleibender) Zwang kann mit Hilfe von Polizei ausgeübt werden, oder die Sterilisation heimlich bei einer Operation miterledigt werden. Und eine einmalige, nicht rückgängig zu machende Erpressung läßt sich bei Abpassung einer extremen Notlage oder mit den notwendigen Überredungskünsten (sprich: Lügen, wie die Behauptung, es wäre nichts besonderes, es würden nur nicht mehr so viele Kinder, was ja sogar gut wäre und es tut auch nicht weiter weh...) leichter durchführen, als wenn ein ständiger Wille zur Verhütung mit Geld, Überzeugung oder Zwang aufrechterhalten werden muß.

In den Industrieländern wurde und wird vor allem aus eugenischen und seltener aus sozialen und rassistischen Gründen (zwangs)sterilisiert, d.h. neben armen, asozialen, arbeitslosen und zu "ethnischen Minderheiten" gehörenden Menschen betrifft dies in erster Linie die als behindert definierten Menschen. Daß dabei die nationalsozialistischen Verbrechen in ihrer Einmaligkeit der Zuspitzung (wieviele Menschen davon erfaßt wurden) und Unvergleichlichkeit der Durch- und Weiterführung (mit welcher besessenen Brutalität, kaltblütigen Berechnung und gesetzlichen Absicherung die Zwangssterilisationen durchgeführt wurden und dann

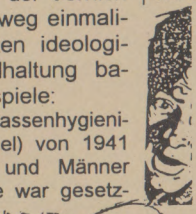
---

[1] *mit der Einschränkung, daß ebenso für jene Bevölkerungsgruppen Verhütungsmittel, die ausschließlich von Frauen zu verwenden sind, favorisiert werden und in der Realität auch dominieren, obwohl im allgemeinen - trotz der fehlenden Forschung nach Verhütungsmitteln für Männer - jene viel gesundheitsschädigender sind als die für Männer (Kondom - Pille, aber auch bei Sterilisation bei Männern und Frauen trifft das zu).*

[2] *Eine Sterilisation bei Frauen ist, je nach angewendeter Methode, nicht, nur mit einer teuren Operation oder mit Hilfe der künstlichen Befruchtung rückgängig zu machen. Letzere stellt eine lange, schwierige, unsichere, gefährliche und teure - ca. 100.000 DM - medizinische Behandlung dar, die für die wenigsten Frauen in Frage kommt und angesichts der medizinischen Macht nichts mit weiblicher Selbstbestimmung zu tun hat. Bei Männern reicht oft, aber auch nicht immer, eine, im Vergleich zu der bei den Frauen einfachere Operation - womit wiederum die ärztliche Kontrolle und staatliche Einflußnahme gesichert ist.*

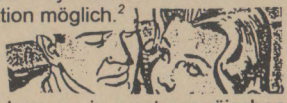
fortgesetzt in der Ermordung der "Behinderten" in den Gaskammern der Vernichtungslager) auf einer keinesweg einmaligen, sondern weitverbreiteten ideologischen, eugenischen Grundhaltung basierten, zeigen folgende Beispiele:

In Schweden wurden "aus rassenhygienischen Gründen" (Der Spiegel) von 1941 bis 1975 13.000 Frauen und Männer zwangssterilisiert. Die Sache war gesetzlich abgesichert und richtete sich gegen "geistig Behinderte", SonderschülerInnen und



Insassen der Jugendgefängnisse. Als geistig behindert galten teilweise auch Arbeitslose und "Asoziale", die schon ein uneheliches Kind hatten.[1]

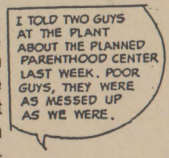
In den USA wurden zwischen 1920 und 1972 50.000 Menschen aus eugenischen Gründen zwangssterilisiert, zusätzlich noch arme IndianerInnen (24% von ihnen) und AfroamerikanerInnen (20%). Die Entlassung aus einer Psychiatrie war nur nach einer Sterilisation möglich.[2]



In der jüngeren Geschichte (nach 1945), kam es in westeuropäischen Ländern immer wieder vor, daß behinderte Menschen zwangssterilisiert wurden (selbst wenn die Behinderung nur in einer leichten psychischen Störung lag oder an der "Asozialität"). In der BRD ist es legal, behinderte Frauen sterilisieren zu lassen, "wenn es besser für sie ist". Als Gründe wird z.B. angegeben, daß eine Frau den Verlust ihres Kindes gleich nach der Geburt bedauern könnte (Behinderte dürfen ihre Kinder nicht selbst aufziehen) und es deshalb für die Frau besser wäre, erst gar kein Kind zu bekommen. Jährlich trifft das nach offiziellen Angaben ca. 1000 behinderte Menschen.[3]

Im Gegensatz dazu bzw. als logische Fortsetzung dessen (je nach Betrachtungsweise), sind im Trikont (fast) alle Menschen von Sterilisierungswünschen und -plänen der BevölkerungspolitkerInnen betroffen, also nicht nur behinderte, arme und "asoziale" Menschen oder Mitglieder ethnische Minderheiten, sondern alle, weil eben alle als überflüssig gelten, "zu teuer sind", rassistischen Selektionskriterien entsprechen, weil sie "Farbige" sind oder in ihrer vermeintlichen Dummheiten und ungezügelten, triebhaften Sexualität den "geistigen Behinderten" gleichzusetzen sind:

So entwickelte die UNDP (Entwicklungsabteilung der UNO) Solarzellen für die Stromversorgung der nächtlichen Beleuchtung in Dörfern des Trikonts und schreibt dazu: "Licht in die Dörfer zu bringen ist eines der besten Initiativen für Familienplanung, die man nehmen kann. Die Menschen haben dann abends was zu tun." Ohne Licht in der Nacht zeugen die Menschen dort nämlich ein Kind nach dem anderen. "Denn erst wenn [...] die Männer in Afrika eingesehen haben, daß sie ihre Zeugungskraft nicht jährlich mehr neu unter Beweis stellen müssen [...]" nährt auch Die Welt (3.9.94) den rassistischen Mythos der unkontrollierten Sexualität[4] der Schwarzen.



Da das Licht der UNO und die Aufklärung der Welt noch nicht das gewünschte Resultat gebracht haben, wurden (bis 1987) weltweit 25 Mio. Frauen sterilisiert.[5] Was sich hinter dieser Zahl verbirgt, versuchen folgende Beispiele anzudeuten:

* Indien: Mitte der 70er Jahre wurden auf Anweisung von Indira Gandhi und einem Vorschlag aus der USA folgend Millionen Frauen und vorallem Männer zwangssterilisiert. Dazu wurde 1975 der Ausnahmezustand ausgerufen. Allein 1976 waren es 6 Mio Menschen, die durch die

---

[1] *E.coli-bri 1, S.10*
[2] *RW, S.31; junge Welt 15.11.94*
[3] *Wann ist der Mensch ein Mensch? Ethik auf Abwegen, Oliver Tolmein, Hanser: 1993, S.15*
[4] *Jener Mythos eignet sich besonders gut zur Legitimation von Gegenmaßnahmen, löst er als Reaktion doch einer Mischung aus Verachtung-Verurteilung und Neid-Bewunderung aus, und dient somit als Projektionsfläche eigener, unerfüllbarer Wünsche, die gerade deshalb, weil sie selbst erwünscht aber als für sich nicht realisierbar gelten, auch bei allen anderen unbarmherzig bekämpft werden müssen.*
[5] *GE, S.24*

Während die meisten Medikamente, die die Chemiekonzerne für "uns" entwickeln, im Trikont getestet werden (so auch die Pille, die vor der Einführung in Europa u.a. an tausenden schwarzen Frauen in Puerto Rico getestet wurde, bis sich herausstellte, daß die Pille für die Bevölkerungspolitik im Trikont zu teuer und umständlich ist und deshalb nur für weiße Frauen im Norden verwendbar - ein Abfallprodukt mißlungener Entvölkerungsforschung sozusagen! Kosten: mindestens 5 Frauen, die in Puerto Rico aufgrund der Testreihe starben. Jetzt müssen die Frauen dort übrigens 25 US$ für eine Monatspackung bezahlen.), geht es manchmal auch andersherum:

Im Hamburger Elisabeth-Krankenhaus liefen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre heimliche Sterilisationsversuche mit Frauen, durchgeführt durch den damaligen Chefarzt Lindemann. Er experimentierte mit Frauen, deren Gebärmutter entfernt werden sollte. Um eine Woche vorher seinen Sterilisationsversuch durchführen zu können, täuschte er eine Voruntersuchung vor. Er benutzte u.a. Silbernitrat, welches in der Gynäkologie aufgrund der starken Ätzwirkung verboten ist und schon bei den Sterilisationsversuchen im Dritten Reich Verwendung fand. Ziel dieser Versuche war das Finden einer billigen, massenhaft anwendbaren, schnellen und unsichtbaren Sterilisationsmethode - für den Trikont.
(E.coli-bri 3 S.7; Materialien gegen Bevölkerungspolitik, S. II; junge Welt 9.9.94)

vielfältigen Druckmittel (Einbehaltung des Lohnes, Enthaltung von Nahrungsmittel, staatliche Gewalt, Entlassungen, Geldversprechungen) zur Operation gezwungen wurden. Der darauf entstehende massive Widerstand führte 1977 zum Sturz der regierenden Kongreßpartei (1977) - dies sollte das erste und vorerst letzte mal sein, daß sich ein so starker Widerstand gegen bevölkerungspolitische Maßnahmen entwickelte, der entscheidenden Einfluß auf die Landespolitik ausübte. "Hunderte, wenn nicht gar Tausende starben an Infektionen infolge der Operationen und bei Aufständen und Protesten gegen das Programm." Der Weltbankpräsident Mc Namara lobte die "Intensivierung der Familienplanung". Die UNFPA bestritt, daß es Zwangssterilisierungen gegeben hatte und stellte nur einige Mißbräuche fest. Das Büro des US-AID mußte schon 1973 aufgrund starker antiamerikanischer Antipathien schließen. Als Lehre aus dieser Geschichte wanden sich die BevölkerungspolitikerInnen endgültig und ausschließlich den Frauen als ihr "Arbeitsobjekt" zu, die aufgrund patriarchalischer Strukturen vermeintliche und tatsächliche weniger Protestmöglichkeiten haben. Anderseits begann die internationale Bevölkerungspolitik nach anderen "Motivationsfaktoren", die bei der Geburtenkontrolle helfen könnten, zu suchen. Jetzt werden in Indien 97% der Sterilisationen bei Frauen ausgeführt, obwohl es bei Männern viel einfacher und ungefährliche geht. In den letzten Jahren ging der Gebrauch von Pille, Kondom und Spirale sogar noch zurück, zugunsten der Sterilisationen, die mittlerweile die 90%-Grenze am Anteil der Verhütungsmethoden überschritten haben. Frauen, selbst 80jährige, lassen sich in Indien mehrmals sterilisieren, um das Plansoll zu erfüllen und die Geldprämie abzukassieren, die sich Patientin und ÄrztIn dann teilen. Die Geschäftsführerin einer indischen Bevölkerungskontrollorganisation: Sterilisation "wird von mehr als 70% der Menschen bevorzugt, die überhaupt Familienplanung betreiben"[1]

* In Bangladesh wurden zwischen 1978 und 1983 eine Million Frauen sterilisiert und zwischen 1982 und 1984 1,2 Mio Frauen - in manchen Gebieten an die 80% der Frauen -, teilweise unter Einsatz des Militärs, mit finanziellen Anreizen bzw. gezwungen durch die Enthaltung von Katastrophenhilfe. 40% der Frauen, so die Ergebnisse einer Studie, waren weder über den endgültigen Charakter der Unfruchtbarkeit noch über Risiken der Operation informiert. Das Geld für dieses Programm kam von der Weltbank und dem US-AID.[2]

* Ende der 60er Jahre sollte in Pakistan mit Hilfe eines 2-Jahres Programmes die Mehrheit der Bevölkerung zur Geburtenkontrolle mittels Sterilisation und Spirale überzeugt werden. 25.000 Frauen erhielten dafür eine Anstellung, um mit Hausbesuchen dafür zu werben, angeleitet und überwacht wurden sie von männlichen "Hauptorganisatoren". Prämien bekamen die ÄrztInnen, die

[1] *RW, zit. nach E.coli-bri 9, S. 8; WE, S.5 ff; Frankfurter Rundschau, 4.7 und 30.5; taz, 8.9; PÖ, S. 17*
[2] *E.coli-bri 6, S.3; MI, S. 20*

Anwerberinnen und die Patientinnen. Diese Praxis stieß auf viel Kritik und Widerstand bis hin zur Stürmung mehrerer Familienplanungsbüros, die dann in Brand gesetzt wurden.[1]

* Auch in Puerto Rico, Kolumbien und Brasilien wurden Frauen sterilisiert, ohne sie über die Dauerhaftigkeit des Eingriffes aufzuklären: die Frauen dachten, ihre Fruchtbarkeit nach einer bestimmten Zeit wieder zurückzuerlangen. In einigen Ländern, wie in Bangladesh, Thailand, China und Korea, wird "die Operation [von Laien mit 6 bis 10-monatiger Ausbildung] schnell, schlampig und unsteril durchgeführt. In indischen Sterilisationscamps zum Beispiel werden täglich 300 bis 500 Frauen sterilisiert."[2]

* In dem "Plan 2020" für Puerto Rico hat die USA die zukünftige Entwicklung der "Quasi-Kolonie" umrissen: militärischer Stützpunkt, Eisenerzabbau, Stahlverarbeitung. Anhand dieser Gegebenheiten wurde die Insel in verschiedene Regionen unterteilt und jeweils festgeschrieben, wieviele Menschen dort leben sollen. Bis zum Jahr 2020 soll die derzeitige Bevölkerung von 4 Millionen auf 1,5 Mio gesenkt werden. In einigen Orten wurde seit Jahren kein Kind mehr geboren... Schon zwischen 1950 und 1977 wurden ca 215.000 Frauen in Puerto Rico sterilisiert, 1977 waren 1/3 aller Frauen im gebärfähigen Alter sterilisiert.[3]

* In Brasilien werden Zwangssterilisationen heimlich bei der Geburt durchgeführt. Da 40-50% der Kinder in Brasilien mit einem Kaiserschnitt zur Welt (während es in Westeuropa unter 10% sind), kann die andere Operation unauffällig mit erledigt werden. Rund 50% aller brasilianischen Frauen im gebärfähigem Alter sind sterilisiert, und 80% aller schwarzen Frauen in Brasilien. In den armen Viertel wurden bis zu 70% der Frauen, die sich um Verhütungsmittel bemühten, sterilisiert.[4]

* "In Guatemala führten die oben erwähnten Organisationen [US-AID, IPPF] ein Sterilisierungsprogramm durch, in dem Tausende von Indianerinnen eine ätzende Substanz in die Gebärmutter gespritzt wurde, was eine Vernarbung des Uterus und der Eileiter zur Folge hatte. Den Ärzten wurde geraten, sich dabei Gummihandschuhe anzuziehen, da sie sich sonst die Hände verätzen könnten!" Parallel zur Zwangssterlisierung von zehntausenden Indigena-Frauen wurden zehntausende indigene Männer von paramilitärischen Einheiten der Großgrundbesitzer ermordet.[5]

* In der dominikanischen Republik sind 40% der Frauen im gebärfähigem Alter sterilisiert.[6]

Als neue Entwicklung zu einer alten Idee ist die Forschung nach einer Antischwangerschaftsimpfungen zu bewerten. Schon 1968 sah die Ford Foundation sterilisierende Mittel, die unbemerkt der Nahrung beigemischt werden können (mit einem Gegenmittel, was die Aufhebung des Sterilisierungseffektes bewirkt und welches nur in den Händen der Regierung liegt), in greifbarer Nähe. Mittlerweile gibt es mehrere Forschungsprojekte, die nach einem Impfstoff - die Fruchtbarkeit bestimmter Menschen als zu heilende Krankheit begreifend[7] - gegen Schwangerschaften suchen. Das indische Projekt geht jetzt in die finale Testphase, obwohl der Impfstoff bei 20% der Frauen in Testphase II nicht gewirkt hat: durch Streß, Unterernährung oder das Immunsystem unterdrückende Krankheiten (z.B. AIDS) kann die

---

1 *E.coli-bri 9; S. 8*
2 *Frankfurter Rundschau, 20.8.94; ST, S. 52*
3 *OP, S.22; SF, S.4; Wechselwirkung 11/1981, S. 22 ff. (zitiert als WW)*
4 *SF, S.4; OP, S.22*
5 *E.coli-bri 6, S.3; ST, S. 44*
6 *E.coli-bri 6, S.3*
7 *Die Antischwangerschaftsimpfung entspringt der Logik, daß alles, was mit Befruchtung, Schwangerschaft und Geburt zu tun hat, als Krankheit oder zumindest extrem krankheitsanfällig zu definieren ist und somit unter die Kontrolle des medizinischen Apparates zu stellen. Während hier Menschen vor der Entscheidung, Kinder zu kriegen, sich in humangenetischen Beratungsstellen informieren sollen, ob das Risiko nicht zu hoch ist, und während hier die (bei Frauen über 35 sogannte Risiko-)Schwangerschaft von Anfang bis Ende überwacht wird, und dann bei der Geburt selbst noch mal die geballte Macht der Krankenhaustechnik zum Einsatz kommt (wobei schon lange bekannt ist, daß in den meisten Fällen Hausgeburten und das Gebären in anderen Stellungen besser ist), wird im Trikont jegliche Schwangerschaft gleich als Krankheit angesehen, zumindest wenn es keine Schwangerschaft bei den Eliten ist, und muß deshalb präventiv behandelt werden. Doch anstätt den "Infektionsherd" auszurotten, der ja nach dieser menschverachtenden Logik, die Männer wären, von denen die "Ansteckung ausgeht", wird es die Antischwangerschaftsimpfung nur für Frauen geben.*

empfängnisverhütende Wirkung aufgehoben werden.[1]

Der Chef des WHO-HRP (Human Reproductive Program der Weltgesundheitsorganisation) David Griffin dazu: "Häufig auftretende Schwangerschaften werden zu Epidemien. Um Epidemien zu vermeiden, stellt der Antischwangerschaftsimpfstoff eine sehr attraktive Waffe dar, die in das gegenwärtige Waffenarsenal integriert werden muß"[2]

Diese Waffe könnte dann auch den Wunschtraum der BevölkerungspolitkerInnen erfüllen, still und unbemerkt die Fruchtbarkeit unliebsamer Menschen für immer auszuschalten. Eine Operation, medizinische Begleitung und der direkte Bezug auf die eventuell tabuisierten Geschlechtsorgane ist nicht mehr nötig. In das allgemeine Impfprogramm intergriert würde eine Spritze mehr bzw. der Tausch der Impfstoffe nicht auffallen. Selbst bei unterstellter Freiwilligkeit der Impfungen könnten die ÄrztInnen vom Impfmythos[3] - die Spritzen bewahren vor Krankheiten - profitieren.

(Langwirkende) hormonelle Verhütungsmittel

Viele Medikamente im Trikont werden durch normale HändlerInnen oder gar QuaksalberInnen verkauft, die am Gewinn beteilgt sind und deshalb unbedingt ihr Zeugs loswerden wollen. Die Packungsbeilagen sind dann oft nicht vorhanden und eine Beratung findet natürlich ebenfalls nicht statt. Dies gilt im besonderen Maße für viele der hochdosierten hormonellen Verhütungsmitteln, deren Vertrieb im Rahmen der Bevölkerungsprogramme bewußt aus den medizinischen Basisstrukturen ausgeklingt wurde - sie sind in ganz normalen Läden, auf der Straße oder auf dem Markt zu erhalten.

In Indien z.B. werden die Verhütungsmittel, sogar die über Monate wirkenden Spritzen, seit der Privatisierung der Geburtenkontrollprogramme ganz legal in Zigarettenläden und beim Friseur verkauft. Im Haushalt 1985-90 gab Indien erstmals mehr Geld für Bevölkerungskontrollprogramme aus als für den Gesundheitssektor.[4]

Doch selbst die von ÄrztInnen verschriebenen Verhütungsmittel garantieren im Trikont in vielen Fällen gesundheitliche Folgeschäden und unsachgemäße Anwendung anstelle der relativen Sicherheit medizinischer Betreuung bei uns. Gründe dafür sind:

- Produkte, die hier überaltert[5] oder wegen ihrer Gefährlichkeit längst verboten sind, werden noch lange in den Trikont exportiert bzw. dort unter Lizens - teilweise auch für ganz andere Zwecke - produziert.
- Die westliche Pharma-Konzerne sind gerade im Trikont die einzigen, die über Gelder für die Ausbildung der ÄrztInnen und für massive Werbekampagnen verfügen. Diese Propaganda- und Einflußmöglichkeiten werden natürlich genutzt - unabhängige, kritische Stimmen finden kein Gehör.[6] Die ÄrztInnen pumpen ihre PatientInnen mit allem möglichem Zeug voll: je mehr desto besser. Wie die Mittel aber genau zu nutzen sind, wissen viele ÄrztInnen nicht.
- Viele Medikamente sind auf die Bedingungen bei uns zugeschnitten, genügen aber

[1] *Frankfurter Rundschau, 20.8.94; E.coli-bri Nr. 9, S. 9; MM, S. 171*
[2] *E.coli-bri 9, S.17*
[3] *Durch die Entwicklung der Antischwangerschaftsimpfung beginnt dieser Impfmythos jedoch zu bröckeln. In einigen Teilen Indiens weigern sich Frauen aus Furcht vor diesem Mittel, sich überhaupt noch impfen zu lassen. (MM, S. 175)*
[4] *Frankfurter Rundschau, 30.5.94 und 18.7.94; E.coli-bri Nr. 8, S. 23*
[5] *So z.B. 5.000-10.000 Monatspackungen Pillen einer ausgelaufenen und überdosierten Serie des Pharmakonzerns Searle, 1967 im Rahmen eines Versuchsprojektes der US-AID in Indien verteilt. 75% brachen den "Versuch" ab. (E.coli-bri 9, S. 7)*
[6] *Marketing Fertility. Women menstruation and the phamaceutical industry. WEMOS, Mai 1989, S.16 (zitiert als MA)*

keineswegs den Anforderungen im Trikont. So entstehen viele Nebenwirkungen erst durch das Zusammenspiel verschiedener Krankheiten und der Unterernährung bzw. Medikamente verderben durch die schlechten Lagerungsbedingungen.

Im Trikont kommen fast nur die giftigen chemischen Verhütungsmittel zu Anwendung. Barrieremethoden (Kondom für Männer, Diaphragma für Frauen) sind größtenteils unbekannt. Während in der USA ca. 30% der Frauen Barrieremittel verwenden, sind es im Trikont nur 1 bis maximal 5% der Frauen. Kondome benutzen in den meisten Ländern des Trikonts nicht mehr als 15% der Männer. In Japan dagegen sind es 75%.[1]

Die Pille Diane 35 von Schering geriet letztes Jahr unter Krebsverdacht und dadurch in die Schlagzeilen - sie ist in der BRD die am dritthäufigsten verwendete Pille. 1990 gab es 6 Todesfälle und viele schwere Erkrankungen durch die Pille "Femovan", ebenfalls von Schering hergestellt. In den 80er Jahren kam es in der USA zu mehr Todesfälle durch Verhütungsmittel als im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft. Diese ab und zu bekanntwerdenden Fälle dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle Pillen wegen der verwendeten Hormone die Gefahr von u.a. Lebertumoren und Brustkrebs erhöhen und für vielfältige "kleinere Störungen" der Gesundheit und des Wohlbefindens verantwortlich sind.[2]

Gegen die im Trikont verwendeten langwirkenden hormonellen Verhütungsmittel ist die täglich einzunehmende Pille aber völlig "harmlos". Aufgrund des langen Zeitraumes, in denen die Mittel wirken, gibt es Probleme mit der richtigen Dosierung. Als ganz "normale Reaktion" infolge dessen kommt es bei allen Mitteln zu schweren Mestruationstörungen, die für die BevölkerungswissenschaftlerInnen den Anlaß zu bieten scheinen, über die "Unnötigkeit der Mestruation" zu diskutieren. Die Menstruation soll am besten gleich ganz abgeschafft werden., damit sie nicht mehr als Indikator für Nebenwirkungen dienen kann.[3] Die hormonellen Langzeitverhütungsmittel sind in den meisten Industrieländern aus medizinischen Gründen nicht zugelassen bzw. werden nur in Notfällen, bei ethnischen Minderheiten, "Asozialen" und Behinderten (zum Teil illegal) angewendet.

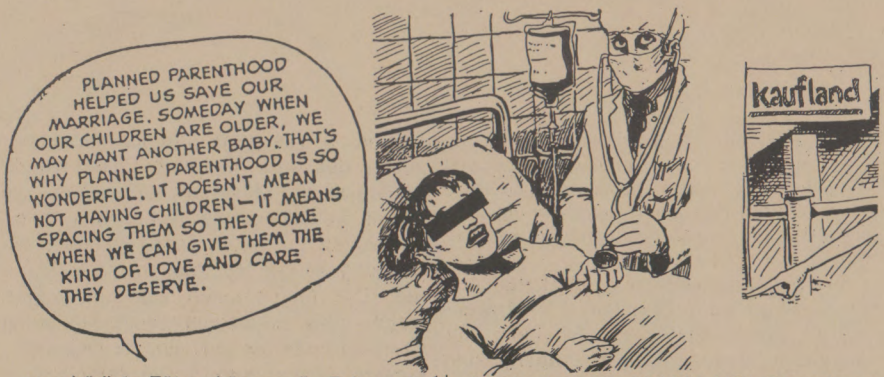
Die bekanntesten langwirkenden hormonellen Verhütungsmittel sind Norplant, Depo Provera und Net-En. Norplant besteht aus Kapseln, die in den Oberarm reinoperiert werden. Diese Kapseln geben dann für einige Jahre empfängnisverhütende Hormone ab.

Norplant wurde im Auftrag des Population Council entwickelt. Vor der Zulassung wurde es Mitte der 70er Jahre an 7.000 Frauen in 14 Ländern (vorallem des Trikonts) getestet. Als Nebenwirkungen waren 1989 schon bekannt: "70% der Frauen haben in den ersten drei Monaten Zyklusstörungen, 38% haben am Anfang mehr als 31 Tage dauernde Blutungen, bis zu einem Drittel der Frauen bekommen Kopfschmerzen, Depressionen und werden nervös, 11% haben chronische Schmerzen im Unterleib, vergrößerte Eileiter und Eierstöcke, Fälle von Eierstockzysten sind bekannt, falls Norplant schwangeren Frauen implantiert wird, schädigt es den Fötus, die Kapseln können zu chronischen Schmerzen im Arm führen; sie geben bis zu zehn Jahre nach der Implantation noch Hormone ab: bleibende Unfruchtbarkeit, oder, falls die Frauen wider schwanger werden,

[1] *RW, S. 250*

[2] *wie z.B. "Spannungsgefühl in den Brüsten, Kopfschmerzen, Gewichtszunahme, Depressionen, erhöhter Blutdruck bis hin zu einer mitunter tödlichen Bildung von Blutgerinseln" (PÖ, S. 38); taz 19.8.94; E.coli-bri Nr. 8, S. 26*

[3] *E.coli-bri Nr. 7, S. 33*



geschädigte Föten, können die Folge sein.[1] Aus Indien, Ecuador und anderen Ländern, in denen Norplant zum Einsatz kommt, mehren sich die Nachrichten, daß sich verzweifelte Frauen die Kapseln selbst wieder herausschneiden, da sie keinen Zugang zu einer Klinik hatten oder sich diese weigerte, das Implantat wieder zu entfernen." Die Implantate Norplant-1 und Norplant-2 müssen nach 3 bzw. 5 Jahren, wenn sie leer sind, wieder herausoperiert werden.[2] Nachdem die US-Umweltbehörde festgestellt hatte, daß der Silikongummi der Norplant-2 Kapseln krebserregend ist, entschloß sich die herstellende Firma, die Produktion einzustellen. Der Population Council, der Testreihen in China, Chile, Indien, der Dominikanischen Republik, Finnland und den USA laufen hatte, hielt es nicht für nötig die Kapseln aus den Oberarmen der Frauen zu entfernen, jedoch sollte in den darauffolgenden Jahre schrittweise die Zusammensetzung des Hüllmaterials verändert werden.

Indonesien ist das Hauptabsatzland für Norplant, die Indonesische Regierung will das Bevölkerungswachstum bis zum Jahre 2035 bzw. bis spätestens 2050 von 1,8% derzeit auf 0% zurückbringen. Dazu will die Regierung jährlich 300.000 Indioneserinnen für Norplant rekrutieren. Schon jetzt haben rund 1,5 Mio Frauen in Indonesien die 6 Silikonkapsel im Oberarm.

In den USA wurde Norplant trotz heftigen Protesten aus der Frauenbewegung 1990 zugelassen, da in den USA verbotene Medikamente nicht exportiert werden dürfen. Jetzt wird Norplant in den USA massenhaft hergestellt. Teilweise auch für den Landes"bedarf": 600.000 USA-Bürgerinnen kauften sich Norplant zum Preis für 600 $ oder - wenn sie arm sind - bekamen es subventioniert. Nach einer Erhebung in unterschiedlichen Kliniken der USA leben 51% bis 90% der Frauen, die sich Norplant haben einpflanzen lassen, mit einem sehr niedrigem Einkommen bzw. selbst unterhalb der Armutsgrenze. Es betrifft also vor allem schwarze und hispanische Frauen. Selbst 12 und 13 jährige Mädchen bekamen in den USA Norplant. Ab Ende 94 sollte Norplant auch in Europa eingeführt werden.[3] Unter den 30 Ländern, in denen Norplant 1988 zugelassen war, befanden sich nur zwei Industrieländer.

Von kurzerer Wirkung als Norplant sind die Monatsspritzen: die 3-Monatsspritze Depo Provera und die 2-Monatsspritze Net-En (von Schering).

Auch bei diesen beiden Mitteln sind vielfältige Nebenwirkungen bekannt: "Blutungsanomalien [... bei] 70% der Frauen; [...] Blutarmut und damit geringere Lebenserwartung; Schwächung des Immunsystems; Gefahr der Unfruchtbarkeit bei Langzeitanwendung; Schädigung von Leber und Nieren; massive Gewichtszunahme, Kopfschmerzen, Depressionen; Gebärmutterschleimhautveränderungen; vermutlich Gebärmutterkrebs; [...] Diabetis." Kinder von Frauen, die Depo Provera benutzt haben, weisen doppelt soviele Fehlbildungen an Arm und Bein und 5 mal soviele Chromosomenschäden auf, wie Kinder von Frauen, die keine hormonellen Verhütungsmittel nehmen. Getestet wurde Net-En in Indien, Thailand, Peru und Bangladesh. Während

[1] *Selbst in den Population Reports, einer wichtigen Zeitschrift der BevölkerungswissenschaftlerInnen, werden als Nebenwirkungen von Norplant folgende Dinge aufgezählt: "Kopfschmerzen, Nervosität, Übelkeit, Schwindelgefühle, Dermatitis, Akne, Veränderungen im Appetit, Haarausfall, Haarwuchs im Gesicht und am Körper, Veränderungen der Brust und Vergrößerung der Follikel" - starke Blutungen, andere schwere Menstruationsstörungen u.ä. beflissentlich verschweigend. Deshalb erachten die Autoren des Population Reports für den Einsatz von Norplant "eine hohe Qualität der Gesundheitsvorsorge" für notwendig. (Frankfurter Rundschau, 18.4.94)*

[2] *E.coli-bri Nr. 8, S. 7 ff*

[3] *Frankfurter Rundschau, 18.4.94 und 1.7.94*

die WHO 1974 noch vor Depo Provera warnte, wird es seit 1982 von der WHO empfohlen und steht seit 1985 in der Essential Drugs List. Über 5 Länder des Trikonts zogen ihre Zulassung von Depo Provera wieder zurück.

Schätzungsweise 10-15 Mio Frauen benutzen weltweit Depo Provera. Upjohn, der Produzent von Depo Provera, gab selbst zu, allein in den Jahren 1971-76 über 4,5 Mio US$ für die Bestechung von Regierungsbeamten zwecks Aufnahme von Depo Provera in staatliche Bevölkerungsprogramme aufgewendet haben.

In Namibia machen die 2- und 3-Monatsspritze 99% der Verhütungsmittel aus. So werden nach der Geburt eines Kindes die Frauen nicht ohne die vorhergende Verabreichung der Spritze entlassen. Manchmal wird sogar eine Überdosis gespritzt, die 6 Monate lang halten soll. In der Schule werden 13 und 14 jährige erst nach der Spritze zum Examen zugelassen; schwarze Hausangestellte werden bei weißen Familien nur angestellt, wenn sie sich spritzen lassen usw.[1]

In Mexiko gehört die 3-Monatsspritze Depo Provera zum am häufigsten angewandten Verhütungsmittel.[2] Aber auch in Groß Britannien wurde Depo Provera an Immigrantinnen ohne deren Zustimmung und Wissen verabreicht. Depo Provera wurde 1978 in den USA als krebserregend verboten. 1981 hob Reagen das Verbot wieder auf, damit die US-AID die Exportlizens erhalten konnte.[3]

1986/87 stellte die WHO Richtlinien zu Versuchen mit hormonellen Verhütungsmitteln auf, die die Entwicklung dieser Mittel wesentlich billiger und unkomplizierte machen sollte. Bei der Erstellung durften Frauengruppen Kritik üben, die aber letztendlich nicht berücksichtigt wurde. In der Einleitung zu den Richtlinien wird erklärt, daß Aktivistinnen aus Frauen- und Verbrauchergruppen aus dem Gesundheitsbereich beteiligt waren. Die neuen Richtlinien besagen, daß bei Versuchen mit hormonellen Verhütungsmitteln der Zeitaufwand und die Intensität von Tierversuchen reduziert werden kann, weil die gewonnen Erkenntnisse nicht auf den Menschen übertragbar wären.[4] Außerdem wird empfohlen, den Schwerpunkt der Forschung auf die "Überwachungsstudien nach der Zulassung" zu verlegen, d.h. die Mittel schon im großen Maßstab zu vertreiben und erst dann zu schauen, wie sie funktionieren. So sparen die Pharmakonzerne eventuell entstehende Haftungskosten und können Mittel nach möglichst kurzer Entwicklungszeit auf den Markt bringen, die sonst gar nicht zur Zulassung gekommen wären. Bei keinem Medikament gegen eine noch so schlimme Krankheit wurden die Kriterien für die Zulassung so stark aufgeweicht wie bei den hormonellen Verhütungsmitteln.

In Indien wurde Net-En an Frauen getestet, die gar nicht wußten, daß sich Net-En noch in der Testphase befand, ihnen wurde nur gesagt, daß das was gegen Schwangerschaften wäre. Die ÄrztInnen in dem Krankhaus waren über die wichtigsten Nebenwirkungen nicht informiert und nicht in der Lage, Kontraindikationen (z.B. Schwangerschaft) festzustellen. Sie rekrutierten nur Bewohnerinnen aus anderen Dörfern, da ihnen die bekannten Nebenwirkungen schon schlimm genug erschienen, und verschwiegen ihnen gegenüber die Gefahren. Die ÄrztInnen kooperierten aus Angst vor Entlassung oder Lohnkürzung.

Versuche mit Norplant liefen in Indien genauso ab. Besonders arme und unterernährte Frauen aus den Slums oder Dörfern wurde für einen geringen Geldbetrag rekrutiert, meist in Unwissenheit über Nebenwirkung, Kontraindikationen und der Tatsache, daß es eine Versuchreihe ist. Die regelmäßigen Blutabnahmen zu Kontrollzwecken taten bei den geschwächten Frauen ihr

---

[1] *E.coli-bri Nr. 6, S. 5f; Nr. 8, S. 29*
[2] *WW*
[3] *RW S. 52; SH S. 84*
[4] *Dafür erhielt die WHO den deutschen Tierschutzpreis über 60.000 DM*

übriges - eine medizinische Begleitung gab es nicht. Wenn eine Frau Probleme mit Norplant bekam, war sie auf den guten Willen der ÄrztInnen angewiesen, die Kapsel wieder herauszuoperieren.
Depo Provera zeigte im Tierversuch eine starke Tumorbildung, sowohl bei den Beagles, die als krebsanfällig gelten, als auch bei den Affen, die für ihre Krebsresistenz bekannt sind. Die Krebsanfälligkeit eines Menschen liegt im Allgemeinen zwischen der des Beagles und der der Affen. Die Tierversuche wurden dann von der WHO als irrelevant erklärt.[1]

Als die IPPF neue Richtlinien zum Einsatz von Verhütungsmitteln im Trikont entwarf, empfahl der US-AID die medizinische Voruntersuchungen, Begleitung und Nachsorge wegzulassen bzw. drastisch einzuschränken, denn das würde nur der massenhaften Verwendung im Wege stehen. Außerdem solle das Wort "Kontraindikation" nicht mehr verwendet werden, da es nur abschrecken würde. IPPF sicherte zu, diese Ratschläge zu beherzigen zu wollen.[2]

Sonstige Verhütungsmittel

Spiralen, die in die Gebärmutter eingesetzt werden, genießen in den Augen der BevölkerungspolitikerInnen auch ein hohes Ansehen, da sie unbegrenzt lange wirken und nur unter ärztlicher Hilfe wieder entfernt werden können. Die Spirale, 1967 an 31.000 Frauen in Chile getestet und in einigen Ländern, wie z.B. Ägypten, kostenlos vergeben, spielt jedoch im Vergleich zu den hormonellen Verhütungsmitteln sowohl in der heutigen Anwendung als auch in der Forschung eher eine untergeordnete Rolle. Ob das an den geringeren Gewinnmöglichkeiten bei der Produktion von Spiralen[3] oder an den im Allgemeinen weniger schlimmen Nebenwirkungen[4] liegt, sei dahingestellt.

Anteil der Paare, die "moderne Verhütungsmittel" (von Pharma- und Chemiekonzernen hergestellte) benutzen:

Entwicklungländer 58% - westliche Länder 75%
südliche Sahara 12%, Nord-Afrika 38%, Südasien 40%, Westasien 43%, Lateinamerika 58%, Japan 58%, USA 74%, Ostasien 79%, China 80%, Norwegen 84%
(Standaard 17.8.94)

1970 waren noch 13 Konzerne mit der Entwicklung von neuen Verhütungsmitteln beschäftigt, 8 davon in der USA. Jetzt sind's nur noch vier: Organon, Schering, Roussel Uclaf (alle aus Europa) und Ortho (USA). 92% der Forschungsgelder werden für Verhütungsmittel, die Frauen zu nehmen haben, ausgegeben. Die Suche nach von Männern zu gebrauchenden Mittel spielt nur eine marginale Rolle.

Richtig intensiv wird momentan an vier verschiedenen Spiralmodellen, sieben Implantaten (ähnlich Norplant, aber auch solchen, die sich selbst in der Haut auflösen), sechs Impfstoffen und 6 Sterilisationtechniken für Frauen geforscht. Vieles davon sind nur alte Sachen, die leicht verändert unter neuen Namen auf den Markt kommen sollen. Daneben laufen am Rande auch einige Studien (der WHO und anderer Instutionen) nach Injektionen und Implantaten für Männer. Opfer dieser Forschung sind aber wieder vorallem die Frauen, die die Kinder kriegen - so lange nämlich diese Mittel nicht funktionieren, was in der Anfangsphase eigentlich immer der Fall ist.[5]

Seit fielen Jahren gibt es im Grunde genommen keine Kondomforschung (nur 2% der Verhütungsmittelforschung) mehr. Dabei wäre dies gerade für die Menschen des Trikonts wichtig, denn die Kondome - als unbedenklichstes Verhütungsmittel - sind den Bedingungen der industrialisierten Ländern des Nordens angepaßt. Gebraucht werden z.B. Kondome, die beständiger gegen Hitze und Feuchtigkeit

[1] *E.coli-bri Nr. 8, S. 13-22 und S. 38*
[2] *FO, S. 11*
[3] *Die geringe Verbreitung der Spirale erklärt der US-Außenminister Timothy E. Wirth, IPPF-Mitglied, mit den geringen Verdienstmöglichkeiten für die Pharmaindustrie. Allein in China mit einer "sozialistischen" Wirtschaftsordnung gibt es 60-70 Mio AnwenderInnen. (PÖ, S. 36 ff)*
[4] *Es wurden auch hormonabegebende Spiralen entwickelt. An einer mit dem Namen "Dalkon Shield" starben 14 Frauen in den USA und 14.000 erhielten Schmerzensgeld. Die Anwenderinnen dieser Spirale im Trikont erfuhren nie, durch was sie gefährdet waren und daß sie Schadensersatz fordern konnten (SH, S. 80)*
[5] *Frankfurter Rundschau, 20.8.94; taz, 1.8.94*

sind und sich länger lagern lassen. Das interessiert aber keinen Pharmakonzern: damit läßt sich kein Geld verdienen, weil sie so billig sind und es keine finanzielle Unterstützung durch die bevölkerungspolitischen Organisationen, die Kondome verachten, gibt.[1,2]

Viele Menschen des Trikonts können mit den kostenlos verteilten Verhütungsmitteln des Westens nichts im eigentlichen Sinne anfangen, wiesen ihnen aber neue Bestimmungen zu: bunte Fahrradschläuche, geflickt mit Hilfe von Kondomen, zieren das Straßenbild in Bangladesh, in Indien werden aus den Pillen Ketten und andere Dekorationen gebastelt, in wiederum anderen Ländern, haben die Menschen entdeckt, daß die Hormone der Pillen auch auf Tiere wirken und verfüttern sie z.B. an die Hühner, die dann schneller wachsen.[3]

Sexuelle Abstinenz während der fruchtbaren Tage wird als bevölkerungspolitische Methode nur von einigen katholischen Organisationen propagiert - als einzig zulässige Verhütung. Damit schrecken sie die Menschen ab, die diese natürliche Methode anwenden, aber bei Bedarf während der fruchtbaren Tage ein Kondom benutzen wollen. Die anderen Bevölkerungsorganisationen geben natürlich kein Geld für die Propagierung und Entwicklung dieser Methode aus, weil sie - nach einigen Versuchen in den 70er Jahren - als unzuverlässig gilt und kostenlos ist. Nur noch in 6 Ländern des Trikonts wissen mehr als 5% der verheirateten Frauen die Methode von Billings (die in Polen und Irland weitverbreitet ist) zu benutzen.[4]

Abtreibung

Abtreibung sind in vielen Ländern offiziell "nur" ein Mittel der qualitativen Bevölkerungspolitik, denn in 78% aller Länder ist die Abtreibung (als freie Entscheidung der Frau) illegal. Jedoch ist in 92% der Länder Abtreibung unter eugenischen, medizinischen u.ä. Bedingungen erlaubt.[5]

Allein in China kommt es im Rahmen der offiziellen Bevölkerungspolitik zu 60 Mio. Zwangsabtreibungen pro Jahr, immerhin werden noch 8 Mio Kinder, vorallem Mädchen, illegal geboren, d.h. haben nie eine Chance auf medizinische Versorgung, Schulbildung usw. Durch vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung und sich anschließender geschlechtsselektiver Abtreibung kommen mittlerweile in China auf 100 neugeborenen Mädchen 114 bis 118 Jungen.[6]

Ähnlich verhält es sich in Indien: auf 100 Frauen kommen 108 Männer (bei der Kaste Bhatis im Staat Rajasthan sind es sogar 100 zu 182 !). Seit dem Sommer 1994 sind in Indien zwar die Abtreibungen nach vorhergehender Geschlechtsbestimmung verboten, was an der allgemeinen Situation nicht viel verändert hat: das neue, natürlich notwendige Gesetz treibt die Frauen in die Illegalität und läßt die Männer unbestraft, die mit aller Macht auf einen Sohn als Erbnachfolger bestehen. Mal ganz abgesehen

---

1 *RW, S. 256*

2 *Selbst im Zeitalter von AIDS sind Kondome bei den BevölkerungspolitikerInnen verpönt. So wurde in Europa eine Anti-AIDS-vaginal-Creme entwickelt, die dann im Rahmen eines WHO-Testprogrammes an Prostituierten in Nairobi (Kenia) ausprobiert wurde. Viele Frauen starben daraufhin an AIDS, da das Mittel die Schleimhaut zerstörte und somit das Eindringen des Virus in die Blutbahn beförderte. Später ging mann dazu über, mit einer kleineren Dosis in Kamerun und Thailand zu testen. Als Vorzug des Mittels wird ausdrücklich betont, daß es funktioniert, "ohne daß der Mann was merkt". (WE S.15)*

3 *Frankfurter Rundschau, 30.5.94*

4 *RW, S. 256*

5 *Stellungnahme der niederländischen NGO's zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo*

6 *ÜP, S.17; BE, S.6ff*

Auf diesem Plakat einer Frauenorganisation im Bundesstaat Tamil Nada wird die Bestrafung der Abtreibung weiblicher Föten gefordert: Für Frauen beginnt der Überlebenskampf im Mutterleib.

davon, daß auch schon vor 1994 die meisten Abtreibungen illegal stattfanden, da die Frauen das nötige Geld nicht auftreiben konnten.[1]

In den Ländern, in denen die Abtreibung verboten bzw. eingeschränkt ist, spielen Abtreibungen trotzdem eine große Rolle bei der nichtoffiziellen Bevölkerungs"regulierung". Nach Angaben von unicef sind 1/3 aller Schwangerschaften weltweit weder geplant noch gewünscht. So sterben laut UNO jährlich 500.000 Frauen an den Folgen einer unsicheren, weil illegalen Abtreibung. Gerade in den katholischen Ländern Lateinamerikas, in denen sowohl die Verwendung von Verhütungsmitteln aus religiösen Gründen untersagt und Abtreibungen gesetzlich verboten sind, kommt es zu besonders vielen Fällen von Abtreibungen und einen hohen Prozentsatz an Unglücken - illegale Abtreibung ist die häufigste Todesursache bei jungen lateinamerikanischen Frauen.[2]

In der Zeit, in der in Brasilien 10 Kinder das Lebenslicht erblicken, werden 8 Abtreibungen durchgeführt. Jährlich landen 300.000 Frauen nach einem Fehlschlag im Krankenhaus. In Chile sind es 6 Abtreibungen auf 10 Geburten, in den meisten anderen Ländern ca. 4 Abtreibungen. 10%-40% der Frauen benötigen eine Nachbehandlung.[3]

Die Erfahrungen aus den Ländern mit einer liberalen Gesetzgebung zeigen, daß sowohl die Gesamtzahl der Abtreibungen als natürlich auch die der illegalen deutlich sinkt, wenn Abtreibungen erlaubt sind. Die vielen Todesfälle bei Schwangerschaft, Geburt bzw. Abtreibung (im Trikont 1: 20, Tendenz seit 1987 steigend, in der "1. Welt": 1:10.000) gehen eindeutig auf das Konto der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die für Armut und Krankheiten sorgt, der bevölkerungspolitischen Programme, die fast nur unbrauchbare Verhütungsmittel anbieten bzw. aufzwingen und der (katholischen) Kirche, die die Verwendung von Verhütungsmitteln verbietet und die das Wissen um traditionelle Mittel ausgelöscht hat.

Die "Feminisierung" der Bevölkerungspolitik

> ***"Da alte Entvölkerungsprogramme oft nicht den gewünschten Erfolg zeigten, knüpfen heutige Programme stärker an die Bedürfnisse der Frauen nach selbständiger, unschädlicher Regulierung ihrer Fruchtbarkeit/Verhütung an; dieses Bedürfnis - durch die umfassende Vernichtung des Wissens über traditionelle Mittel als Abhängigkeit erst geschaffen - wird als Einfallstor zur Durchsetzung der Bevölkerungsdezimierung genutzt"***
> ***(Rote Zora: "Mili's Tanz auf dem Eis", Dezember 1993, S.16)***

In den Diskussionen zu Kairo wurde oft vom neuen, frauenfreundlichen Ansatz der Bevölkerungspolitik gesprochen: keine Zwangsmittel gegen die Bevölkerung des Trikonts kommen mehr zum Einsatz, sondern Anwendung findet ein Hilfsprogramm, welches die mehrdimensionalen Abhängigkeiten der Bevölkerungsgröße berücksichtigt und dementsprechend die Position der Frauen zu verbessern versucht, mehr Gesundheit und wirtschaftliche Sicherheit bringt und die freie Entscheidung bei der Kinderzahl und Verhütungsmittelwahl in den Vordergrund stellt. Dieser Ansatz ist aber weder so neu, wie immer suggeriert wurde, noch ist er frauenfreundlich.

Die Menschen des Trikonts verhielten sich trotz der kostenlos verteilten Pillen und der erzwungenen Sterilisationen nicht so, wie die Berechnungsmodelle im Computer - in einigen Ländern stiegen sogar die Wachstumszahlen der Bevölkerung parallel zu Intensivierung der bevölkerungspolitischen Programme. Nachdem die BevölkerungwissenschaftlerInnen also intern ihr Scheitern eingestehen mußten und einige ihrer Praktiken auf so massiven Widerstand im Trikont stießen, daß sie auch in die kritische Öffentlichkeit des

---

[1] *taz, 11.8.94; Frankfurter Rundschau, 1.9.94; RW S. 47*
[2] *Frankfurter Rundschau, 9.7.94; ST, S. 57; Konfrontatie, sept. 1994, S. 19ff (zitiert als KO)*
[3] *taz, 2.9.94; Neues Deutschland, 2.9.94*

Nordens gerieten, wurde ihnen klar, daß es so nicht weitergehen konnte.

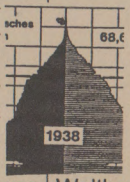
Das ICDDR, B in Bangladesh, ein internationales Institut zur Erforschung von Durchfallkrankeiten (ursprünglich gegründet zur medizinischen Betreuung der US-Soldaten im Vietnamkrieg, eventuell auch zur Entwicklung von B-Waffen) führte in den Jahren 1975-83 einen bevölkerungspolitischen Großversuch durch. Herausgefunden werden sollte, wieviel Gesundheit notwendig ist, damit Bevölkerungsmaßnahmen optimal greifen. Das Untersuchungsgebiet wurde in verschiedene Zonen eingeteilt, in denen mensch unterschiedliche medizinische Versorgungsstandards schuf. In der Zone I verteilten die InstitutsmitarbeiterInnen nur Verhütungsmitteln. In der Zone II leisteten sie medizinische Hilfe bei auftretenden Nebenwirkungen der ausgeteilten Mittel, in Zone III gab es zusätzlich geringe Hilfe bei leichten Erkrankungen, in Zone IV wurde die Bevölkerung extra noch geimpft und Risikoschwangerschaften betreut. Die Zone V bedeutete eine intensive Betreung von Mutter und Kind. Das Ergebnis des 8jährigen Versuches: nach der Kosten-Nutzen-Analysen stellte sich die in Zone III praktizierte Variante als die optimalste heraus, da in den Zonen IV und V, trotz erheblich höherer Kosten, keine wesentliche zusätzliche Geburtensenkung festgestellt werden konnte. Zone I und II wiesen dagegen keine ausreichende Geburtensenkung auf.[1]

Auch die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit - einzige staatliche Entwicklungshilfeorganisation der BRD) hatte den "frauenfreundlichen Ansatz" schon frühzeitig entdeckt: so wird in einem GTZ-Bericht von 1982 ausgeführt, wie sie zur Geburtensenkung Frauenförderungsprojekte und eine Gesundheitsversorgung installierten, weil die direkten bevölkerungspolitischen Maßnahmen auf zu viel Ablehnung stießen.[2]

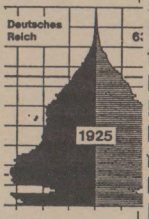
Schon seit Jahrzehnten ist der Bevölkerungswissenschaft bekannt, daß das Modell "mehr langwirkende Verhütungsmittel, notfalls unter Zwang = weniger Kinder" nicht funktioniert. Daß trotzdem in vielen Ländern so lange daran festgehalten wurde, liegt wohl in dem dogmatischen Glauben der BevölkerungspolitikerInnen an ihre alten Konzepte, an fehlendem Geld und autoritären Regierungen in den jeweiligen Ländern. In den letzten Jahren aber ist das pseudo-wissenschaftliche Gerede von der allumfassenden Vernetzung und den gegenseitigen Abhängigkeiten modern geworden und hat Einzug in Alltagsdenken und populistische Politik gefunden. Anstatt das die BevölkerungswissenschaftlerInnen jetzt kritisch aufarbeiten, was sie den Menschen des Trikonts angetan haben, sich dafür entschuldigen und versprechen, für alle Zukunft ihre Finger von dieser Arbeit zu lassen, wird jetzt lapidar gemeldet, daß sich "gewisse Methoden von früher als unwirksam herausgestellt haben", und tun so, als gäbe es sie - die gewissen Methoden, über die bezeichnenderweise keine weiteren Details zu erfahren sind - heute nicht mehr. Dabei tauchten die feministischen Bevölkerungskonzepte das erste Mal vor über 20 Jahre auf - seitdem hat sich die Sprache der

[1] *GE, S. 24 ff*
[2] *E.coli-bri Nr. 1, S. 17*

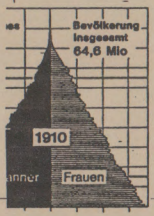
bevölkerungspolitischen Propaganda deutlich geändert, die diversen Organisationen gründeten ihre feministischen Abteilungen, in denen die Frauen einige Vorzeigeprojekte starten konnten. Und Stiftungen verteilten ihren Geldsegen immer öfter über feministische oder Frauenprojekte. Die UNFPA finanziert Seminare von feministischen Gruppen (z.B. in Nikaragua[1]) mit der einzigen Vorgabe, doch mal über Bevölkerungspolitik zu diskutieren. An der allgemeinen Praxis der Bevölkerungskontrolle im Trikont hat sich seitdem aber kaum etwas geändert - Gewalt, Zwang, monokausale Erklärungsmodelle, gesundheitsschädigende Verhütungsmittel und ein Abbau der sozialen & medizinischen Versorgung sind an der Tagesordnung.



Diese Entwicklung nur als geschickte Strategie der Entvölkerungslobby zu beschreiben wäre zu einseitig. Tatsächlich ist sie auch ein "Erfolg" von feministischen Kämpfen, die den Gang durch die Institutionen anstreben - auch gegen den anfänglichen Willen einiger Organisationen. Ohne diese von Frauen eingeforderte Einflußnahme auf die Bevölkerungspolitik wäre sicher vieles noch extremer gelaufen.[2] Nicht vergessen werden darf jedoch, daß jede auch noch so kritische Mitarbeit an einer Sache das Ziel (in diesem Fall Bevölkerungskontrolle) legitimiert.



In Kairo repräsentierte vorallem das Papier "Frauenstimmen" ("Women's Voices") die vermeintlich neue Position einer feminisierten Bevölkerungspolitik. Unterschrieben wurde es von über 100 Gruppen und Organisationen aller Kontinente. An der Erstellung war die International Womens Health Coalition (IWHC - Internationale Frauengesundheitskoalition) mit Sitz in Washington federführend beteiligt. Diese Organisation wurde 1980 vom Population Crisis Committee gegründet. "Das Population Crisis Committee gehört zu den Lobbyorganisationen in Washington, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, Druck auf PolitikerInnen auszuüben, damit diese Gelder für bevölkerungspolitische Zwecke bewilligen [...] Dirketor ist Joseph Speidel, der zuvor lange Zeit bei der US-AID gearbeitet hat." Die Präsidentinnen vom IWHC Joan Dunlop (Ford Foundation und Beraterin von Rockefeller zu Zeiten der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974) und Adrienne Germain (lange Zeit bei Ford Foundation tätig) sind schon lange mit Bevölkerungspolitik beschäftigt. Die großen bevölkerungspolitischen Organisationen haben es in den letzten Jahren erfolgreich geschafft, viele ehemalige Feministinnen, die früher die Bevölkerungkontrollprogramme als sexistisch und imperialistisch abwiesen, heute in ihre Arbeit zu integrieren. Die vehemten Widersacherinnen von damals, wollen jetzt die Bevölkerungspolitik feminisieren und profitieren von Forschungsgeldern und gutbezahlten Stellen in den bevölkerungspolitischen Organisationen, die extra Arbeitsgruppen eingerichtet haben, die sich mit angeblich feministischen Angelegenheiten beschäftigen. Joan Dunlop vom IWHC gibt als Begründung für diese Entwicklung an, daß die Verbesserung der Situation der Frauen im Trikont nur über den Umweg "feminisierte Bevölkerungspolitik" erreicht werden kann, da ja irgendwo das Geld für die staatlich verordnetete Emanzipation herkommen muß. Und da über Bevölkerungspolitik viel Geld abzuschöpfen sei, wäre es doch 'ne gute Sache, jene für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Daß hier wohl eher die BevölkerungspolitikerInnen eine sich langsam



[1] *MM, S. 231*

[2] *So schätzt eine Mitarbeiterin des Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering - FINRRAGE die Arbeit von Feministinnen auf der dritten Vorbereitungskonferenz vor Kairo als sehr erfolgreich ein. Die meisten feministischen Formulierung und Inhalte wurden - nach langen Diskussionen und intensiver Lobby-Arbeit - übernommen. Bis der Papst kam - und alles zunichte machte... (siehe iz3w Nr. 198, S. 16-18)*

institutionalisierende und vorallem weiße Frauenbewegung, die sich noch nie so tiefgründig mit dem Los der Frauen im Trikont auseinandergesetzt hat, für sich instrumentalisieren, wird dabei übersehen.[1]

Kein Wunder, daß die Forderung der "Frauenstimmen" ziemlich reformistisch daherkommen: 50% aller Entscheidungspositionen in der "Familienplanungspolitik" sollen mit Frauen besetzt werden, desweiteren sollen Frauen in allen Lebensbereichen bekräftigt und ermutigt werden (empowerment) und die Gewährleistung der reproduktiven Gesundheit hat Vorrang vor der Erfüllung demographische Planziele. Bevölkerungspolitik als solche wird aber nicht kritisiert, sondern die vierfache Erhöhung der finanziellen Ressourcen für bevölkerungspolitische Zwecke gefordert. Außerdem wird das Recht der Frauen auf selbstbestimmte Fortpflanzung, reproduktiver Gesundheit und Verbesserungen in allen Lebensbereichen mit Bevölkerungspolitik verknüpft, als Rahmenbedingung für bevölkerungspolitische Maßnahmen bezeichnet, obwohl das zwei grundverschiedene Dinge sind. So ist auch die Forderung nach separaten "reproductive and sexual health services" anstelle nach einer allumfassenden Gesundheitsversorgung nicht verwunderlich. "Frauenstimmen" stieß bei den bevölkerungspolitischen Organisationen (UNFPA und USAID) auf so viel Gegenliebe, daß sie Frauen im Trikont (vorallem jene, die in geldabhängigen Projekten arbeiten) aufforderten, das Papier ebenfalls zu unterschreiben![2]

Als Gegenpostition zur Feminisierung der Bevölkerungspolitik nahmen 61 Frauen aus 24 Ländern auf einem Symposium in Comilla, Bangladesh im Dezember 1993 Stellung. Sie verabschiedeten die mehrseitige Declaration of People's Perspectives on "Population":

"Wir lehnen Bevölkerungspolitik ab.

- Bevölkerungspolitk hat zum Ziel, über die Körper, die Fruchtbarkeit und das Leben von Frauen zu bestimmen, denn bisher sind es immer noch Frauen, die Kinder bekommen.
- Bevölkerungspolitik ist rassistisch und eugenisch und bedeutet Selektion: Sie spricht den einen das Recht auf Überleben zu, während sie es gleichzeitig allen anderen Menschen abspricht: indigenen Menschen, behinderten Menschen und Schwarzen. Sie hat das Ziel, die Armen abzuschaffen, nicht die Armut.
- Bevölkerungspolitik vertritt die Interessen der privilegierten Schichten, die im Norden wie im Süden ihren verschwenderischen Lebensstil verteidigen.
- Es kann keine feministische Bevölkerungspolitik geben, denn das würde allen Positionen von Frauenbefreiung widersprechen und ihre Grundsätze verletzen.[...] Seit einiger Zeit benutzen die Bevölkerungskontroll-Organisationen Begriffe/die Sprache der Frauenbewegung, um so Frauen für sich zu gewinnen und damit ihren Programmen eine größere Legitimation zu verschaffen. Obwohl diese Vereinnahmung spaltend unter den Frauen wirkt und Zusammenhänge verwirrt bzw. Argumentationsebenen zusammengebracht werden, die nicht zusammengehören, widersetzen sich viele Frauen auf der Welt dieser Strategie.

[...]

Die Bedürfnisse der Frauen nach Nahrung, Bildung, Gesundheit und Teilnahme am sozialen und politischen Leben, sowie nach einem Leben frei von Unterdrückung und

[1] *E.coli-bri Nr. 9, S. 10, vgl. auch iz3w Nr. 198, S. 19-21*
[2] *Frankfurter Rundschau, 20.8.94; E.coli-bri Nr. 9, S.24; iz3w Nr. 198, S. 21*

Gewalt haben mit Bevölkerungspolitik nichts zu tun. Selbst dann nicht, wenn die bevölkerungspolitischen Programme humanitäre und frauenfreundliche Ziele vorgeben. Frauen müssen Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln und legalen Abtreibungsmöglichkeiten haben. Diese Bedürfnisse können erst dann erfüllt sein, wenn alle Menschen in Würde leben können und respektiert werden. Wir fordern: Schluß mit der Ausbeutung von Menschen und Erde.
Aus all diesen Gründen betonen wir noch einmal: Wir lehnen jegliche Form der Bevölkerungspolitik ab. Es kann auch keine feministische Bevölkerungspolitik geben. Wir lassen uns nicht dazu benutzen, eine frauenfeindliche, armenfeindliche, naturfeindliche Politik zu legitimieren. Menschen sind keine »Bevölkerung«. Bevölkerungskontrolle NEIN."

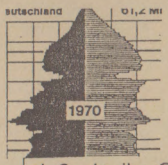
Die schweizerische Frauengruppe Antigena verfaßte ebenfalls eine Kritik zu den "Frauenstimmen". Nach eigenen Angaben getrauten sich viele Frauengruppen nicht, dieses Papier zu unterschreiben, da sie finanziell von staatlichen Stellen oder bevölkerungspolitischen Organisationen abhängig sind. Antigena führt die Spaltung der Frauenbewegung auf dem Umstand zurück, das Teile von ihr aus einer antiimperialistischen Haltung heraus schon immer prinzipiell gegen Bevölkerungspolitik protestiert haben, andere aufgrund ihrer humanistischen Gesinnung nur gegen die Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung einer ansonsten unhinterfragten Bevölkerungspolitik. Der gemeinsame Widerstand muß zwangsläufig in dem Moment auseinanderbrechen, wo die bevölkerungspolitische Propaganda verspricht, endlich auf die Bedürfnisse der Frauen einzugehen.[1]

Neben den "frauenfreundlichen" bevölkerungspolitischen Schlagworten "empowerment" der Frauen, "reproductive and sexual health" und "reproductive choice" war "unmet need" in aller Munde - d.h. der ungedeckte Bedarf an Verhütungsmitteln. Jährlich werden nach WHO-Angaben 140 Mio Frauen im Trikont ungewollt schwanger und 300 Mio Paare weltweit haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln, also kann es nur ehrenwert sein, diesen Bedarf mit Hilfe bevölkerungspolitischer Gelder zu decken. Natürlich hat jeder Mensch ein Recht auf Verhütung, doch eine von demographischen Planzielen beeinflußte Deckung des "unmet need" wird weder das Recht auf die freie Wahl der Verhütungsmittel berücksichtigen, noch um eine umfassende Beratung und gesundheitliche Betreuung bemüht sein, sondern gerade jene krankmachenden und langwirkenden Verhütungsmittel verteilen, die für die BevölkerungspolitikerInnen den geringsten Aufwand und die größte Sicherheit versprechen. Außerdem läßt dieses neue Erfolgsrezept wieder völlig unberücksichtigt,

- daß zwar viele der Schwangerschaften unerwünscht sind, da die Frauen wirklich weniger Kinder haben wollen, gleichzeitig aber doch 2 oder 3 Jungen, was letzendlich wieder auf eine Kinderzahl von durchschnittlich 4 bis 6 hinausläuft
- daß viele Männer ihren Frauen verbieten, Verhütungsmittel zu verwenden, da sie an mehr Kindern interessiert sind
- daß in einigen Ländern des Trikonts schon mehr Verhütungsmittel verwendet werden, als z.B. in Japan und trotzdem die Geburtenrate höher ist, was wohl damit zusammenhängt, daß die ermittelten Zahlen des "unmet need" doch nicht überall

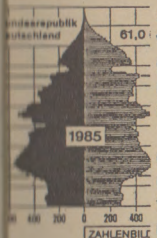
PLAKAT AN EINEM KRANKENHAUS IN NEW DEHLI. Warte mit der Geburt des ersten Kindes, verzögere die zweite Geburt, verhindere die dritte.

[1] *E.coli-bri Nr. 9, S.13ff und S. 25*



stimmen (Selbst in Europa vollzog sich die demographische Wende völlig ohne moderne Verhütungsmittel.)[1]

- daß am Anfang der Bevölkerungspolitik schon mal das kostenlose und völlig erfolglose Verteilen von Pillen, Kondomen und Spiralen gestanden hat. Erfahrungen aus dieser Zeit besagen, daß zwar viele Menschen, die selbst keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben, diese zwar prinzipiell begrüßen (und sich sogar teilweise wünschen), sie dann aber nicht verwenden, wenn sie eingeführt werden. Deshalb ging es schon damals in all den "unmet need"-Studien der 70er Jahre eher um Bedarfsweckungsstudien.[2]



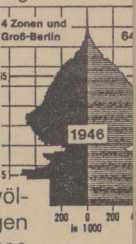
- daß die Tabuisierung der Sexualität, die Macht der Männer über die Frauen, ungeeignete und ungesunde Verhütungsmittel und fehlende Informationen noch lange einer Bedarfsdeckung im Wege stehen werden, so

- daß fraglich erscheint, warum gerade im Trikont vorrangig der Bedarf nach Verhütungsmitteln gedeckt werden soll, wo es doch einen viel dringerenden Bedarf nach vielen anderen Dingen gibt (zumal das Geld für Bevölkerungspolitik von entwicklungspolitischen Mitteln abgezwackt wird).

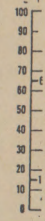
Für den "Unmet need" bedarf es also mehr als nur die einfache, technokratische Lösung des flächendeckenden Verteilens irgendwelcher Mittel - eine Kopplung an demographische Ziele ist falsch.

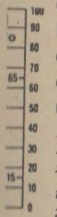
Betsy Hartmann beschreibt in ihrem Buch "Reproductive Rights and Wrongs" den Mißerfolg eines Frauenförderungsprojektes in Bangladesch. Die Frauen bekamen über ein installiertes Projekt Arbeit, mit der sie ein eigenes Einkommen erwirtschaften sollten, um letztendlich weniger Kinder zu kriegen (denn merke: je reicher, desto weniger Kinder). Doch erstens wurde nur für den Weltmarkt produziert, d.h. die Frauen hatten nur solange Arbeit, wie das Projekt von außen unterstützt wurde, der Vertrieb abgesichert war, Arbeitsmittel und -material herangeschafft. Frauen, die so arm waren, daß von ihnen angenommen wurde, daß sie ihr Geld nicht sparen können (= Indikator für die Fruchtbarkeit), durften an dem Projekt nicht teilnehmen. Ein Frau sagte treffend: "Wozu lernen wir Gemüse anbauen, wenn wir kein Land haben?"[3]

An dem Beispiel wird schon deutlich, daß die Gleichung "Mehr Rechte, Bildung, Einkommen für Frauen = weniger Kinder" impliziert, daß gegen unterdrückte, arme oder ungebildete Frauen auch in Zukunft bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen legitimiert sein werden. Gleichzeitig ist eine eventuell eintretende Verbesserung der Situation der Frauen (sprich: etwas mehr Einkommen und Bildung), wenn sie von bevölkerungspolitischen Zielen abhängig gemacht wird, genauso wenig zu bejubeln, wie die Tatsache, daß jetzt wegen AIDS vielleicht mehr Männer Kondome benutzen, d.h. vermeintlich mehr Verantwortung für die Verhütung übernehmen. Denn beides ändert nichts an der tatsächlichen Unterdrükkung und kann sofort wieder wegfallen, wenn sich das Problem gelöst hat (Bevölkerung niedrig genug bzw. Mittel gegen AIDS gefunden) bzw. neue Erkenntnisse gewonnen wurden (z.B. daß bei Frauen im Trikont ab eines gewissen Einkommens die Kinderanzahl wieder steigt bzw. ein genauso einfach zu benutzendes Kondom für Frauen).



Im Zuge der Diskussion um eine feminisierte Bevölkerungspolitik entstanden merkwürdige Allianzen zwischen ansonsten frauenfeindlichen PolitikerInnen und Teilen der bürgerlichen Frauenbewegung, die beide in den unzivilisierten Ländern des Trikonts die brutale und grausame Unterdrückung der Frauen entdeckt haben und das auf religiöse oder gar rassistische Gründe schieben. So geht die Bestimmung des neuen Feindbildes Islam einher mit der Verbreitung von Schreckensmeldungen über die





---

[1] *Frankfurter Rundschau, 20.8.94*

[2] *So sinniert der ehemalige Finanzminster (1982-88) von Pakistan, Mahub ul Haq im UNEP-Heft "Our Planet" über sein mißlungenes Entvölkerungsprogramm: überall gab's Kondome, unbegrenzte Finanzmittel standen ihm zur Verfügung plus die 25 Mio US$ vom US-AID. Doch die Bevölkerungswachstumrate stieg in dieser Zeit von 3 auf 3,1%. Jetzt schwört er auf Bildung und Gesundheit für Frauen. Siehe auch: E.coli-bri Nr. 9, S. 3-11*

[3] *RW, S. 130ff*

Frauenfeindlichkeit der Moslems, vorallem in konservativen Medien, die sich noch nie groß für außereuropäische Länder, geschweige denn den dort lebenden Frauen interessiert haben. Zu dem Gezeter westlicher FundamentalistInnen, die Unterdrückung der Frau in den arabischen Ländern sei eine Folge des frauenfeindlichen Islam, schreibt Nawal el Saadawi in ihrem Buch "Tschador. Frauen im Islam":

"Die Normen und Werte der Religion selbst sind im Laufe der Geschichte stets durch die Ökonomie geformt worden. (...) Obwohl sich in der Geschichte immer wieder erwiesen hat, daß die unterpriviligierte Stellung und die Unterdrückung der Frauen als Resultat der sozio-ökonomischen Systeme gelten muß, findet sich auch heute noch bei vielen Autoren die Behauptung, die wirkliche Ursache sei in der Religion zu finden. Dies gilt vorallem für Arbeiten aus der westlichen Welt (...) Vielleicht ist aber auch die Bewertung des Islams, seiner Lehren und seiner Systeme von Vorurteilen gepägt oder es handelt sich gar um Versuche, die Wahrheit über die Verhältnisse zu verschweigen und die wirtschaftlichen Interessen bestimmter herrschender Schichten zu verschleiern, die den Kräften des Neokolonialismus eng verbunden sind.(...) Jede ernsthafte religionsvergleichende Studie wird zu dem eindeutigen Ergebnis kommen, daß der Islam, an seinen wesentlichen Grundlagen gemessen, der Frau keine andere Stellung zuweist, als auch die jüdische und christliche Religion. (...) Bevor die grundlegenden Ursachen der Unterdrükkung und die Umstände, die sie begünstigen, nicht aufgehoben sind, bleibt die Emanzipation der arabischen Frauen unerreichbar."[1]

Für viele Länder des Trikonts war das Patriarchat in der jetzigen Form ein Exportprodukt der europäischen Kolonialländer. In fast allen Ländern waren zwar davor patriarchale Strukturen vorherrschend, doch katholische Missionierung, Ausbeutung & Verarmung und die europäische Spielart des Patriarchats verschärften das Ganze bzw. zerstörten in einigen Kulturen bestehende matriarchale Formen der Sozialisation.

Weltbevölkerungskonferenz in Kairo

Vom 5.-13. September fand in Kairo, Ägypten, mit 15.000 TeilnehmerInnen aus 182 Ländern die dritte Weltbevölkerungskonferenz der UNO statt, die ihrem offziellem Namen "Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung" nicht gerecht wurde, da es fast ausschließlich um das "Bevölkerungsproblem" ging und nicht um Fragen der Entwicklung. Die BevölkerungspolitikerInnen, aber vorallem die -wissenschaftlerInnen halten regelmäßig ihre Spezialkongresse ab. Diese UN-Tagungen sind nur Show, um das Problem in das öffentliche Bewußtsein zu heben und besonders um diesmal Propaganda für die sanften, "feministischen" Methoden zu machen. Die Drecksarbeit findet dann hinter verschlossenen Türen, bei kleineren Arbeitstreffen statt.[2] So wurden z.B. auch alle wichtigen Papiere der Konferenz schon im Vorfeld geschrieben. In der Zeit vom März 1991 bis zum April 1994 fanden drei Vorbereitungskonferenzen (prepcom) in New York, 6 ExpertInnenkonferenzen, 5 regionale und unzählige subregionale Treffen statt. 172 der 189 anwesenden Länderdelegationen stimmten dem vorbereiteten Schlußdokument auf der letzten prepcom, 4.-22.4.94 zu, alle strittigen Teile wurden in Klammern gesetzt, um über sie dann auf der eigentlichen Konferenz zu entscheiden. Das betraf 208 Passagen des 116-seitigen Dokumentes, davon 90 über Verhütung und 8 über Abtreibung, sowie "feministische" Abschnitte.[3]

Die Generalsekretärin der Konferenz war Nafis Sadik von der UNFPA, der zu Gute gehalten wurde, daß sie als Frau für die Trendwende hin zu einer liberalen und

---

[1] *TS S. 31-33*

[2] *So dürften auf der Frühjahrstagung des IWF 1994 mehr Entscheidung zum Thema Bevölkerungspolitik gefallen sein, die dann Auswirkungen auf die Menschen im Trikont haben, als in Kairo. Ein beherrschendes Thema der IWF-Tagung, deren Ergebnisse im Gegensatz zu Kairo sofort umgesetzt werden, war das Bevölkerungswachstum - am Ende wurde verstärkte Familienplanung gefordert. (Frankfurter Rundschau 28.4.94); taz, 5.7.94*

[3] *taz, 3.9.94; Frankfurter Rundschau, 2.9.94; Wochenpost 8.9.94*

feminisierten Bevölkerungspolitik stehen würde. Doch ihre Biographie läßt eher das Gegenteil vermuten: Tochter eines ehemaligen Finanzministers Pakistans, Ärztin und "Familienplanerin", verheiratet mit einem Offizier. Sadik behauptet dann auch frech:

"Ich kenne keine Länder, die ihre Familienplanung mit Zwangsmaßnahmen betreiben. [...] Ich sehe nicht, daß in der Entwicklungszusammenarbeit Bedingungen zu 'Bevölkerungskontrolle' gestellt werden, sei es bei der Weltbank, sei es bei bilateralen Geldern." Neben dem Lügen beherrscht sie auch das sich Rausreden:

Der WHO-Mitarbeiters Maurice King meinte, daß, wenn die Geburtenbrate nicht sinkt, mensch eben darauf verzichten müßte, die Kindersterblichkeit zu verringern. Sadik schätzte diese Aussage als hilfreich ein, weil: "Er macht damit auf die großen Probleme des Bevölkerungswachstums aufmerksam." Sie will sich keineswegs von ihm distanzieren, weil alles ja nur als Provokation gemeint war, ernsthaft würde ja niemand so denken.[1]

Die Länder Libanon, Irak, Sudan, Saudi Arabien beteiligten sich nicht an der Konferenz. Sudan und Saudi Arabien riefen im Vorfeld alle arabischen und muslimischen Länder auf, ebenfalls die Konferenz zu boykottieren. Sudan kündigte dazu noch an, einen heiligen Krieg gegen deren Beschlüsse in den internationalen Medien zu führen. Libanon sagte ohne Begründung ab. In Asien protestierten besonders zwei Länder gegen die Konferenz: das islamische Bangladesh und das katholische Philippinen[2]. Die Türkei und Bangladesh nahmen aus Protest nur mit unwichtigen Leuten an der Konferenz teil. Jordanien entschied sich kurzfristig für die Teilnahme, trotz der Warnung radikaler Gruppen, die die Regierungen islamischer Länder zum Boykott der Konferenz aufforderten. Iran, Pakistan, Bangladesh und Philippinen kündigten an, Änderungen im Schlußdokument durchsetzen zu wollen; Bolivien, Nicaragua, Honduras und Malta lehnten den Entwurf ab. Guatemala, El Salvador, Honduras und Ecuador schlossen sich der Haltung des Vatikans an. Nach der Meinung des Vatikans, teilen 17 Länder die Position der katholischen Kirchge bezüglich strikter Ablehnung des Schwangerschaftsabruchs.[3]

Der Vizepräsident der USA führte bei seiner Ansprache am ersten Tag der Konferenz aus: "So führt nicht nur das Konsumverhalten in den mehr stabilen und wohlhabenderen Ländern, sondern vor allem der schnelle Bevölkerungszuwachs in den anderen Gebieten dazu, daß die natürlichen Ressourcen erschöpft werden." Desweiteren betonte er, daß Ruanda 1993 das dichtbevölkerste Land von Afrika war, daß Somalia das Land mit dem schnellsten Wachstum von Afrika und Afghanistan das Land mit dem schnellsten Wachstum weltweit sei. Bevölkerung = Instabilität = Krieg = Flüchtlinge und darum schlecht. (Bis jetzt waren ja für Afghanistan immer "die Russen" verantwortlich, aber die Hauptfeinde der Menschheit wechseln beliebig...). Der Physiknobelpreisträger Henry Kendall warnte auf der

---

[1] *Die Zeit, 9.9.94; Wochenpost 18.8.94*

[2] *Zu einer von KatholikInnen organisierten Demonstration gegen die Konferenz in Manila, Philippinen kamen 1 Million Menschen.*

[3] *F.A.Z., 27.8.94; Süddeutsche Zeitung, 27.8.94 und 1.9.94; taz, 2.9.94, 5.9.95 und 8.9.95*

Konferenz vor den Folgen der Überbevölkerung, den Hungerrevolten. Ebenfalls am ersten Tag eröffnet die Präsidentin Pakistans, Benazir Bhutto, die die ganze Konferenz dominierende Abtreibungsdiskussion mit den Ausführungen, daß Abtreibung kein Mittel der Familienplanung sein kann und nur in Ausnahmefällen gestattet ist. Gro Harlem Brundtland (Sprecherin Norwegens) setzt sich als einzige deutlich für die Entkriminalisierung von Abtreibungen ein und problematisiert die Sexualität von Kindern und Jugendlichen, die nicht tabuisiert werden darf, denn auch Kinder haben ein Recht auf Verhütungsmittel, sexuelle Aufklärung usw. Dies im Gegensatz zu den VertreterInnen der USA und der EG, die es sich nicht mit der katholischen Kirche verscherzen wollen und deshalb sehr zurückhaltend argumentierten.[1]

Die Diskussion um die Abtreibung dominierte die ganze Konferenz. Dies bedauerten sowohl die BevölkerungspolitkerInnen, die eigentlich etwas anderes diskutieren wollten, als auch die GegnerInnen bzw. KritikerInnen der Bevölkerungspolitik, da für die GegnerInnen die Chance vertan war, mediengerecht den Widerstand zu begründen und die Schweineren aufzudecken. In der Presse gab es nämlich nur einen Feind: die unheilige Allianz aus katholischem und islamischen Fundamentalismus, der gegen Frauenrechte und Abtreibung geifert. Für anders motivierten Widerstand war kein Platz mehr und selbst wenn, dann sah er sich in die Nähe zum Vatikan gerückt - und das wollten die GegnerInnen nun wahrlich nicht.[2] Für die KritikerInnen der Bevölkerungspolitik verunmöglichte die elendlange Abtreibungsdiskussion die Thematisierung anderer Problemfelder, die mit der Bevölkerungspolitik zusammenhängen, wie z.B. Flucht und Migration, Gesundheit, Frauenrechte, Soziales usw. Eine Aufarbeitung und kritische Bestandsaufnahme der bevölkerungspolitischen Vergangenheit in Theorie und Praxis fand nicht statt und deshalb konnte auch nicht der Startschuß für die vorher so vielgepriesene feminisierte Bevölkerungspolitik abgegeben werden.[3] Nach tagelangen Sitzungen, diplomatischen Kämpfen und Geklüngel in den Wandelgängen, konnten alle Klammern (die Umstrittenes kennzeichneten) oder deren Inhalt aus dem Schlußdokument entfernt werden. So wurde aus dem Nebensatz "[...], wo Abtreibung legal ist" "[...], wo Abtreibung nicht gegen das Gesetz verstößt", denn Abtreibungen sind, so der Vatikan, nirgendwo legal. Außerdem wird die Abtreibung nicht mehr als "sehr wichtiges" sondern nur noch als "wichtiges" Problem für die Gesundheitssorge bezeichnet. Die EU-Delegation machte dann den Vorschlag, die Passagen über die Abtreibung aus dem Kapitel über "Familienplanung" zu entfernen und sie im Kapitel "Gesundheitsfürsorge", leicht abgeändert, wieder einzufügen - mit der Ergänzung: "Abtreibung darf nie Mittel zur Bevölkerungskontrolle sein" und soll durch Ausbau von Familienplanungsprogrammen möglichst überflüssig gemacht werden. Außerdem wurde die Forderung nach Straffreiheit der Abtreibung gestrichen. Der Vatikan lehnte den EU-Kompromiß-

[1] *Volkskrant (Niederlande), 5.9.94 und 6.9.94; Die Welt, 9.9.94*

[2] *Dieses Dilemma ergibt sich auch für die Feministinnen in vielen Lateinamerikanischen Ländern, die zum einen stark vom Katholizismus geprägt sind, anderseits sich der US-amerikanischen Beeinflußung nicht entziehen können. D.h. auf der einen Seite werden Verhütungsmittel von offiziellen Stellen verteufelt und die Notwendigkeit von Bevölkerungspolitik, aber auch individueller Geburtenplanung geleugnet . Doch auf der anderen Seite duldet die Regierung bevölkerungspolitische Organisationen, die sehr penetrant ihre Verhütungsmittel den Menschen aufzwingen. Die Frauen kämpfen für Verhütungsmittel und die freie Wahl der Methode, aber gegen bevölkerungspolitischen Zwangsprogramme mit ihren gesundheitsschädigenden Inhalten. Dies ist nicht immer so leicht zu vermitteln. (für Nikaragua beschrieben in: MM, S. 225f)*

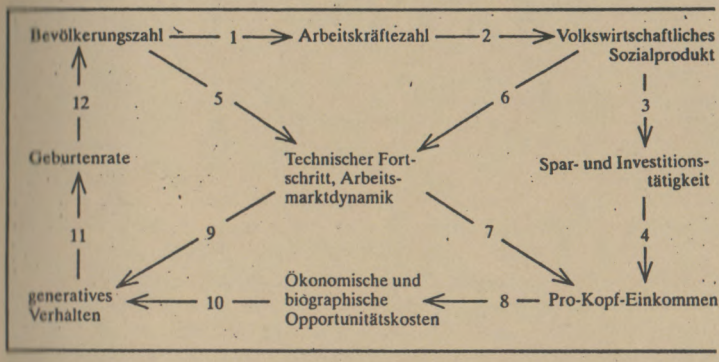
[3] *Sundari Tragore, Ärztin aus Indien und Teilnehmerin an der Parallelkonfernz der NGO's in Kairo, bezeichnete die Diskussion um das reproduktive Recht der Frau als sinnlos. Gesundheit für alle, und nicht nur reproduktive und nicht nur für Frauen, sei immer wichtig - und die Bekämpfung der Armut geht ebenfalls alle Menschen im Trikont was an. Die Diskussion zwischen Vatikan und westlichen Feministinnen über Abtreibung geht ihr auch auf den Geist, denn für diese beiden Parteien wäre ein eventueller Mißerfolg der Konferenz ohne größere Wirkung. Die echten Betroffenen, die Frauen aus dem Trikont, verstummten total und fanden die Abtreibunngshickhack gar nicht so interessant. "Wir müssen ein Kind weniger kriegen, damit die Amis sich ein zweites Auto anschaffen können" (Trouw (Niederlande), 7.9.94)*

Vorschlag ab. Dem schlossen sich erwartungsgemäß Guatemala ("es gibt auch keine legalen Raub, also ist jede Abtreibung illegal"), Nikaragua, Argentinien, Malta und überraschenderweise Uruguay, Honduras, Ekuador, El Salvador, Tansania und Afghanistan an.

Am 9.9.94, als die Abtreibungsdiskussion vielleicht gerade mal abflauen wollte, kamen der Vatikan und einige katholische und islamische Länder plötzlich auf die Idee, Sachen zur Diskussion zu stellen, die nicht eingeklammert waren, über die also auf der Vorbereitungskonferenz schon Einigkeit bestand. So entflammte der Streit, ob reproduktive Rechte für "Paare und Individuen" eingefordert werden können oder nur für "Paare". Der Vatikan hatte nämlich Angst vor der Homosexualität, die durch die Formulierung "Paare und Individuen" Auftrieb erhalten könnte - und einige islamischen Länder meinten, daß "reproduktive Rechte" nur Paaren zusteht. Der Passus "Ehe und andere Verbindungen" bekam eine Fußnote verpaßt, daß "andere Verbindungen" nicht notwendigerweise "homosexuelle Paare" bedeutet. (Plötzlich können also Lesben und Schwule doch Paare bilden, wo an anderer Stelle "Individuen" treffsicher mit Homosexualität und Paare mit gesitteter Heterosexualität assoziert werden. Mal ganz abgesehen davon, daß es in einigen Ländern schon 'ne Menge schwule oder lesbische Ehepaare gibt, kirchlich getraut. Homosexualität wird im Dokument übrigens mit keinem einzigem Wort erwähnt.) Dabei wurde die Formulierung "andere Verbindungen" ursprünglich für karibische Länder eingefügt, wo Beziehungen außerhalb der Ehe Standard sind - aber darüber scheint sich der Papst nicht aufzuregen.[1] Letztendlich verschwanden die Begriffe "sexuelle Gesundheit"[2] und "reproduktive Rechte" völlig aus dem Dokument. Anstelle dessen wurde viel vom empowerment der Frauen und anderer völlig neuer Konzepte geredet, ohne konkret zu werden oder gar irgendwelche Gelder zu bewilligen. Von VertreterInnen arabischer Länder wurde Kritik am geforderten gleichen Erbrecht von Frauen und Männern geübt.

Ganz unbemerkt sprachen sich die Industrieländer gegen eine Verankerung des Zuzugrechts von Familienangehörigen von ImmigrantInnen aus. Aus dem "Recht" auf Familienzusammenführung wurde die "Achtung der großen Bedeutung". Die Abtreibungsdiskussion und der Hickhack um einige Wörter kam da ganz gelegen, diese Frage den Tisch hintenrunter fallen zu lassen. Die Industrieländer drückten sich

Schaubild 3: Schema demo-ökonomischer Wirkungszusammenhänge



[1] *Die Fixierung auf verheiratete Paare, die Geburtenplanung betreiben sollen, klammert auch einige afrikanische Völker aus, bei denen verheiratete Frauen und Männer in getrennten Familien, nämlich in ihrer Großfamilie, leben und deshalb die Eltern und Großeltern viel mehr Einfluß auf den Kinderwunsch haben als der Ehemann. (MM, S. 202)*

[2] *Laut UNFPA beinhaltet die sexuelle oder reproduktive Gesundheit folgendes: 1) die Möglichkeit, sexuelle Kontakte zu haben ohne Angst vor Infektion, ungewünschter Schwangerschaft und ohne Zwang 2) die Möglichkeit, die Fruchtbarkeit zu regulieren ohne unangenehme oder gefährliche Folgen 3) die Möglichkeit, ohne Gefahr schwanger zu werden und Kinder zu gebären 4) die Möglichkeit, gesunde Kinder zu gebären und groß zu ziehen*

geschickt um den zweiten Teil des Kongreßnamens "... und Entwicklung" und verwiesen alle entsprechenden Fragen an den Weltsozialgipfel, der 1995 in Kopenhagen stattfand bzw. Fragen bezüglich Frauenrechte an den Weltfrauengipfel in Peking. Oder die VertreterInnen der westlichen Länder laberten so viel über den "unmet need", der nur gedeckt werden müßte - und das mit der Familienzusammenführung wäre ja nun wirklich nicht so wichtig...Kaum ein Land (Ausnahme: u.a. VertreterInnen von Ghana und Eritrea) verstieß bei den erbitterten Diskussionen gegen den allgemeinen Konsens, daß der Süden seine Bevölkerungszahlen senken muß.

Am Ende wurde das Schlußdokument verabschiedet.[1] Angesichts der Tatsache, daß das Schlußdokument keinerlei juristischen Wert hat, sondern nur eine Willenserklärung ist (gegen solche internationalen Willenserklärungen verstoßen ständig irgendwelche Länder, ohne ihr Gesicht zu verlieren), bleibt es völlig unverständlich, warum sich 15.000 Leute nach 3jähriger Vorbereitung über eine Woche die Köpfe darüber heiß reden, in welchem Kapitel die Abtreibung nun erwähnt wird und ob auch einzelne Menschen das Recht auf reproduktive Gesundheit haben, nur damit sich am Ende herausstellt, daß niemand ein Recht darauf hat und daß keine Einigung bezüglich der Abtreibung erreicht wurde. Alle Länder werden ihre Bevölkerungspolitik so betreiben wie vorher, ob nun mit oder ohne Zwang, mit oder ohne Abtreibung, die "NGO's" werden weiterhin versuchen, die Frauen zu fördern, während die Weltbank wie immer Geld als Druckmittel gegen die Frauen einsetzen wird. Alle haben sich beteuert, daß das Weltbevölkerungsproblem wirklich sehr akut ist und wir alle nur das Beste für die Menschen wollen - und die gemeinen Menschen wurden mit einer Flut von Artikeln und Zahlen über die erdrückende Weltbevölkerung bombardiert.

geplante Finanzierung (laut Schlußdokument):

bis zum Jahr 2000 werden für	*US$ bereitgestellt*
- Bevölkerungsprogramme, Familienplanung	*10,2 Mrd.*
- reproduktive Gesundheit (Begleitung von Schwangerschaft und Geburt)	*5,0 Mrd.*
- sexuelle Gesundheit (AIDS und andere Geschlechtskrankheiten)	*1,3 Mrd.*
- Forschung und Politik (Studien, Analysen etc.)	*0,5 Mrd.*
- empowerment der Frauen (Bildung, Einkommen, Gleichstellung)	*0,0 (!!)*
INSGESAMT	*17,0 Mrd. US$*

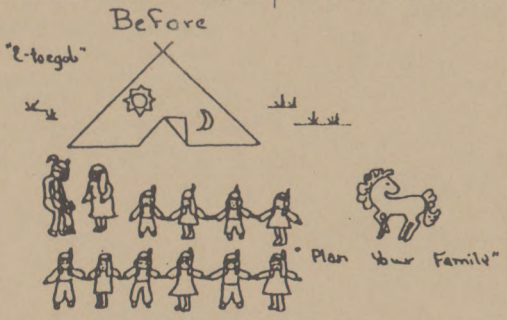
davon zahlen die Länder des Trikonts 2/3: 11,3 Mrd.
die Industrieländer 1/3: 5,7 Mrd.

bis zum Jahr 2015: 21,7 Mrd

Was die Diskussion um "feminisierte" Bevölkerungspolitik gebrachf hat, sieht mensch deutlich an dem verabschiedeten Finanzierungsmodell. Bis zum Jahre 2000 sollen 17 Milliarden US$ für Bevölkerungspolitik ausgegeben werden (3,8 Mrd US$ mehr als im Entwurf vorgesehen) - aber kein Pfennig für das vielbeschworene "empowerment" der Frauen. Dafür sollen die Ausgaben für die direkten bevölkerungspolitischen Maßnahmen (Verhütungsmittel, Sterilisationen) verdoppelt werden - für eine Sache, die nie funktioniert hat und zutiefst inhuman ist. Zu Konferenzende haben nur die USA, BRD, Japan, Groß Britannien, Schweden ,

[1] *Letztendlich wurden folgende Punkte aus dem Schlußdokument gestrichen: "sexuelle Rechte und von Frauen" (wegen der Abtreibung), "Recht der Kinder auf sexuelle Aufklärung" und "internationales Recht auf Familienvereinigung" (Emigration). Folgende Länder unterzeichneten es nur unter Vorbehalt: Iran, Lybien, Jemen, Algerien, Afghanistan, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, El Salvador, Malaysien, Dijbouti, Malediven, Peru, Ecuador, Argentinien, Honduras, Dominikanische Republik, Nikaragu, Guatemala und Malta. Einige dieser Länder liesen ihre Beschwerden oder Bedenken ins Protokoll aufnehmen. Der Vatikan unterschrieb nicht, da er zwei ganzen Abschnitten die Zustimmung versagte.*

Finnland und Norwegen angekündigt, Mittel freizumachen, um das eine Drittel der 17 Mrd. US$ zu tragen. So will die USA die jährlichen Ausgaben für Bevökerungskontrolle von 502 Mio US$ auf 585 Mio anheben, die BRD will den Posten "Bevölkerungspolitik und Familienplanung" im kommenden Jahr um 30% auf 450 Mio DM aufstocken und Japan versprach 400 Mio US$. Bislang trugen die Länder des Trikonts 80% der Kosten der Bevölkerungsprogramme. Wenn die Industrieländer nicht für die deutlichen Mehrausgaben aufkommen können, sprich: wollen, dürfte wohl klar sein, bei welchen Punkten zuerst gespart wird, nämlich reproduktive und sexuelle Gesundheit. Die reichen Länder haben schon angekündigt, die benötigten Gelder nur umschaufeln zu wollen: sie sollen Entwicklungshilfetöpfen entnommen werden. D.h. letztendlich können wir in dem Finanzplan bei dem Punkt "empowerment" die 0,0 Mrd. US$ durch einen nicht zu kleinen Negativbetrag ersetzen, denn das Geld für Entwicklungshilfe, u.a. auch für Frauenförderungsprojekten, fließt, da es insgesamt nicht mehr wird, in die "Familienplanung".[1]



Zu Konferenzbeginn war die 20-20 Initiative im Gespräch, wurde aber auf Druck der Industrieländer (EU und Japan) und wegen der Weltbank (deren Strukturanpassungsprogramme dem Trikont vorschreiben, die Sozialausgaben zu reduzieren) schnell verworfen. Dieser Plan beinhaltete, daß die Länder des Trikonts 20% ihres Gesamthaushaltes für soziale Dinge ausgeben (Schulen, Kliniken, Ernährung, Trinkwasserversorgung usw.) und die Industrieländer 20% ihrer Entwicklungshilfe ebenfalls für soziale Dinge bestimmen (bislang fließen nur 7% der Entwicklungshilfe da rein und die Trikontländer geben 13% ihres Gesamthaushaltes dafür aus). Das wären die nötigen 30-40 Mrd $ für das gesamte Aktionsprogramm, inklusive "empowerment" der Frauen.[2] Beschlossen wurde letztendlich, daß 4% der Entwicklungshilfe für Bevölkerungs- und Gesundheitsprogramme bestimmt sind (z.Zt. 1,4%).

Auch war oft die Rede davon, daß die medizinischen, frauenrechtlichen u.ä. Bemühungen nicht an demographische Vorgaben gebunden sind. Dagegen spricht ebenfalls das verabschiedete Aktionsprogramm, in dem Planziele vorgegeben sind: in 20 Jahren soll der Anteil der verhütenden Paare von 55% auf 69% gesteigert werden und somit der "unmet need" vollständig gedeckt sein, das eigentliche dadurch zu erreichende Ziel ist die Stabilisierung der Weltbevölkerung bei 7,3 Mrd. Um das zu erreichen, wird den nationalen Familienprogrammen empfohlen, ebenfalls Planziele zu setzen und ständige Fortschrittskontrollen mit internationaler Unterstützung durchzuführen. Daneben soll bis 2015 weltweit die Müttersterblichkeit auf eine Viertel reduziert werden (im Vgl. zu 1990) und allen Kindern ein Primärschulabschluß ermöglicht.[3]

Die BRD hatte zur Zeit der Konferenz die Präsidentschaft über die EU (Europäische Union) inne und mußte deshalb die EU repräsentieren und untereinander koordinieren. Die BRD-Delegation war in dieser Stellung nicht gerade unglücklich

[1] *Wochenpost, 18.8.94; Die Welt 9.9.94; Die Zeit, 22.4.94, 24.6.94 und 16.9.94; taz, 1.7.94; epd-entwicklungsdienst 18/94*
[2] *Die Zeit, 16.9.94*
[3] *epd-entwicklungspolitik 9/94, S. 37*

über die Haltung von Irland bezüglich der Abtreibungsfrage, da Irland (einziges EU-Land auf der Papstlinie) immer als Entschuldigung für konservative Elemente im Dokument herhalten mußte und mensch sich selber - im Gegensatz dazu - als liberal darstellen konnte.[1] Liberalität a la Kanther (Vater von 6 Kindern) sieht folgendermaßen aus: Als Sprecher der EU fomulierte er, daß die Familie die Grundeinheit der Gesellschaft ist, daß mensch ganz genau unterscheiden muß zwischen dort, wo die zu viele Kinder kriegen und hier, wo wir zu wenig kriegen, und außerdem ist er bereit, mehr Geld für die Entwicklungshilfe auszugeben, aber dann erwartet die EU auch, daß die beschenkten Länder den Bevölkerungsproblemen mehr Aufmerksamkeit widmen und daß sie mehr Geld dafür ausgeben.[2]

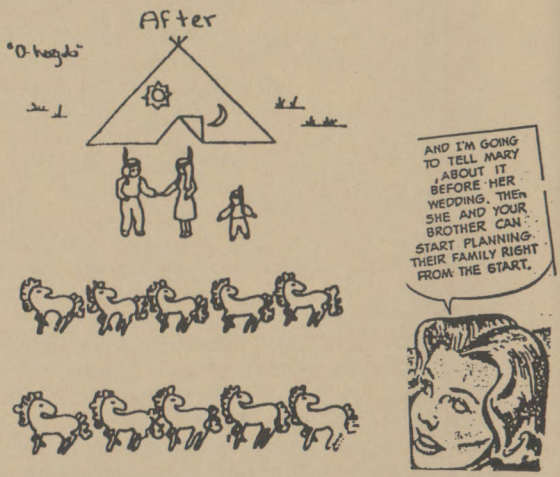
Das Parlament der EG schickte auch zwei Vertreter zu Konferenz, zwei Männer. Als deswegen Kritik aufkam (Bevölkerungpolitik = Männermacht über Frauen) wurde eine Frau bewilligt: Nel van Dijk, Vorsitzende der Kommission für Frauenrechte. Ihr zur Seite gestellt wurde Carlo Casini (Christdemokraten, Italien), Mitglied von Pro Vita (fundamentalistische Abtreibungsgegnerinnen), ein "Wortführer des Vatikans". Das ist europäische Ausgewogenheit.[3]

Der deutschen Delegation gehörten VertreterInnen (fast nur Männer, auf der 3. prepcom sogar nur Männer!) staatlicher, regierungsnaher und "unabhängiger" Institutionen an (die unabhängigen sind die sogenannte NGO's = non governmantel organizations, die immer wieder auf' s Neue mit ihrer Staatstreue glänzen), nämlich:

die Welthungerhilfe, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (1991 von diversen Unternehmen gegründet), Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, Deutscher Frauenrat, Komitee zur Katastrophenvorbeugung, evangelische und katholische Kirche. Außerdem nahmen folgende Ministerien teil: Ministerium für Frauen & Familie, Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ("Entwicklungshilfeministerium"), sowie die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit), ein Vertreter des Landes Hessen für alle Bundesländer und das Insitut für Bevölkerungsfragen in Wiesbaden.

Der nationale Bericht der Bundesregierung zur Weltbevölkerungskonferenz entstand unter Mitarbeit von "NGO's" (u.a. Kirchen, Welthungerhilfe, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung), ist aber kein Konsenspapier, denn letztendlich wurde es von der Regierung geschrieben. Die "NGO's" liesen sich für die Alibifunktion mißbrauchen und konnten am Ende nur noch kleinlaut äußern, daß sie mit einigen Punkten nicht einverstanden wären, was aber niemand zu Kenntnis nehmen wollte.

Dissens bestand z.B bei der Leugnung, daß die BRD ein Einwanderungsland ist. Das neue Asylrecht wird im Dokument einfach



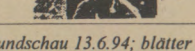
1 *Frankfurter Rundschau, 13.6.94*
2 *De Morgen, 6.9.94 und 7.9.94*
3 *De Morgen, 6.9.94*

Diese Illustrationen erscheinen in einer Broschüre des U.S. Departement of Health, Education und Welfare, um eingeborene Arme zu überzeugen, weniger Kinder zu haben, um wohlhabender zu werden. Im Endeffekt haben Eltern weder Kinder und Reichtümer noch eine Zukunft. „Frauen, die arm sind, werden nicht dadurch reich, daß ihnen die Eileiter abgebunden werden", sagt Dr. Constance Uri, eine eingeborene Ärztin.

mit Verweis auf die Einheitsregelung in Europa gerechtfertigt und Abschottungspolitik als geeignetes Mittel gegen Migration bezeichnet. Außerdem helfe gegen Migration nur die Durchsetzung von Bevölkerungskontrolle und die Liberalisierung des Weltmarktes + Abbau von Handelsschranken, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern zu ermöglichen. Die Integration der AusländerInnen in der BRD sei nur bei Begrenzung des Zuzugs möglich. Auch erklärten sich die "NGO's" unzufrieden mit der familienorientierten Bevölkerungspolitik, die eine "Entscheidung eines Paares" sei und nicht von Individuen. Da war sogar das Schlußdokument der Weltbevölkerungskonfernz in Bukarest schon weiter. Außerdem steht im Bericht über die AsylbewerberInnen in Deutschland: "Von manchen wird die Gefährdung des erarbeiteten Wohlstands sowie der Verlust von Arbeitsplätzen, Wohnungen und Lebenschancen befürchtet. Diese Sorge hat die Bundesregierung bei der Gestaltung ihrer Ausländer- und Integrationspoltik zu berücksichtigen" (dies in Bezug auf den Themenpunkt Migration und Familienzusammenführung, der auch in Kairo besprochen werden sollte). Über die Lebenschancen der AusländerInnen in Deutschland, die nicht nur befürchteterweise gefährdet sind sondern real durch eine rassistische Abschiebepolitik, brandschatzende Skinheads in Zusammenarbeit mit prügelnden und schießenden Polizisten, verliert das Dokument kein Wort.[1]

Doch eigentlich stehen die sogenannten "NGO's" der Regierung in nichts nach:

Das BMZ finanzierte einigen "Dritte-Welt-Initiativen" im Vorfeld der Konferenz Broschüren zum Thema Überbevölkerung, die dann auch entsprechend ausfielen. Das Motto (zur Konferenz) des organisationsüberspannenden Vereins "Eine Welt für alle" wurde von ursprünglich "Nicht zu viele Menschen sind das Problem - sondern die wenigen, die zuviel verbrauchen" in "Zuviele Menschen sind ein Problem - die wenigen, die zuviel verbrauchen, sind das größere" geändert.



Der Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Hans Flesch, rechnete mit "immer häufigeren Explosionen sozialer und politischer Probleme [...] Ruanada, das Land mit der weltweit höchsten Fruchtbarkeitsrate; statistisch durchschnittlich 8,5 Kinder je Paar, ist kein Einzellfall [...] jedes Jahr ein neues Ruanda" prophezeit er.[2] Die Stiftung nahm die Arbeit 1992 auf, um direkt bevölkerungspolitische Projekte im Trikont unterstützen zu können (zur Zeit sind es 7, davon 6 in Afrika); alleiniges Ziel der Stiftung ist die Deckung des unmet need - sie hat damit sogar einen konservativeren Ansatz als das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Die Stiftung brach mit dem Verein "Eine Welt für alle", weil jener den Süden bezüglich der Umweltver- schmutzung zu sehr aus der Verantwortung herausnehmen würde.

Von der Deutschen Welthungerhilfe ist bekannt, daß sie Bevölkerungsprogramme in Thailand mit Depo Provera finanziert.

Die deutschen "NGO's" schrieben einen "NGO-Forderungskatalog zur Bevölkerungskonferenz", in dem sie sich für die 20-20% Initiative aussprechen, 4% der deutschen Entwicklungshilfe für Familienplanung einfordern (also eine Umverteilung der Entwicklungshilfe zugunsten der Bevölkerungskontrolle), außerdem fordern sie schon im Vorfeld der Konferenz die Bewilligung von Geldern und die Einleitung von Maßnahmen für eine "effektive Umsetzung der Konferenzergebnisse" (ohne sie zu kennen!), sprechen sich für Bevölkerungspolitik im Trikont (müsse verbessert und verändert werden) und in der BRD (=mehr Kids) aus und akzeptieren das bestehende Asyl- und Einwanderungsgesetz.[3]

Rund 4200 VertreterInnen von "NGO's" aller Länder reisten nach Kairo, von fundamentalistischen ProLife Organisationen mit ihren großen Farbtafeln abgetriebener Föten bis hin zu radikalen Feministinnen. Den Großteil bildeten aber die gemäßigten, geldabhängigen "NGO's", die so einer großen Veranstaltung einen alternativen Anstrich geben können, ein Farbtupfer im grauen

---

[1] *taz 3.9.94; Frankfurter Rundschau 13.6.94; blätter des iz3w Nr. 196, S. 42*
[2] *Die Welt, 2.9.94*
[3] *E.coli-bri Nr. 6, S. 6; PÖ, S. 28; blätter des iz3w Nr. 196, S. 41 und Nr. 199, S. 50*

Anzugsmeer. Einige nationale Konferenzdelegationen, wie die der USA, Großbritanniens, Schwedens und Indiens, hielten täglich ein Treffen mit ihren "NGO's" ab. Andere, z.B. die BRD, hatten die "NGO's" sogar in die Delegation integriert. Handverlesene und hochgelobte "NGO's" werden benutzt, unliebsame Politik effizient, billig und ohne Risiko umzusetzen. Wer anders, als die Entwicklungshilfe-"NGO's", könnte die bevölkerungspolitischen Maßgaben besser an der Basis vermitteln. Die "NGO's" arbeiten schon lange ohne großen Geld- und Personalaufwand im Trikont und genießen bei der Bevölkerung tausend mal mehr Vertrauen, als ein kapitalintensives Mammutprojekt der Weltbank, welches mit Hochglanzbrochüren daherkommt, oder ein Regime, welches die Armee in die Dörfer schickt. Die "NGO's" sind innovativ und flexibel, "humanistisch" und "frauenfreundlich", passen sich problemlos den lokalen Gegebenheiten an und wenn sie mal einen Fehler machen sollten, gibt's keine diplomatischen Verwicklungen: die eine Organisation zieht sich einfach zurück und die nächste marschiert ein. Doch dieser neue Trend blieb nicht völlig unwidersprochen: Frauengruppen aus dem Süden kritisierten, daß selbst die Diskussionen der "NGO's" untereinander vom Thema Abtreibung dominiert wurden, dagegen die Fragen der Weltwirtschaftsordnung oder Migration (z.B. Nachzug von Familienmitgliedern) keine Rolle spielten. Auch die Debatte um die reproduktiven Rechte wurde von den Frauen aus dem Norden aufgedrückt. Die Frauen aus dem Süden wollen alle Rechte und nicht nur die reproduktiven, weil sie als Frauen wohl nur für die Reproduktion zu sorgen haben: "In meinem Land sind Verhütungsmittel viel leichter zu bekommen als Schulbücher", beschwerte sich eine Afrikanerin auf einer Pressekonferenz in Kairo. Das Thema "Verbrechen gegen Frauen im Zusammenhang mit Bevölkerungspolitik" stand nur einen Tag auf der Tagesordnung der Parallelkonferenz der "NGO's". Schuld daran hatten die VertreterInnen der West-"NGO's", die mit ihren eigenen PR-Leuten angereist waren und fünf Sprachen perfekt beherrschten, während die Frauen aus den Basisgruppen des Südens oft ihre eigene Sprache nicht mal lesen oder schreiben konnten. Viele der anwesenden "NGO's" verhielten sich aber auch völlig unkritisch, da ihre Reisekosten von einer US-Organisation oder der UNFPA bezahlt wurden.[1]

Die zwei vorhergehenden Weltbevölkerungskonferenzen fanden 1974 in Bukarest und 1984 in Mexiko City statt. Davor gab es zwei mehr wissenschaftlich als politisch angelegte Konferenzen in Rom (1954) und in Belgrad (1965). In Bukarest standen sich auf der einen Seite die Industriestaaten, insbesondere die USA und auf der anderen die Länder des Südens, die sozialistischen Länder[2], Schweden und der Vatikan gegenüber, jene zweite Gruppe einte jedoch nur die Ablehnung der neo-malthusianischen Positionen der USA und der eingeforderten Bevölkerungspolitik:

> So formulierte schon 1970 die algerische Regierung: "Es gibt keine Bevölkerungslösung für Probleme, die in erster Linie wirtschaftlicher Natur sind; die Lösung des Problems der Unterentwicklung ist zunächst und vor allem eine wirtschaftliche Lösung; das Problem der Arbeitslosigkeit wird in erster Linie durch Beschaffung von Arbeitsplätzen gelöst und nicht dadurch, indem man möglicherweise Arbeitslose davor bewahrt, geboren zu werden [...] Es gibt keine rasche Lösung des Problems der Unterentwicklung [...] Durch Geburtenkontrolle kann man nicht strukturellen Reformen ausweichen: Diese aber sind die bei weitem wichtigste Aufgabe" und der Vertreter Algeriens auf der Konferenz "verurteilte Bevölkerungspolitik dezidiert als heimtückischen Plan des US-Imperialismus."[3] Der US-Position "Verhütung ist die beste Verhütung" hielten die Länder des Trikonts entgegen "Entwicklung ist die beste Verhütung". Dieser Streit sollte über die drei Konferenzen hinweg anhalten und mit ständig neuen Studien gefüttert werden.[4]

---

[1] *taz, 9.9.94 und 14.9.94; epd-entwicklungsdienst 18/94*

[2] *Dabei fand die Konferenz extra in Bukarest statt, um die Staaten des Warschauer Paktes von der Notwendigkeit der Bevölkerungspolitik zu überzeugen (E.coli-bri Nr. 9, S. 12)*

[3] *ÜP S.44; ST S. 41*

[4] *Pünklich zur Konferenz '94 veröffentlichte z.B. die angesehene und vielzitierte Zeitschrift "Scientific American" eine neue Studie, die zu dem Ergebnis kommt: "Verhütung, und nicht Entwicklung, ist die beste Verhütung." Tatsächlich ist selbst zwischen Entwicklung und Bevölkerungswachstum nicht in allen Ländern ein direkter Zusammenhang zu finden (genausowenig wie zwischen Verhütungsmittelangebot und Bevölkerung): in Ländern wie*

Mexiko 1984: "Unter dem Druck der ausländischen Geber, der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der wachsenden Auslandsverschuldung gaben die meisten Regierungen des Südens ihren Widerstand gegen Bevölkerungspolitik auf"[1]. Da die USA im Wahlkampf steckte und es sich mit der starken Lebensschützerbewegung nicht verscherzen konnte, verbündeten sich in Mexiko der konservative Reagan mit dem Vatikan gegen Abtreibung und bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen. Die zweite Konferenz kam auf Initiative der Länder des Südens zustande, die international Bevölkerungspolitik abstimmen und Geld dafür bei den reichen Ländern locker machen wollten. Die USA stellte sich 1984, ganz anders als 1974 und 1994, auf den Standpunkt, daß allein die uneingeschränkte Entfaltung der Wirtschaftskräfte und der damit vermeintlich einergehende Reichtum die Geburtenzahlen sinken läßt. Außerdem erklärte die USA, daß es eigentlich gar kein Bevölkerungsproblem gibt. Hunger und Armut in den Ländern der Dritten Welt wären nur die Folge falscher Entscheidungen der nationalen Regierungen auf dem Gebiet der Ökonomie. Denn eigentlich könnten alle Länder der Welt den Reichtum der USA erlangen, wenn sie den "freien" Kräften des (Welt)marktes nur das freie Spiel lassen würden und die Erkentnisse der modernen Wissenschaften und Technologien in der Wirtschaft umgesetzen. Die USA kritisierte die Regierungskontrolle auf die Wirtschaft (Planwirtschaft = Familienplanung = Kommunismus) und eine antiintellektualistische Technologieeindlichkeit in den Ländern des Trikonts.[2]

Religiöser Widerstand gegen Kairo

In der Vatikanstadt leben 190 EinwohnerInnen, doch maßte sich diese Stadt an, auf der Konferenz für alle KatholikInnen zu sprechen. Die Vatikanstadt ist wahrnehmendes Mitglied bei der UNO, beteiligt sich aber auf allen Konferenzen wie ein großes Land mit Sonderrechten. Für den Islam gibt es nichts vergleichbares.

Der Papst machte sich, um seinen Standpunkt durchzusetzen, plötzlich zum Sprecher der Armen und ging eine Koaliation mit moslemischen GegnerInnen der Konferenz ein, indem er erklärt,

daß es 1.) kein Bevölkerungsproblem gäbe (die Ökonomie der 1. Welt ist an allem schuld) 2.) es Kulturimperialismus wäre, die sexuellen Normen in andere Länder zu exportieren.

Der päpstliche Nuntius unterhandelte in Teheran mit dem Außenminister des Iran, Muhammad Haschimi Rafsandschani, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Kairo abzusprechen. Eigenartig, diese offene Zusammenarbeit, wo doch die konservativen KatholikInnen teilnehmen an der Hetze gegen den Islam, der jetzt Europa angeblich unterwandert, und wo der Streit zwischen der Höhe eines Minaretts und des Kirchturms schon in mehreren Städten ausgebrochen war. Die FAZ (25.8.94) wunderte sich leicht, wie wenig nachtragend der Papst manchmal sein kann, wo sich doch die 80.000 im Iran lebenden ChristInnen besonders in letzter Zeit "Repressionen ausgesetzt sahen" und drei führende Persönlichkeiten des Christentums unlängst ermordet wurden.

Der Papst spricht sich gegen die freie Wahl der Familiengröße, gegen sexuelle und reproduktive Rechte (mehr als 100 Mal tauchte dieser Begriff im Dokument auf - beschwerte sich der Papst, denn das wäre mehr als 100 Mal Abtreibung), sichere Mutterschaft, gegen Kondome usw., gegen sexuelle Aufklärung bei Jugendlichen und gegen die Homosexualität aus. Alle Passagen, die nur entfernt damit was zu tun hatten, wurden in Klammern gesetzt, insgesamt 10% des Dokumentes.

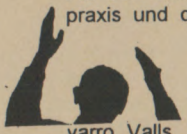
Bangladesch, Mexiko, Thailand und Indien sank das Bevölkerungswachstum ohne wirtschaftliche Verbesserungen, dagegen sank das Bevölkerungswachstum in Ländern wie Südkorea, Kuba, Sri Lanka und einigen Bundesstaaten in Indien gerade aufgrund von Landreformen, Demokratisierung, Gesundheitsvorsorge, Alphabetisierung und Arbeitsbeschaffung (Publik Forum 13.5.94; Die Zeit 22.4.94)

[1] *Frankfurter Rundschau, 2.5.94*

[2] *RW, S.29*

Der Entwurf wurde vom Papst als Programm zur sexuellen Zügellosigkeit, Abtreibung und Homosexualität bezeichnet und wäre inspiriert durch US-amerikanische Feministinnen. So behauptet der Papst, sexuelle Aufklärung (bei Jungendlichen) stimuliert nur unötig den "Sexualtrieb". Dabei ist das Gegenteil der Fall: eine Enttabuisierung ermöglicht verantwortungsvolleres Umgehen mit der Sexualität und so kommen in Ländern mit sexueller Aufklärung weniger Schwangerschaften von 10-19 jährigen vor und weniger ungeplante Geburten im Allgemeinen.[1]

Als Warnung vor dem katholischen Fundamentalismus noch ein paar Beispiel für die irrationale Hetze des Vatikans gegen Kairo:



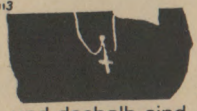
Für den Vatikan ist Abtreibung eine Nazipraxis und das Radio Vaticana warnt vor dem "Hitler in Kairo". Der Sprecher des Vatikans, Navarro Valls, führt während der Konferenz aus: "Die ganze Weltbevölkerung würde in den amerikanischen Bundesstaat Texas passen und jede Familie hätte ein Haus und einen kleine Garten."

Der Papst, der jahrzehntelang und immer noch gegen die Befreiungstheologen in Lateinamerika (die sich dort für die Befreiung aus neo-kolonialistischen Unterdrückung einsetzen) kämpft, sagt: "Die ärmsten Völker sollen wegen ihrer Unterentwicklung auf organisisierte Art und Weise ausgerottet werden". Der Papst zwang die Bischofskonferenzen im Trikont, daß sie ihren Regierungen klar machen sollen, daß die UNFPA einen "imperialistischen und totalitären Charakter" hat, welcher eine neue Weltordnung festigen soll.

Im Gegensatz dazu sprach sich die Päpstliche Akademie (das "Wissenschaftsministerium") für eine "globale Geburteneinschränkung" wegen der konstatierten "Bevölkerungsexplosion" aus, Verhütungsmittel außer den natürlichen (Enthaltsamkeit) seien aber trotzdem nicht erlaubt. Schon 1991 plädierte die Päpstliche Akadamie gegen einen Geburtszwang über 2 Kinder hinaus. Der Papst hatte nichts gegen die Erwähnung von Verhütungsmitteln im Dokument, denn deren Verbot gilt nur für KatholikInnen, allgemeingültig für alle Menschen gilt aber das Verbot auf Abtreibung.[2]

MEHRET EUCH, IHR GLÄUBIGEN

Aber auch die evangelische Kirche tut sich schwer mit der Abtreibung: Die EKD-Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst verfaßte eine Schrift "Ethische Überlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung": Der darin ursprünglich enthaltene Satz "Wenn auch Schwangerschatfsabbruch als Mittel der Familienplanung abzulehnen ist, kann es doch Gründe geben, Abtreibungen als ultima ratio in Konfliktfällen als Gewissensentscheidung der Eltern zu akzeptieren. Für solche Fälle müßten legale, medizinisch betreute Möglichkeiten vorhanden sein" fiel der Zensur zum Opfer. Ansonsten nahm die evangelische Kirche eine gemäßigte Position ein, die Bevölkerungspolitik kritisiert, aber nicht ablehnt. So spricht sich die EKD-Studie "Wie viele Menschen trägt die Erde" gegen Zwangsmaßnahmen, langwirkende Verhütungsmittel, Geburtenkontrolle gegen Minderheiten und für mehr Engagement der Männer bei der Verhütung aus. Ihr Fazit lautet einerseits: "Armut bekämpfen, nicht die Armen" und anderseits: "Es gibt für die Menschheit eine ethische Pflicht zur Geburtenbeschränkung"[3]



Laut dem Koran ist die sexuelle Lust ohne Zeugungsabsichten o.k. und deshalb sind der Gebrauch von Pille und Kondom nicht reglementiert. Abtreibung ist zwar eine Sünde aber nicht strafbar, denn die größte Sünde sei, ein Kind zur Welt zu bringen, welches mensch nicht ernähren kann. Allerdings sind die sexuellen Freuden nur Ehepaaren

[1] *Trouw (Niederlande), 9.9.94*
[2] *BE, S.9; Die Welt, 18.8.94*
[3] *Publik Forum, 26.8.94; Frankfurter Rundschau, 15.6.94*

vorbehalten. Deshalb polemisierten die islamischen Länder eher gegen die Individualismus fördernden Passagen im Dokument, wie Sexualaufklärung für Jugendliche, Homosexualität usw., denn die Familie sei der Grundbaustein der Gesellschaft.

Moslemische Religionsgelehrte stehen schon seit Jahrhunderten Verhütungsmitteln positiv gegenüber. Gründe dafür sind: den Abstand zwischen zwei Schwangerschaften verlängern, die Schönheit und Gesundheit der Frau zu erhalten und ökonomische. Verboten ist die vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung. Nur durch die antiwestlichen Tendenzen im Islam (Politisierung) und antiislamischen Tendenzen im Westen begreifen bestimmte religiöse Strömungen die Bevölkerungspolitik als westliche Attacke gegen den Islam: die Anzahl der Moslems soll reduziert werden.

"Wir reden nicht mit Terroristen, wir schalten sie schnell und zielsicher aus" (Mubarak)

In Ägypten regte sich religiös motivierter Widerstand gegen die Weltbevölkerungskonferenz.
Eine Verfassungsklage gegen die Konferenz wies ein Kairoer Gericht ab - das Gericht bemühte sich dabei gar nicht erst um Rechtssprechung, denn die Hotels füllten sich schon langsam.
14.000 Ordnungshüter wurden aufgefahren. Täglich wurden wegen der Konferenz landesweite Razzien gegen mutmaßliche ExtremistInnen durchgeführt, weil Islamisten mit Anschlägen auf KonferenzteilnehmerInnen gedroht hatten. Die Ägyptische Polizei wurde in den USA wegen der Konferenz ausgebildet, nicht näher genannte Fachleute aus den USA begutachteten die Sicherheitsvorkehrungen in Kairo.
(F.A.Z., 14.6.94, Süddeutsche Zeitung 29.8.94, 31.8.94, tageszeitung 5.9.94, Die Welt, 2.9.94)

Die meisten Scheichs aber bejahen die modernen Verhütungsmethoden. Zur Abtreibung gehen die Meinungen jedoch auseinander: ab dem 120. Tag nach der Befruchtung ist sie sowieso verboten, weil am 120. Tag das Leben, die Seele eingehaucht wird. Vor dem 120. Tag ist die Abtreibung von Land zu Land entweder nicht erwünscht aber auch nicht verboten, oder nur die ersten 40 bis 80 Tage erlaubt bzw. sogar ganz verboten.[1]

Der Charlotte Höhn-Skandal

Charlotte Höhn, Teilnehmerin der deutschen Delegation in Kairo, gab den Journalistinnen Susanne Heim und Ulrike Schaz, ein Interview, in dem sie u.a. sagte: "Es ist leider statistisch nachweisbar." (Es ging um Intelligenzunterschiede zwischen Schwarzen und Weißen) "Ich weiß zwar, daß man das heutzutage nicht mehr sagen darf. Das ist eigentlich sehr schade." Frage: "Was ist nachweisbar?" "Daß es zum Beispiel Unterschiede in der Intelligenzverteilung gibt. Das kann man vielleicht ohne das Wort höher- oder niederwertig verbreiten, aber selbst das darf man ja heute nicht mehr. Was ich mit einer gewissen Bekümmernis nicht nur hierzulande, sondern noch viel stärker in den USA beobachte, ist diese Art von Denkverboten, die überall verteilt werden. Das ist unwissenschaftlich, entschuldigen sie!" Frage: "Was meinen sie denn mit Denkverboten" "Z.B. daß man sagt, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer. Selbst das Wort Rasse darf man ja nicht mehr in den Mund nehmen. Aber es gibt halt bestimmte Gruppen, nicht wahr." und dann lamentiert sie noch ein paar Minuten weiter über die "unsäglichen Denkverbote". Zum "Gesetz über die Verhinderung erbkranken Nachwuchses" im 3. Reich, was u.a. dazu führte, daß als behindert angesehene Menschen zwangssterilisiert wurden, äußerte Charlotte Höhn im selben Interview: "Aber nun mal im Ernst: Ist es erstrebenswert, daß sich Menschen, die krank sind, vermehren? Ist das vielleicht

[1] *taz, 22.8.94; Volkskrant 5.9.94; F.A.Z., 27.8.94*

gut?".[1] Die beiden Journalistinnen spielten das Interview der tageszeitung zu und jene veröffentlichte es auszugweise zu Konferenzbeginn, obwohl Höhn im Voraus versuchte, die Veröffentlichung zu verhindern. Nicht, weil sie etwas falsches gesagt hatte, dann hätte sie nämlich eine Änderung beantragt, sondern einfach, weil sie das natürlich nicht so gerne in einer Tageszeitung veröffentlicht gesehen hätte.

Unabhängige Personen bemühten sich aufgrund der Veröffentlichungen, noch mehr über Höhn rauszubekommen. Aber in den über 100 Fachveröffentlichungen von ihr lies sich nichts direkt rasisstisches oder eugenisches finden.[2] Sie galt bis dahin als eine international anerkannte Fachwissenschaftlerin, sitzt in den verschieden Gremien und Organisationen, wie z.B. seit 1991 als Vorsitzende in der UN-Be- völkerungskommision.

Dagegen ist das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, dessen Chefin sie ist, nicht so unbelastet, so gab es z.B.1990 ein vom Institut herausgegebens Buch, welches sich positiv auf die "seriöse Wissenschaft" der Bevölkerungspolitik im Dritten Reich bezog und meinte, auf deren Erkenntnisse zu verzichten gäbe es keinen Grund. Höhn lobte damals das Buch. Den Skandal, den das damals auslöste und unter dem daraufhin entstehenden Druck, mußte Höhn sich damals von dem Buch distanzieren.

Das Institut wurde 1973 nach einer vehementen Lobby-Arbeit von BevölkerungswissenschaftlerInnen, Rassen- und SozialhygienikerInnen aus dem Dritten Reich - die zum Teil direkt an den Zwangssterilisationen beteiligt waren - gegründet, um "Probleme des nationalen Geburtenrückgangs, Migration in Europa" und die Überbevölkerung im Trikont zu bearbeiten. Kein Wunder, daß viele der faschistischen WissenschaftlerInnen ihre Karriere bruchlos am Institut fortsetzen konnten. In den 80er Jahren gab es vom Institut mehrere Festschriften auf BevölkerungswissenschaftlerInnen aus dem Dritten Reich.

Ein Gründungsmitglied des Instituts und Chef von 1974-79 war Prof. Wilhelm Jürgens, der wegen dem Männerüberschuß in Deutschland den Frauenimport aus dem Trikont empfahl, denn "die sexuelle Abstinenz, zu der mehr Männer verurteilt sein werden, kann ein neues Gewaltpotential entstehen lassen." (Dieser sexistischen und rassistische Argumentation kann ich nur die Frage entgegenhalten, ob denn somit das rassistische Gewaltpotential der Faschos daher kommt, daß sie zu selten ihre sexuelle Triebe an Thai-Frauen abreagieren können?) · Jürgens beteiligt sich aber gleichzeitig an diversen

[1] *taz 12.9.94; taz 3.9.94*

[2] *Wobei mir nicht ganz klar ist, nach welchen Kriterien diese, in der taz veröffentlichenten Aussage zustande kam. Natürlich klopft Höhn in wissenschaftlichen Publikationen keine Stammtischparolen. In der einzigen mir vorliegenden Publikation von Höhn ("Weltbevölkerung - Wachstum ohne Ende?", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35-36/94, Beilage zu "Das Parlament" der Bundeszentrale für politische Bildung, S.3-10) führt sie z.B. aus, daß der Sterblichkeitsrückgäng im Trikont "weitgehend von außen eingeleitet wurde (durch Kolonialherren bzw. durch humanitäre Entwicklungshilfe (...deshalb) ist der Wachstumschub aus diesem »importierten« Sterblichkeitsrückgang entsprechend stärker.", ohne zu erwähnen, daß Kolonialzeit- und Entwicklungshilfe in erster Linie Menschen umgebracht hat anstatt sie gerettet. Außerdem leistet sie damit jenen Vorschub, die eine Einschränkung medizinischer Versorgung im Trikont propagieren, um die Sterbeziffern zwecks Bevölkerungsplanung wieder steigen zu lassen. "Und ein Ende des Geburtenrückgangs in den Industrieländern zeichnet sich auf einem Niveau deutlich unter dem Generationenersatz (das wären durchschnittlich 2,1, Kinder je Frau) bestenfalls in Umrissen ab" beschwört Höhn das Aussterben der Weißen. Dagegen hält sie die Prognosen der UN zum Bevölkerungswachstum für zu optimistisch: "für Ost-, Zentral- und Westafrika, aber auch für Asien erscheinen bestenfalls die Annahmen für die hohe Variante realistisch", besonders in Afrika sei selbst die hohe UN-Schätzung nur zu erreichen, wenn der Bedarf nach Verhütungsmittel geweckt werden kann, schließlich wollen die AfrikanerInnen fast so viele Kinder, wie sie bekommen. Dem und den historischen Tatsachen widersprechend behauptet Höhn am Anfang der Abhandlung, daß nie "quantitative demographische Ziele zum Geburtenniveau gesetzt werden" und wurden, sondern daß "vielmehr (...) ein weiterer Geburtenrückgang auf der Basis des Menschenrechts der Paare und Einzelpersonen, frei, informiert und verantwortlich Zahl und die Geburtenabstände ihrer Kinder zu bestimmen, erwartet (wird), wobei das politische Ziel darin besteht, einen universellen Zugang zu qualitativ guten Familienplanungs- und Gesundheitsdiensten zu gewährleisten." Daß sie weiter hinten im Text künstliche Bedarfserweckung vorschlägt und daß sie um die erzwungene und jegliche Menschenrechte mißachtende Durchsetzung der meisten bevölkerungspolitischen Programme weiß, stört sie beim Schreiben einer solchen Lüge wohl kaum.*

demographischen Studien über und gegen die AusländerInnen in der BRD. Er beschäftigte sich lange mit der Asozialenforschung (wobei er sich neutral bis positiv auf die Forschung im Dritten Reich bezieht), trat für den Ehe-TÜV, Euthanasie von alten Menschen, Bevölkerungspolitik, auch mit materiellen Anreizen im Trikont und verbeamteten Mütter bei uns ein. Und er vermaß in Afrika tausende Menschen im Rahmen "industrieanthropologischer" Forschung. Titel seiner Publikationen: "Deutschland 2030 - Raum ohne Volk?", "Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem", "Beitrag zur Typenkunde beim Menschen"[1]

Charlotte Höhn

Eine Idee des Instituts war z.B. das Berufsmuttermodell - dies beinhaltete nicht etwa, daß Mütter ihren Beruf nachgehen können, sondern schlug vor, daß ausgewählte (d.h. genetisch gesunde und in guten Verhältnis lebende) deutsche Frauen die Mutterschaft als Beruf ergreifen können: sie sollten 4 bis 5 Kinder kriegen und aufziehen und dafür den Beamtinnenstatus erhalten. Außerdem wurden Modelle zur Ausgrenzung und Ausgliederung ausländischer ArbeiterInnen entworfen. Ebenso wurde die "Alterslast" berechnet (= die Mär von den zu vielen alten und den zu wenigen jungen Menschen). Auch beschäftigte sich das Institut schon mal ganz "wertfrei" mit der Frage, welche Auswirkungen Zwangssterilisationen oder die Förderung der Euthanasie haben können. Freiheit der Wissenschaft halt.

In den letzten Jahren gibt es am Institut besonders viel Forschungprojekte zum Zustrom von AusländerInnen und dessen demographischen und wirtschaftlichen Folgen. Das Institut hat dabei eine wichtige Beratungsfunktion für die Bundesregierung - es wird bei allen Fragen, wie Rentenreform, Pflegeversicherung, Ausländergesetzgebung, Kindergeld u.a. konsultiert. Gleichzeitig zitieren rechtsradikale AutorInnen mit Vorlieben aus den Studien des Instituts, wenn nicht Höhn gleich höchstpersönlich in "deutlich rechter Umgebung" publiziert. Vor diesem Hintergrund scheint dann die Vermutung der taz auch nicht so abwegig, daß das Insitut einen entscheidenden Beitrag am Verlauf und vorallem der Initiierung der Asyldebatte, die letztendlich in der Abschaffung des alten §16 mündetet, hatte.[2]

So wurde im Sommer 1994 eine Studie präsentiert, die feststellt, daß Einwanderung kein Ausweg für die demographischen Probleme Deutschlands darstellen kann, denn dann müßte ja der AusländerInnenanteil bis zum Jahre 2030 auf 46% steigen (was natürlich - so die Instituts-Logik - zu verhindern ist). Jährlich müßten wir 1/2 Mio AusländerInnen reinlassen, um die Verschiebung im Altersaufbau zu vermeiden, den Geburtenrückgang aufzufangen. Ansonsten würde nämlich der Anteil der Alten, der über 60jährigen, von jetzt 20% auf bis zu 50% von der Gesamtbevölkerung ansteigen[3] (was ebenso schrecklich wäre, denn merke: Alte, AusländerInnen, Aussätzige, Autonome und AnarchistInnen, kurzweg, alles was mit A anfängt ist der Abschaum der Nation)

[1] *E.coli-bri 1, S.13*
[2] *taz 7.-9.9.94, 12.9.94, 1.12.94; Publik Forum, 7.10.94*
[3] *Süddeutsche Zeitung, 26.8.94*

Chronologie

Im folgenden eine kurze Übersicht über den chronologischen Ablaufs des Skandal, weil es exemplarisch einen guten Überblick gibt, wie erst versucht wird, alles zu vertuschen und ruhig zu halten, wie dann, als dies aufgrund der großen Medienresonanz nicht gelingt, lauthals über die Auflösung des Instituts und die Absetzung Höhns nachgedacht wird plus eine Untersuchung eingeleitet, und wie wiederum später, wenn alles vergessen ist, alles beim Alten bleibt, die Untersuchung im Sande verläuft, Prozesse gegen die taz stattfinden...[1]

3.9.94 Enthüllung in der taz, Beginn der Konferenz

8.9.94 Das Bundesinnenminsterium ordnet an, daß keine Presse oder Fernsehen ins Institut darf. Der Innenminister sieht keine Veranlassung, Höhn von Kairo nach Hause zu schikken und redelt von "unterstellten Aussagen"

Zum Thema "Intelligenzunterschiede":

Drei der wichtigsten VerhandlungsführerInnen der deutschen Delegation sprachen nur "äußerst gebrochen Englisch". "Die sind überfordert bis zur Inkompetenz, als kämen sie erst aus den Wäldern." (Europäische Delegierte über die deutsche Verhandlungsführung) Höhn hätte lieber bleiben sollen, höhnte Die Zeit (16.9.94): "Von A bis Z, von Ägypten bis Zimbabwe, gaben die Afrikaner in Kairo eine bessere Figur ab als die Deutschen"

10.9.94 Scharping fordert, Höhn sofort abzuberufen. Bündnis 90/Grüne fordern den Rücktritt von Innenminister Kanther. Höhn meldet sich aus Kairo: sie halte den Nachweis von Intelligenzunterschieden "schon aus methodischen Gründen" für absurd und habe sich eine solche Position "persönlich nicht zu eigen gemacht". Sie schreibt aber auch: "Den statistischen Nachweis von Intelligenzunterschieden bei einzelnen Völkern zu führen [dürfte] im Rahmen wissenschaftlicher Arbeit nicht unstatthaft sein"[2]

11.9.94 Außer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, vertreten durch Hans Fleisch, wollte sich niemand aus der deutschen Delegation von ihr distanzieren. Zu ihr halten die VertreterInnen der evangelischen und katholischen Kirche, der Welthungerhilfe usw., Fleisch versuchte die anderen zu einer Stellungnahme zu überreden, daraufhin wurde ihm eine Abmahnung angedroht.

12.9.94 Höhn wird aus Kairo abberufen und mußte am gleichen Tag nach Bonn ins Innenministerium und soll dort eine dienstliche Erklärung abgeben. Die SPD fordert den Rücktritt von Höhn als Institutschefin.

16.9.94 Höhn wird vom Dienst suspendiert. Sie soll zwei Monate die Amtsgeschäfte nicht ausführen. Währenddessen geschieht eine Untersuchung, die zu einer endgültigen Entscheidung über ihre weitere Arbeit führen soll

18.9.94 PolitikerInnen aus Koalition und Opposition fordern die Abschaffung des Instituts und bezeichnen es als überflüssig. **19.9.94** Der neue kommissarische Leiter des Instituts, Hans Günther Merk, prüft, ob das Institut dem statistischem Bundesamt in Wiesbaden, die auch schon eine Abteilung zum Thema Bevölkerungsforschung haben, angegliedert werden kann. Dies scheint zum damaligen Zeitpunkt für sehr wahrscheinlich, denn Merk ist ebenfalls vom statistischem Bundesamt[3]

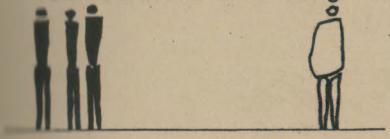
September 94: Höhns Lehrauftrag an der Justus-Liebig-Uni in Gießen wird eingezogen.

12.11.94 Das Institut wird wahrscheinlich doch nicht aufgelöst. Das ist der Wille des Innenminsterium. Am 14.11. soll die Untersuchung zum Fall Höhn/Institut der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Untersuchung wurde vom Leiter des staatlichen Bevölkerungswissenschaftlichen Instituts der Niederlande, Prof Dirk van de Kaa, durchgeführt, der seit Jahren

[1] *alle Angaben aus der taz vom jeweilig folgenden Tage, wenn nicht anders angegeben*
[2] *Die Zeit, 16.9.94*
[3] *Die Welt, 19.9.94*

intensive Kontakte zum BiB hat und von dem ein "Gefälligkeitsgutachten" erwartet wurde.[1]

28.11.94 "Ich war nie rassistisch - und deshalb kann ich auch keine rassistischen Äußerungen von mir gegeben haben" so Charlotte Höhn am 28.11, als sie erstmals vor Publikum (Veranstaltung der Evangelischen Kirche Wiesbaden "Sechs Milliarden Menschen - Bevölkerungswachstum ohne Ende") zu den Vorwurfen Stellung nahm: "Einfach böswillig" sei, wer in ihre damaligen Aussagen hinein interpretiere, sie halte Afrikaner für weniger intelligent.



Sie habe "nicht sauber formuliert" weil der von ihr hoch geschätzte Bevölkerungstheoretiker Gerhard Mackenroth angegriffen wurde. Er hatte nämlich noch 1953 das NS-Gesetz zur "Verhütung erbkranken Nachwuchses" gutgeheißen, welches für Tausende die Zwangssterlisierung bedeutete. Und wieder stellte sie die Frage: "Die Vermehrung von Kranken - ist das sinnvoll? Denken sie doch nur an die Aids-Problematik." Der Inhalt des Gutachtens, das vom Bundesinnenminsterium in Auftrag gegeben wurde, wäre ihr bekannt und es wird sie entlasten[2]

Dezember 1994 Die Gutachten über Frau Höhn und ihr Institut haben nichts belastendes ergeben. "Im Gegenteil, die Sachverständigengutachten rehabilitieren die zu Unrecht Angeklagte vollständig. Auch die Arbeit des von ihr geleiteten Instituts [...] wird als durchweg positiv bewertet." Frau Höhn wird vom Rassismusvorwurf freigesprochen, da das Interview nicht zur Veröffentlichung in einer Tageszeitung bestimmt war, sondern ein fachliches Streitgespräch für eine wissenschaftliche Publikation darstellte. Die Suspendierung wird aufgehoben, das Disziplinarverfahren eingestellt und das Insitut trotzdem dem Statistischen Bundesamt angegliedert, da Frau Höhn "mangelndes Gespür für das politische Umfeld - insbesondere mit Blick auf die Kairoer Konferenz" gezeigt habe - so Kanther. Bundestags-Vizepräsident Klose (SPD) kritisiert die Angliederung (bei der übrigens niemand entlassen wird und keine Gelder gestrichen) und schlägt vor, das Institut dem Zukunftsminsterium zu unterstellen, damit es sich mehr auf weltweites Bevölkerungswachstum und Migration konzentrieren könne.[3] Eine von Gießener ProfessorInnen angeregte Debatte zum Fall Höhn kommt nicht zustande. Ihre Befürchtung: mit dem juristischen Freispruch will mensch sich auch der politischen Dimension entledigen.[4]

20.12.94 Gerichtsverhandlung Höhn gegen taz wegen der Überschrift "Deutsche Vertreterin bei Kairoer Konfernz hält Afrikaner für weniger intelligent". Bevor das Bonner Landgericht zur Unterlassung dieser Schlußfolgerung aus dem Interview und einem Widerruf verurteilen konnten, kam es zum Vergleich zwischen Höhn und der/dem AnwältIn der taz, der beinhaltet hätte, daß die taz einen eingeschränken Widerruf veröffentlicht. Die taz erklärte den folgenden Tag den Vergleich aber für ungültig.

Februar 1995 Die Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften hält "aus Furcht vor Aktionen extremistischer Gruppierungen gegen Frau Höhn,

[1] *junge Welt, 12.11.94*
[2] *taz, 1.12.94*
[3] *F.A.Z., 19.12.94; Süddeutschte Zeitung, 17.12.94*
[4] *taz, 1.12.94*

die stellvertretende Vorsitzende" ihre Jahrestagung in Halle ab, "wo man vor linksradikalen Überfallkommandos sicher" sei. Der Vorsitzende, Herr Korte, forderte in Bezug auf die Höhn-Affäre eine Aufarbeitung der nationalsozialisitschen Vergangenheit der Bevölkerungswissenschaften ein, bei der es um "ein ausgewogenes Verhältnis von Distanzierung und Annahme" gehe und nicht um pauschale Ablehnung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse dieser Zeit. Für besonderes klare Worte zur Überbevölkerung lud mensch sich vorsichtigerweise einen Niederländer, van de Kaa (Leiter der Untersuchung über Höhn), ein, der sich über die NGO-political correctnes in den Kairo-Texten und den fehlenden Mut der BevölkerungswissenschaftlerInnen, zu alten Erkenntnissen zu stehen, aufregte.[1]

28.3.95 Der Präsident der Justus-Liebig-Universität entschied, Charlotte Höhn den Lehrauftrag für das Sommersemester 1995 zu entziehen. Für das Wintersemester 1994/95 war jener schon ausgesetzt, doch sie hatte einen neuen Antrag gestellt.[2]

10.5.95 StudentInnen der Uni Kaiserslautern fordern die Uni-Leitung auf, Höhn für den geplanten Vortrag "Weltbevölkerung - Wachstum ohne Ende" wieder auszuladen.

11.7.95 Die junge Welt meldet, daß die Höhn-Affäre sowohl für Charlotte Höhn als auch für ihr Institut (fast) ohne Folgen geblieben ist. Zwar wurde sie kurzzeitig von ihrem Posten suspendiert und das Institut sollte aufgelöst werden - doch mittlerweile ist sie wieder Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und stellt in dieser Funktion in Bonn vor der deutschen UN-Vertretung den diesjährigen Weltbevölkerungsbericht vor. Das Institut wird in den darauffolgenden Wochen in das Statistische Bundesamt "eingegliedert", ändern wird sich kaum etwas, zumal es schon lange eine intensive Zusammenarbeit gibt.

Literaturempfehlungen:

E.coli-bri. Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie - ***die Zeitschrift zum Thema***, bislang erschienen Heft 1 bis 10, 5 DM pro Heft, zu bestellen bei E.coli-bri, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Materialien gegen Bevölkerungspolitik. 1989. 7DM, zu beziehen über E.coli-bri - *etwas veraltet*

Reproductive Rights and Wrongs. The global politics of population control and contraceptive choice. Betsy Hartmann. Harper & Row Publishers, 1987 - *zwar auf Englisch, aber das beste Buch zum Thema, mittlerweile jedoch teilweise veraltet*

Bevölkerungspolitik. Hunger durch Überbevölkerung? + Geburtenkontrolle als Entwicklungshilfe. Conny Schlebusch. 1994 (Heft 49 und 50 der Reihe BRD+Dritte Welt, je 4 DM, zu beziehen über: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel) - *kompakte und wissenschaftliche (überarbeitete, gut lesbare Dissertation) Abhandlung zu den geschichtlich-ideologischen Grundlagen der Bevölkerungspolitik und deren Konsequenzen für die Frauen im Trikont*

Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd. Christs Wichterich (Hg.). Lamuv 1994 - *vereint die wichtigsten bundesdeutschen Autorinnen zum Thema Bevölkerungspolitik im Norden (Abtreibung, Eugenik, IVF) und Süden.*

Strange Fruit. Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand. Ingrif Strobl. Edition ID-Archiv 1991 - *leicht verständliche, antiimperialistisch geprägte Einführung zur Bevölkerungspolitik im Trikont*

Bevölkerungsexplosion - Marketing einer Ideologie. Dokumentation. Susanne Heim/ Ulrike Schaz (Hrsg.). FINRRAGE 1993 - *detailierteste Abhandlung zur Geschichte der Bevölkerungspolitik nach 1945, über 80 Seiten Orginaldokumente aus US-amerikanischen Archiven*

Small family - happy family. Internationale Bevölkerungspolitik und Familienplanung in Indien. Petra Lambrecht/Heide Mertens. westfälisches Dampfboot 1989 - *sehr gute Abhandlung zum ältesten und teuersten Entvölkerungsprogramm der Welt, Indien - Experimentierfeld der WissenschaftlerInnen*

Bevölkerungspolitik: Familienplanung, Geschlechterpolitik, Sexualität. Peripherie Nr. 36, 1989 - *theoretische Texte*

Bevölkerungspolitik. blätter des iz3w, Nr. 198, Juni/Juli 94 (PF 5328, 79020 Freiburg) - *Schwerpunkt: Auseinandersetzung um "feministische" Bevölkerungspolitik*

Geburtenstopp für Deutsche. Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 167, Nov. 92 (Nernstweg 32-34, Hamburg)

---

[1] *F.A.Z., 22.2.95*
[2] *junge Welt, 29.3.95*

Whatever your cause,

it's a lost cause

unless we

THE POPULATION BOMB keeps ticking...

control

CAMPAIGN TO CHECK THE POPULATION EXPLOSION

Famine stalks the earth

population.

Autonome Kommunikation organisieren...

...und Aktionen!